

Thüringer Landtag

7. Wahlperiode

129. Sitzung

Mittwoch, den 13.03.2024

Erfurt, Plenarsaal

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Blechschmidt, DIE LINKE	6
Bühl, CDU	6, 7
Zippel, CDU	7
Plötner, DIE LINKE	8
Montag, Gruppe der FDP	9

Verpflichtung des vom Landtag in seiner 128. Sitzung am 2. Februar 2024 gewählten Landesbeauftragten für den Datenschutz gemäß § 3 Abs. 5 Satz 1 des Thüringer Datenschutzgesetzes	10
Beschluss des Landtags	
- Drucksache 7/9511 -	

Aktuelle Stunde	10
------------------------	----

a) auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zu dem Thema: „Beteiligungsmöglichkeiten bei Windkrafterzeugung zu blockieren, verursacht massive finanzielle Einbußen für Bürgerinnen, Bürger und Kommunen in Thüringen!“	10
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags	
- Drucksache 7/9568 -	

Gleichmann, DIE LINKE	11
-----------------------	----

Gottweiss, CDU	12, 21
Möller, SPD	13, 21
Hoffmann, AfD	15, 21
Bergner, Gruppe der FDP	16, 20
Dr. Bergner, fraktionslos	18
Wahl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	19
Stengele, Minister für Umwelt, Energie und Naturschutz	22
b) auf Antrag der Fraktion der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN zu dem Thema: „Thüringer Schieneninfrastruktur sichern und ausbauen“	23
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 7/9608 -	
Wahl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	24, 32
Tasch, CDU	25
Liebscher, SPD	26
Dr. Dietrich, AfD	28
Kalich, DIE LINKE	29
Bergner, Gruppe der FDP	31
Karawanskij, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft	33
c) auf Antrag der Fraktion CDU zu dem Thema: „Solidarität ist keine Einbahnstraße: Asylbewerber in Thüringen zu gemeinnützigen Ar- beitsgelegenheiten verpflichten“	36
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 7/9610 -	
Schard, CDU	36
Dr. Hartung, SPD	37, 46, 46
Möller, AfD	39, 39
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	40
Kemmerich, Gruppe der FDP	42
König-Preuss, DIE LINKE	44
Maier, Minister für Inneres und Kommunales	46
d) auf Antrag der Fraktion der SPD zu dem Thema: „Nein zu Hass und Gewalt in politischen Auseinandersetzungen in Thürin- gen“	48
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 7/9633 -	
Marx, SPD	48
Mühlmann, AfD	50, 51
Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	52
Walk, CDU	53

König-Preuss, DIE LINKE	55
Montag, Gruppe der FDP	56
Maier, Minister für Inneres und Kommunales	58
e) auf Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zu dem Thema: „Schule braucht ein Update – die bildungspolitische Trendwende im Bund für eine echte Strukturreform im Thüringer Bildungswesen nutzen.“	61
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags	
- Drucksache 7/9656 -	
Baum, Gruppe der FDP	61
Wolf, DIE LINKE	63
Tischner, CDU	65
Dr. Hartung, SPD	66
Jankowski, AfD	68
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	69
Prof. Dr. Speitkamp, Staatssekretär	71
f) auf Antrag der Fraktion der AfD zu dem Thema: „Den politisch in die Wege geleiteten Abstieg der Thüringer Automobilindustrie stoppen“	73
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags	
- Drucksache 7/9659 -	
<i>Aussprache</i>	
Braga, AfD	73
Schubert, DIE LINKE	75
Henkel, CDU	77, 78, 79
Lehmann, SPD	79
Kemmerich, Gruppe der FDP	80
Wahl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	82, 83
Tiefensee, Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft	84

Beginn: 14.06 Uhr

Präsidentin Pommer:

Einen schönen guten Tag, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie ganz herzlich willkommen heißen zur heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne.

Ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung, die Besucherinnen und Besucher auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien und die Zuschauerinnen und Zuschauer am Internet-Livestream.

Sehr geehrte Damen und Herren, zu Beginn der heutigen Sitzung möchte ich Sie über einen Mandatswechsel in unserem Hause informieren: Der ehemalige Abgeordnete Christian Herrgott hat mit Ablauf des gestrigen Tages den Verzicht auf sein Landtagsmandat erklärt. Seit dem heutigen Tag gehört Frau Abgeordnete Prof. Dr. Regina Polster als Mitglied der Fraktion der CDU dem Landtag an. Ich darf Sie ganz herzlich hier im Hohen Hause begrüßen. Die Blümchen habe ich gestern schon im Namen des Hauses übergeben.

(Beifall im Hause)

Wir haben ein Geburtstagskind. Herr Abgeordneter Lutz Liebscher, alles Gute, vor allen Dingen Gesundheit!

(Beifall im Hause)

Mit der Schriftführung sind zu Beginn der heutigen Sitzung Herr Abgeordneter Beier und Herr Abgeordneter Tiesler betraut.

Für die heutige Sitzung haben sich Frau Abgeordnete Eger, Herr Abgeordneter Emde, Herr Abgeordneter Hey, Frau Abgeordnete Dr. Klisch, Herr Abgeordneter Laudenbach, Herr Abgeordneter Schütze, Herr Abgeordneter Urbach, Herr Abgeordneter Worm, Herr Minister Prof. Dr. Hoff, Herr Minister Holter, Herr Ministerpräsident Ramelow – zeitweise –, Frau Ministerin Taubert – zeitweise – und Frau Ministerin Werner – zeitweise – entschuldigt.

Die allgemeinen Hinweise: Im Umfeld des Landtags, wie Sie bereits auch schon feststellen konnten, kommt es heute zu einem erhöhten Versammlungsgeschehen. Vor diesem Hintergrund ist mit erhöhtem Personen- und Verkehrsaufkommen zu rechnen, die Gewährleistung der Flucht- und Rettungswege wird organisiert. Bei der Versammlung kommt als Versammlungsinstrument unter anderem ein feuerwehähnliches Sirensignal zum Einsatz. Ich hörte es bereits, Sie sicher auch. Ertönt dieses Signal im Außenbereich des Landtags, handelt es sich also nicht um einen Evakuierungsfall. Darauf bat mich die Verwaltung noch einmal hinzuweisen. Sollte es doch zu einem Evakuierungsfall für den Landtag kommen, dann bitte ich Sie, den Hinweisen über die elektroakustische Alarmierungsanlage des Landtags Folge zu leisten.

Im Anschluss an die heutige Plenarsitzung findet ein parlamentarischer Abend auf Einladung der Thüringer Landespräsidentenkonferenz, dem Zusammenschluss der zehn staatlichen Hochschulen in Thüringen, statt, der gegen 19.00 Uhr beginnen soll.

Vor Beginn der morgigen Plenarsitzung findet von 8.00 Uhr an bis zum Beginn der Plenarsitzung ein parlamentarisches Frühstück auf Einladung einer Gemeinschaft der Heilberufe in Thüringen im Raum F 056 statt.

(Präsidentin Pommer)

Einige Hinweise nun zur Tagesordnung, die wieder einmal einen großen Umfang einnehmen werden. Und vielleicht fragen Sie sich auch manchmal, wie und vor allem wer das alles so akribisch aufbereitet. Deshalb gestatten Sie mir heute einen Hinweis dazu. In Kürze wird mit Martina Ruthe eine der größten Stützen des Parlamentssekretariats in den mehr als wohlverdienten Ruhestand gehen. Sie kennt den Landtag seit seinen Anfängen und hat diesen mitgeprägt. Sie hatte mit jeder parlamentarischen Initiative, mit jeder parlamentarischen Anfrage, mit jeder Antwort der Landesregierung auf eine parlamentarische Anfrage und mit jeder Stellungnahme zu tun. Ich möchte von dieser Stelle – auch sicher angezeigt in Ihrem Namen, im Namen des gesamten Hauses – sehr herzlich grüßen und ich bedanke mich in Ihrem Namen für ihr mehr als drei Jahrzehnte währendes nimmermüdes Anpacken für den Landtag und ich wünsche ihr alles Gute für die neue Lebensphase, aber vor allen Dingen natürlich Gesundheit, Glück und Zufriedenheit. Ich hoffe, sie hat das jetzt gehört.

(Beifall im Hause)

Nun die bereits angezeigten umfangreichen Hinweise zur Tagesordnung.

Unter A: Der Beschluss des Ältestenrats gemäß § 29 Abs. 2 Satz 1 der Geschäftsordnung, wonach bis auf Weiteres die auf einen Tagesordnungspunkt entfallende Redezeit grundsätzlich halbiert wird, gilt auch in diesen Sitzungen fort.

Die Tagesordnungspunkte 1, 48, 66 und 67 werden von der Tagesordnung abgesetzt, nachdem die zuständigen Ausschüsse nicht abschließend beraten haben.

Zu Tagesordnungspunkt 23 wurde ein Alternativantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP in der Drucksache 7/9696 elektronisch bereitgestellt bzw. verteilt.

Die Wahlvorschläge haben folgende Drucksachennummern: zu Tagesordnungspunkt 34 die 7/9651, zu Tagesordnungspunkt 35 die 7/9698, zu 36 die 7/9684, zu 39 die 7/9692, zu 40 die 7/9676, zu 41 a) die 7/9677, zu 41 b) die 7/9678, zu 42 a) die 7/9679, zu 42 b) die 7/9680, zu 43 a) die 7/9681, zu 43 b) die 7/9682 und zu 44 die 7/9683.

Zu den Tagesordnungspunkten 37 und 38 liegen keine Wahlvorschläge vor. Ich gehe deshalb davon aus, dass diese Wahlen als von der Tagesordnung abgesetzt gelten sollen. Das ist der Fall.

Die Beschlussempfehlungen haben folgende Drucksachennummern, soweit sie nicht bereits in der Tagesordnung genannt werden: Zu Tagesordnungspunkt 52 die 7/9671, zu Tagesordnungspunkt 64 die 7/9686 und zu Tagesordnungspunkt 69 die 7/9687.

Zu Tagesordnungspunkt 63 wurde eine Neufassung des Gesetzentwurfs elektronisch bereitgestellt bzw. verteilt.

Die Fraktionen und die Parlamentarische Gruppe sind im Ältestenrat übereingekommen, den Tagesordnungspunkt 2 und den Tagesordnungspunkt 3 in diesen Plenarsitzungen in erster und gegebenenfalls zweiter Beratung zu verhandeln. Ich gehe deshalb davon aus, dass niemand widerspricht, im Anschluss an die erste die zweite Beratung zu dem Gesetzentwurf zu Tagesordnungspunkt 2 und im Anschluss an die erste Beratung die zweite Beratung zu dem Gesetzentwurf zu Tagesordnungspunkt 3 durchzuführen, sofern keine Ausschussüberweisung beschlossen wird. Da sehe keinen Widerspruch.

Dann führe ich weiter fort. Zur Abarbeitung der Tagesordnung haben die Fraktionen und die Parlamentarische Gruppe im Ältestenrat folgend Übereinkünfte erzielt, zu denen ich dem Grunde nach in chronologischer Reihenfolge ausführen werde:

(Präsidentin Pommer)

Der Tagesordnungspunkt 45 soll heute als erster Tagesordnungspunkt aufgerufen werden.

Der Tagesordnungspunkt 47 soll heute als zweiter Tagesordnungspunkt aufgerufen werden.

Die Tagesordnungspunkte 13 und 30 sollen morgen vor der Mittagspause aufgerufen werden.

Die Wahlen zu den Tagesordnungspunkten 35, 36 und 39 bis 44 sollen morgen nach der Mittagspause aufgerufen werden. Daran schließen sich die Fragestunde und die Bekanntgabe der Wahlergebnisse an.

Die Tagesordnungspunkte 9 und 10 sollen in dieser Reihenfolge morgen im Anschluss an die Bekanntgabe der Wahlergebnisse aufgerufen werden.

Der Tagesordnungspunkt 16 soll morgen auf jeden Fall aufgerufen werden.

Der Tagesordnungspunkt 34 soll am Freitag als erster Punkt aufgerufen werden. Danach sollen die Tagesordnungspunkte 32 a) bis 32 c) aufgerufen werden.

Der Tagesordnungspunkt 31 soll am Freitag vor der Mittagspause aufgerufen werden.

Als letzter Punkt soll am Freitag der Tagesordnungspunkt 14 aufgerufen werden.

Die Tagesordnungspunkte 8 a) und 8 b) sollen in diesen Plenarsitzungen auf jeden Fall, also spätestens am Freitag, aufgerufen werden. So weit unter A.

Unter B: Die Landesregierung hat mitgeteilt, zu dem Antrag zu Tagesordnungspunkt 18 und zu dem Antrag zu Tagesordnungspunkt 27 von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 Abs. 2 der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.

Wird der Ihnen vorliegenden Tagesordnung widersprochen bzw. gibt es weitere Anmerkungen? Herr Abgeordneter Blechschmidt.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Ich hätte drei Bemerkungen, Hinweise, Änderungen zur Tagesordnung. Mit Blick auf den TOP 12, Thüringer Gesetz zur landesrechtlichen Umsetzung des Wärmeplanungsgesetzes, bitten wir auf alle Fälle Freitag um Abarbeitung – also nicht Platzierung, sondern auf jeden Fall abarbeiten.

(Zwischenruf Abg. Möller, SPD: Vor der Mittagspause!)

Und auf Hinweis meiner Kollegen aus der Koalition soll das auch noch vor der Mittagspause stattfinden.

Dann hätten wir den TOP 34, Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verfassungsgerichts. Da würden wir gern die Wahl morgen im gesamten Wahlkomplex mit abarbeiten.

Und TOP 52, Thüringer Gesetz zur Erstattung von Mehrkosten nach dem Zweiten, Neunten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch für das Jahr – usw. –, möchten wir gern am Freitag nach den Wiederholungswahlen abarbeiten.

Präsidentin Pommer:

Herr Abgeordneter Bühl, bitte.

Abgeordneter Bühl, CDU:

Ich habe zwei Anträge. Einer liegt Ihnen ja bereits auf dem Tisch. Wir haben einen Antrag mit dem Titel „Wirtschaftliche Sicherung der Thüringer Krankenhäuser gewährleisten – Einspruch Thüringens gegen Kran-

(Abg. Bühl)

kenhaustransparenzgesetz im Bundesrat“ als Dringlichkeitsantrag, weil nächste Woche im Bundesrat dazu beraten werden soll. Den hätten wir gern für Donnerstag noch auf die Tagesordnung gesetzt. Und die Dringlichkeit würde dann mein Kollege Zippel begründen.

Und ich habe noch einen zweiten Antrag, aber ich weiß nicht, wie wir es machen wollen von der Reihenfolge her, damit wir nicht durcheinanderkommen.

Präsidentin Pommer:

Bringen Sie ruhig den zweiten noch ein.

Abgeordneter Bühl, CDU:

Und TOP 25, das ist das Herzinfarktnetzwerk – Überlebenschancen erhöhen. Den möchten wir gern am Freitag nach dem Mittag, also nach der Fragestunde, aufrufen.

Präsidentin Pommer:

Ja, dann würde ich zunächst, bevor ich Herrn Abgeordneten Montag noch das Wort gebe, das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des Antrags der Fraktion der CDU Herrn Abgeordneten Zippel geben. Bitte schön, Herr Zippel.

Abgeordneter Zippel, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte die Dringlichkeit des vorgelegten Antrags begründen, da vielleicht nicht allen Abgeordneten die Hintergründe vollends bewusst sind.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Na, na, na, na!)

Die meisten von Ihnen wissen sicherlich, dass die wirtschaftliche Situation der Thüringer Kliniken enorm angespannt ist. Am deutlichsten wird dies sicherlich wohl beim Insolvenzverfahren der in Regiomed zusammengeschlossenen kommunalen Kliniken. Aber auch große Träger, ob gemeinnützig oder privat, fahren große Verluste ein. Die Krankenhausgesellschaft beziffert sie in einem offenen Brief an den Bundesgesundheitsminister mit 500 Millionen Euro monatlich. Dazu kommt die massive Unsicherheit über die bevorstehende Krankenhausreform auf Bundesebene und die verschlafene Krankenhausplanung hier in Thüringen. Kurz: Den Thüringer Kliniken steht ohne politisches Handeln ein harter finanzieller Aufprall bevor und wir wissen nicht, wie wir die Krankenhausversorgung in Thüringen in Kürze haben werden, wie sie aussehen wird, wenn wir nicht handeln.

Deshalb stimmte Thüringen in der ersten Beratung des Krankenhaustransparenzgesetzes richtigerweise für eine grundsätzliche Überarbeitung im Vermittlungsausschuss und stimmte ebenfalls richtigerweise für einen Antrag der CDU-geführten Länder „zur kurzfristigen wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und dauerhaften Refinanzierung aktueller sowie künftiger inflations- und tarifbedingter Kostensteigerungen“ – so der Titel. Nun tagte am 22.02. der Vermittlungsausschuss, und wie Sie der Presse entnehmen können und auch dem offenen Brief der Landeskrankenhausgesellschaft, ist es überraschenderweise so, dass Thüringen für eine knappe Mehrheit sorgte, das Krankenhaustransparenzgesetz ohne Änderungen aus dem Vermittlungsausschuss an den Bundesrat zurücküberwies, ohne die notwendigen Änderungen. Für die Thüringer Krankenhäuser und ihre extrem angespannte wirtschaftliche Situation ist das ein Stoß über die Klippe. Eine

(Abg. Zippel)

wirtschaftliche Absicherung der Häuser kann nur in der 1.042. Sitzung des Bundesrats am 22.03. durch die Länder eingefordert werden.

Da es bis zu diesem Datum zu keiner weiteren Sitzung des Landtags kommen wird, ist es jetzt nötig, über dieses Thema von enormem öffentlichen Interesse zu sprechen. Ein Antrag der CDU liegt vor. Ich beantrage und bitte eindringlich darum, diesen Antrag mit Blick auf die Zukunft der Thüringer Gesundheitsversorgung am Donnerstagnachmittag zu debattieren. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Pommer:

Das war die Begründung der Dringlichkeit. Möchte jemand gegen die Dringlichkeit sprechen? Herr Abgeordneter Plötner für die Fraktion Die Linke, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Plötner, DIE LINKE:

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. Werte Anwesende, ich möchte gegen diese Dringlichkeit sprechen, auch bei aller berechtigten angespannten Situation der Krankenhäuser auch in Thüringen ist das hier viel Sand in die Augen, der leider gestreut wird. Es ist die Länderkammer im Bundesrat, wo die Landesregierungen eben dort auch die Dinge besprechen, entscheiden und auf den Weg bringen. Und wir als Thüringer Landtag können uns dazu sicherlich auch verhalten und eine Meinung haben, aber Sie wissen auch, dass Regierungshandeln Regierungshandeln ist, und deswegen will ich mal auch noch diesen Begriff des Verschlafens zurückweisen, Herr Zippel, bei der Krankenhausplanung.

(Beifall DIE LINKE)

Ich finde, das war so idealtypisch hier gemacht, wie sich das gehört, nämlich unter Beteiligung aller, die mit der Krankenhauslandschaft in Thüringen dort was zu tun haben und zu sagen haben und die Zukunft dort mitgestalten wollen. Zugegebenermaßen kann sich da auch der Bundesgesundheitsminister mal eine

(Unruhe CDU)

Scheibe abschneiden, auch wie unsere Landesministerin da agiert bei dem Themenfeld. Und bitte lassen Sie jetzt aber auch diese Aktion, weil meines Erachtens das wirklich auch nur zu Verzögerungen beim ganzen Prozess führt. Die Ministerinnen und Minister der Länder werden sich auch heute Abend mit dem Bundesgesundheitsminister genauer noch mal mit den Fragen der Krankenhausfinanzierung befassen. Ich glaube, der Ernst der Lage ist uns allen bekannt. Aber mit so einem Schaufensterantrag werden Sie das Problem nicht lösen. Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Pommer:

Damit haben wir die Dringlichkeit begründet und gegen die Dringlichkeit gesprochen. Da kommen wir zur Abstimmung über die Aufnahme in die Tagesordnung unter Fristverkürzung. Da die genannte Vorlage nicht innerhalb von der Frist von sieben Tagen verteilt wurde, ist also nicht nur über die Aufnahme in die Tagesordnung, sondern auch über die Fristverkürzung gemäß § 66 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu beschließen. Diese Frist kann mit einfacher Mehrheit verkürzt werden, es sei denn, es widerspricht jemand.

Es gibt Widerspruch. Damit bedarf es einer Zweidrittelmehrheit. Damit frage ich gemäß § 66 Abs. 2, wer der Aufnahme unter Fristverkürzung zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen

(Präsidentin Pommer)

aus der CDU-Fraktion, der AfD-Fraktion und drei fraktionslosen Abgeordneten. Wer ist gegen die Aufnahme in die Tagesordnung unter Fristverkürzung? Das sind die Stimmen aus den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Linke und die Gruppe der FDP. Damit ist die Zweidrittelmehrheit nicht erreicht. Also ist die Vorlage in die Tagesordnung nicht aufgenommen.

Damit komme ich zur Abarbeitung über die bisherigen Anträge. – Herr Montag, ich haben Sie nicht vergessen, ich würde Sie jetzt aber doch erst mal abarbeiten, weil das sonst vielleicht zu viel wird, wenn Sie einverstanden sind? Gut.

Wir haben zum einen außerdem den Tagesordnungspunkt 12. Hier wurde von der Fraktion Die Linke beantragt, die Abarbeitung vor der Mittagspause am Freitag durchzuführen. Erhebt sich Widerspruch? Das kann ich nicht sehen. Also gehe ich davon aus, dass wir so arbeiten können.

Tagesordnungspunkt 34: Hier gibt es den Antrag, die Wahl der stellvertretenden Verfassungsrichterin gemeinsam mit den Wahlen am Donnerstag durchzuführen. Der Ordnung halber will ich noch darauf hinweisen, da die stellvertretende Verfassungsrichterin am Donnerstag verhindert ist, würde eine Vereidigung/Verpflichtung am Freitag erfolgen. Wir würden hier also eine Trennung vornehmen. Erhebt sich hier Widerspruch? Das kann ich nicht erkennen, dann können wir so verfahren.

Der nächste Antrag, hier ging es um den Tagesordnungspunkt 52, das war die Frage zu SGB II: Hier ist Abarbeitung für Freitag nach der Mittagspause und nach den Wahlen beantragt. Gibt es hierzu Widerspruch? Das sehe ich nicht. Dann können wir so verfahren.

Dann den Tagesordnungspunkt 25 – Herzinfarkt –, Abarbeitung: Hier gibt es den Antrag, Tagesordnungspunkt 25 am Freitag auf jeden Fall abzuarbeiten. Erhebt sich Widerspruch? Alle gehen dem Herzinfarkt damit aus dem Weg. Gut. Dann können wir so verfahren und Herr Abgeordneter Montag, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Montag, Gruppe der FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin, auch für die Bewahrung der Übersicht über die vielen Änderungsanträge. Ich darf dem Ganzen noch einen hinzufügen, verbunden zunächst mit dem Dank an alle Kollegen, die über zwei Jahre an einem gemeinsamen Beschluss des Sozialausschusses mitgewirkt haben, nämlich zum Antrag „Das stille Leiden an ME/CFS beenden: Forschung, Versorgung und Aufklärung stärken“ in der Drucksache 7/4894 – Neufassung –. Und ich bitte, das am Freitag nach der Fragestunde einzuordnen. Vielen Dank.

Präsidentin Pommer:

Herr Montag, das war welcher Tagesordnungspunkt?

(Zuruf Abg. Montag, Gruppe der FDP: 64!)

Es gibt also den Antrag, den Tagesordnungspunkt 64 in Drucksache 7/4894 – Neufassung –, am Freitag ebenfalls abzuarbeiten. Erhebt sich Widerspruch? Das kann ich nicht erkennen, dann verfahren wir so.

Weitere Bemerkungen zur Tagesordnung? Das kann ich nicht erkennen. Dann lasse ich noch einmal über die Tagesordnung in geänderter Fassung unter Berücksichtigung der Abstimmungen von eben hier abstimmen. Wer der Tagesordnung so seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen im gesamten Rund. Die Gegenstimmen? Sehe ich keine. Stimmenenthaltungen? Sehe ich auch keine. Damit können wir so entsprechend der Tagesordnung verfahren.

(Präsidentin Pommer)

Ich rufe damit auf den **Tagesordnungspunkt 45**

**Verpflichtung des vom Landtag in
seiner 128. Sitzung am 2. Februar
2024 gewählten Landesbeauftrag-
ten für den Datenschutz gemäß
§ 3 Abs. 5 Satz 1 des Thüringer
Datenschutzgesetzes**
Beschluss des Landtags
[- Drucksache 7/9511 -](#)

Der Landtag hat in seiner 128. Sitzung am 2. Februar 2024 Herrn Tino Melzer als Landesbeauftragten für den Datenschutz gewählt. Der Beschluss wurde als Drucksache 7/9511 ausgefertigt und veröffentlicht. Ich habe Herrn Melzer am 1. März 2024 für die Dauer von sechs Jahren zum Landesbeauftragten für den Datenschutz ernannt und ihm dazu die Ernennungsurkunde ausgehändigt. Im Anschluss an seine Ernennung hat Herr Melzer von mir als Präsidentin des Landtags den in § 3 Abs. 5 Satz 2 und 3 des Thüringer Datenschutzgesetzes vorgeschriebenen Eid geleistet. Um die Amtseinführung abzuschließen, ist Herr Melzer gemäß § 3 Abs. 5 Satz 1 des Thüringer Datenschutzgesetzes zu verpflichten. Dazu bitte ich Herrn Melzer nach vorn zu treten und die weiteren anwesenden Personen bitte ich, sich von ihren Plätzen zu erheben.

Sehr geehrter Herr Melzer, ich verpflichte Sie gemäß § 3 Abs. 5 Satz 1 des Thüringer Datenschutzgesetzes, Ihr Amt gerecht und unparteiisch zu führen, das Grundgesetz und die Verfassung des Freistaats Thüringen sowie die Gesetze zu wahren und zu verteidigen. Ich wünsche Ihnen noch einmal alles Gute für Ihre Amtsausübung zum Wohle des Freistaats Thüringen.

(Beifall im Hause)

Damit schließe ich den Tagesordnungspunkt 45.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 47**

Aktuelle Stunde

Alle Fraktionen und die parlamentarische Gruppe haben jeweils ein Thema zur Aktuellen Stunde eingereicht. Jede Fraktion und die parlamentarische Gruppe haben in der Aussprache eine Redezeit von jeweils 5 Minuten für jedes Thema. Für die fraktionslosen Abgeordneten beträgt die Gesamtredezeit jeweils fünf Minuten, die auf die Themen aufgeteilt werden. Die Redezeit der Landesregierung beträgt grundsätzlich 10 Minuten für jedes Thema.

Ich eröffne den **ersten Teil** der Aktuellen Stunde

**a) auf Antrag der Fraktion DIE LIN-
KE zu dem Thema: „Beteiligungs-
möglichkeiten bei Windkraftherzeu-
gung zu blockieren, verursacht
massive finanzielle Einbußen für**

(Präsidentin Pommer)**Bürgerinnen, Bürger und Kommunen in Thüringen!“**

Unterrichtung durch die Präsidentin
des Landtags

- Drucksache 7/9568 -

Das Wort erhält Herr Abgeordneter Gleichmann für die Fraktion Die Linke.

Abgeordneter Gleichmann, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer hier und am Livestream, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Landtagsabgeordnete! Wir haben den Titel etwas fiktiv gewählt, aber er hat ja einen realen Hintergrund, und dazu will ich mal zu einem kleinen Experiment aufrufen. Und zwar bitte ich alle, sich zum einen auf die Plenarsitzung zu konzentrieren, die hier im Raum sind, und zudem auch noch mal alles auszublenden, was sie zum Thema Windkraft so als erstes denken, sondern sich einfach nur auf Fakten zu konzentrieren. Ich weiß, das fällt hier vielen schwer, gerade so auf der rechten Seite von mir sitzend. Aber ich würde Sie mal bitten, einfach unvoreingenommen auf folgende Erzählungen zu achten.

Wir haben uns vor zweieinhalb Jahren, als es der CDU auch noch wichtig war, Mehrheiten hier im Landtag zu organisieren, die jenseits der rechten AfD zu holen sind, auf einen sogenannten Windfrieden geeinigt. In diesem Windfrieden wurde festgestellt – und sogar auf Antrag der CDU gemeinsam dann mit uns –, dass wir die Menschen und die Kommunen stärker an den Einnahmen von Windenergieanlagen beteiligen möchten. Daraufhin haben sich die rot-rot-grünen Fraktionen auf den Weg gemacht, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten und diesen dann auch in den parlamentarischen Lauf gegeben. In diesem Gesetzentwurf, da geht es nicht darum, ob wir jetzt mehr oder weniger Windkraftanlagen bauen wollen, sondern da geht es rein um die Beteiligung der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger an den Einkünften, an den Gewinnen aus der Erzeugung von dem Strom durch die Windkraftanlagen. Also es geht nicht darum, sind wir jetzt pro oder kontra Windkraft, sondern es geht rein allein um die Beteiligung. Und da sind wir uns ja einig geworden insofern, dass wir in unseren Antrag das reingeschrieben haben, was die Bundesregierung als Soll im EEG formuliert hat: 0,2 Cent pro Kilowattstunde soll den Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Da haben wir gesagt: „sollen“ ist uns nicht genug, wir wollen „müssen“ und deswegen sagen wir, die 0,2 Cent müssen den Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Wir haben noch ein weiteres Beteiligungselement reingenommen: 0,1 Cent soll den Bürgerinnen und Bürgern, die im Umkreis wohnen, zur Verfügung gestellt werden, damit sie auch was davon haben.

Dann ging es weiter: Wir haben das diskutiert – es gab verschiedene Anhörungen mit den Kommunen und Gemeinden, mit den Windenergiebetreibern usw. usf. – und haben entsprechend diesen Antrag so bearbeitet, dass er jetzt eigentlich beschlussreif vorliegt. Und wir müssen hören, dass vor allen Dingen die CDU-Fraktion neben einer Verzögerungstaktik mittlerweile auch offen propagiert, dass sie diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen will oder kann. Wir fragen uns natürlich: Warum kann eine Fraktion, die das ursprünglich mit uns gemeinsam wollte, diesem jetzt nicht mehr zustimmen? Was würde denn passieren, wenn dieser Gesetzentwurf jetzt nicht zum Gesetz wird? Dann passiert Folgendes, dass die 85 Anlagen, die seit 2019 noch auf Errichtung und Inbetriebnahme warten – die haben alle schon die Genehmigung und müssen noch gebaut werden, dann irgendwann Inbetriebnahme –, nicht die Soll-Vorschrift haben. Das heißt, Sie entziehen den Kommunen mindestens 2,3 Millionen Euro Jahreseinnahmen. Zum Beispiel für die Gemeinde Greußen, um das mal klarzumachen: Die haben sieben Anlagen, die da gebaut werden, da

(Abg. Gleichmann)

sind das etwa 200.000 Euro Einnahmen im Jahr, und sie entziehen den Bürgerinnen und Bürgern, die im Umkreis dieser Anlagen wohnen, etwa 1,15 Millionen Euro. Das sind in Greußen – um zu Ihrem Beispiel zurückzukommen – etwa 100 Euro pro Haushalt pro Jahr. Da kann man sagen, gut, das ist nicht viel, aber es ist für einige doch relativ viel, gerade, wenn man die Steigerung der Stromkosten in den letzten Zeiten sieht. Insofern: Es gibt eigentlich nur negative Dinge, die passieren, wenn dieses Gesetz eben nicht Gesetz wird.

Da will ich zurückkommen und noch mal deutlich machen – wir haben auch eine neue Kollegin hier heute im Hause sitzen –: Ich kann mich noch erinnern, 2019, als ich hierhergekommen bin, wurden wir vereidigt in dem Sinne, wir wollen Politik machen für die Bürgerinnen und Bürger des Landes und wir wollen diese machen bis zum Ende der Legislatur. Deswegen ist es überhaupt nicht nachvollziehbar, warum dieses Ende der Legislatur jetzt für Sie – CDU vor allen Dingen – vorgezogen wird. Sie wollen scheinbar keine Politik machen bis zum Ende der Legislatur, sondern nur bis zum jetzigen Wahlkampf, den Sie ausgerufen haben. Das wollen wir nicht, deswegen haben wir das heute auch noch mal in den Fokus gerückt, weil uns auch eben die Gemeinden und die Kommunen darum gebeten haben. Wir wollen, dass dieses Gesetz kommt, und bitten, die Widerstände dagegen aufzuhalten. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Pommer:

Für die CDU-Fraktion erhält Herr Abgeordneter Gottweiss das Wort.

Abgeordneter Gottweiss, CDU:

Sehr geehrte Präsidentin, werte Kollegen, liebe Zuschauer! Herr Gleichmann, da haben Sie aber ganz schön die Backen aufgeblasen,

(Beifall CDU)

da kam nichts anderes raus als warme Luft. Ich weiß – ehrlich gesagt – gar nicht, was Sie wollen. Wir haben einen Energieplan als CDU-Fraktion vorgelegt, wo wir genau das reingeschrieben haben, nämlich, dass wir Beteiligungsmöglichkeiten bei Windenergie haben wollen.

(Beifall CDU)

Nur, das Ganze muss Sinn ergeben – das ist quasi der Knackpunkt –, und das macht Ihr Gesetzentwurf eben nicht.

Unsere Anforderungen sind eigentlich relativ einfach: Wir wollen keine zusätzliche Bürokratie, wir wollen keine Schiedsrichterrolle für die Gemeinden, wir wollen keine Vorgaben, wie das Geld ausgegeben werden muss und keine Anrechnung dieser Gelder auf den KFA.

(Zwischenruf Abg. Möller, SPD: Das liegt alles vor!)

Das heißt, wir wollen an dieser Stelle tatsächlich die Freiheit für die Gemeinden, dass sie an den Einnahmen profitieren können, ohne dass sie aber Mehraufgaben haben, die überhaupt gar keinen Sinn ergeben. Da gucken wir mal in die konkreten Regelungen rein, die Sie in dem Gesetzentwurf haben: Ein Teil davon – da könnten wir uns sofort einigen – ist nämlich die Frage nach § 6 EEG. Dort ist es ja so geregelt im Bundesrecht, dass die Windkraftbetreiber 0,2 Cent je Kilowattstunde den Gemeinden zur Verfügung geben sollen. Aus diesem „sollen“ könnte man ein „müssen“ machen und das Ganze verpflichtend machen. Darauf können wir uns sofort einigen, das ist überhaupt kein Problem.

(Abg. Gottweiss)

(Zwischenruf Abg. Gleichmann, DIE LINKE: Haben wir doch gemacht!)

Was natürlich schwieriger ist, ist schon die Regelung mit der Strompreiserlösgutschrift. Da ist es eben so, dass die Leute einen Zuschuss kriegen sollen. Und dort besteht nach wie vor das Problem, dass die Möglichkeit besteht, dass man diese zusätzlichen Einnahmen versteuern muss, sodass von dem kleinen Betrag, den die Leute dort kriegen, eigentlich nicht wirklich was übrig bleiben würde. Da sagen Sie, dass man das auch ausloten könnte, aber es muss halt wirklich rechtssicher sinnvoll geregelt sein in dem Gesetz, und das sehen wir an der Stelle nicht.

Dann kommt das Dritte, dass Dinge tatsächlich auch Sinn ergeben müssen für die Bürger. Die Regelung zum Lokalstromtarif – Sie wissen, ich bin ein Verfechter von so einem Lokalstromtarif, aber nur, wenn er günstiger ist als der normale Stromtarif. Und die Energiebetreiber haben uns glaubhaft versichert, dass das nicht möglich ist. Deswegen steht auch diese Regelung, dass es günstiger sein soll als ein normaler Stromtarif, nicht mehr in dem Gesetzentwurf. Wenn also der Lokalstromtarif teurer sein wird als der normale Stromtarif, wird doch kein Bürger diesen Stromtarif wählen. Dann ist Ihre schöne Rechnung, wie viel Geld eigentlich den Bürgern zustehen würde, ad absurdum geführt.

Also es bleibt dabei, wir sind als CDU-Fraktion sehr gern bereit, auch eine gesetzliche Regelung zu treffen, die sicherstellt, dass die Gemeinden hier von den Einnahmen profitieren, die die Windkraftbetreiber haben. Aber es muss Sinn ergeben, es darf keine zusätzliche Bürokratie aufgebaut werden. Die Schiedsrichterrolle, die Sie für die Gemeinden vorsehen, muss weg. Die Gemeinden sollen keine zusätzlichen Aufgaben dafür kriegen. Und es darf keine Vorgaben geben, wie dieses zusätzliche Geld ausgegeben wird. Am Ende des Tages muss man auch sagen: Gucken Sie in die Anhörungsunterlagen rein! Der Gemeinde- und Städtebund sagt eindeutig, dass auch das, was Sie jetzt als Änderung vorgeschlagen haben, wo Sie schon einige Dinge betrachtet haben, nicht ausreicht, damit das Gesetz zustimmungsfähig ist. Es wirft nach wie vor rechtliche Fragen und Probleme auf. Deswegen sagt der Gemeinde- und Städtebund ganz klar, dass in dieser Form das Gesetz nicht beschlossen werden kann.

(Zwischenruf Abg. Gleichmann, DIE LINKE: Stimmt doch gar nicht!)

Dem schließen wir uns als CDU-Fraktion an und sind gespannt auf die weitere Debatte in den Ausschüssen. Besten Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Pommer:

Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abgeordneter Möller das Wort.

Abgeordneter Möller, SPD:

Herzlichen Dank. Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Gottweiss, ich glaube, wir führen jetzt so ein Stück weit eine Fachdebatte hier im Rund, die wir eigentlich im Fachausschuss führen sollten. Dennoch ist es, glaube ich, richtig, dass mein Kollege Gleichmann von der Linken jetzt in der Aktuellen Stunde noch mal auf die Dringlichkeit aufmerksam macht.

Das, was Sie jetzt deutlich gemacht haben, lassen Sie mich das gleich noch mal einordnen. Zu Beginn aber noch mal an alle Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne und am Livestream: Es geht hier um die Frage, ob wir es noch in dieser Legislatur – und da wissen wir, dass die Zeit abläuft – schaffen, ein Gesetz in Thüringen auf den Weg zu bringen und zu beschließen, dass es zukünftig Pflicht ist, dass überall da, wo

(Abg. Möller)

sich ein Windrad dreht, wo auch Geld eingenommen wird durch den Strom, der da erzeugt und verkauft wird, durch diesen Verkauf die Menschen vor Ort einen Profit haben, also am Gewinn beteiligt werden. Das soll Pflicht werden und das ist die Idee, die wir hier in Thüringen umsetzen wollen. Setzen wir das jetzt nicht in den nächsten Wochen hier im Thüringer Landtag um, werden Einnahmen in den nächsten ein bis zwei Jahren auf jeden Fall nicht generiert werden können, weil solange würde es dauern, so ein Gesetz wieder in Bewegung zu setzen und tatsächlich zu beschließen. Also zwei Jahre Verlust von Einnahmen, von der Beteiligung an erneuerbaren Energien Ja oder Nein, das ist die entscheidende Frage.

Deswegen, Herr Gottweiss, lassen Sie mich auf Ihre doch leider fachlich nicht fundierte Kritik eingehen. Sie haben von Blasen und von Luft gesprochen. Das kann der Windenergie natürlich helfen, aber von Blasen und von Luft muss man leider sehen, dass von Ihrer Grundidee, die Sie vor anderthalb Jahren ja mit uns geteilt haben, mit Linke, SPD und Grünen, nicht viel übrig geblieben ist. Wir waren uns einig, dass wir ein Mitbeteiligungsgesetz brauchen. Sie haben noch vor 14 Tagen hier im Thüringer Landtag einen eigenen Entwurf angekündigt, der mittlerweile nicht mehr vorliegt. Wir sehen, dass wir in der Fachdebatte zum vorgelegten Gesetzentwurf mittlerweile zwei Anhörungen durchgeführt haben und bei diesen zwei Anhörungen sehr wohl auf das eingegangen sind, was Sie jetzt auch kritisiert haben, und dieses Gesetz verschlankt haben. Mittlerweile liegt abstimmungsreif im zuständigen Energieausschuss ein Gesetzentwurf, der eben schlank und klar ist und eben weder eine Schiedsrichterfunktion vorsieht, noch die Kommunen in irgendwelche neuen Aufgaben hineinmanövriert, die sie nicht bewältigen können, und womit auch klar ist, dass die Gelder, die eingenommen werden, den Kommunen zusätzlich über die KFA-Regelungen hinaus zur Verfügung stehen.

All das ist mittlerweile Konsens. Leider verschließen Sie sich bisher der Diskussion darum, weil die Vorschläge, was Sie sozusagen konkret an diesem Gesetzentwurf noch ändern wollen, gibt es nicht. Und das ist der eigentliche Punkt, das ist das eigentliche Problem. Und da komme ich wieder auf meine Ausgangsaussage zurück: Wir haben jetzt noch zwei Monate, um das im Fachausschuss zu klären und dann hier im Landtag eine Mehrheit zu finden. Ich bitte innigst sowohl die Kollegen von der FDP als auch von der CDU, im nächsten Umwelt-, Energie- und Naturschutzausschuss doch wirklich mal Vorschläge vorzulegen, wie denn ein Kompromiss von einem guten Gesetz aussehen kann.

Und ich will Ihnen da auch noch mal deutlich machen, was der Gemeinde- und Städtebund tatsächlich sagt. Und damit – mit Erlaubnis, Frau Präsidentin – möchte ich zitieren aus der Stellungnahme des Gemeinde- und Städtebunds vom 15.01., letzter Satz: „Damit weitere Einnahmeverluste betroffener Kommunen von Windkraftanlagen vermieden werden, bitten wir Sie, das Gesetzgebungsverfahren unverzüglich zum Abschluss zu bringen.“

(Zwischenruf Abg. Gottweiss, CDU: Wichtig ist der Satz davor!)

Das heißt also nichts anderes als: Der Gesetzentwurf ist im Grunde genau das, was es jetzt braucht, das ist das, was unsere Kommunen jetzt brauchen, und das wäre auch sinnvoll, dem jetzt Folge zu leisten.

Meine Damen und Herren von der CDU, wir fordern Sie auf: Machen Sie konkrete Vorschläge, lassen Sie uns hier einen konkreten Kompromiss finden zum Gesetzentwurf, weil wir sonst für Thüringen zwei weitere Einnahmejahre verlieren und damit sozusagen Thüringen weiter von den Möglichkeiten der erneuerbaren Energien abkoppeln. Das kann nicht Zukunft dieses Landes sein. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Pommer:

Für die AfD-Fraktion erhält Frau Abgeordnete Hoffmann das Wort.

Abgeordnete Hoffmann, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer, die Linke macht ihr rot-rot-grünes Windenergiebeteiligungsgesetz zum Thema in der Aktuellen Stunde und man muss ja schon dafür danken, denn so können wir, bevor der Gesetzentwurf zurück ins Plenum kommt, schon auf die Unsinnigkeiten des Gesetzentwurfs eingehen.

(Beifall AfD)

Im Ausschuss läuft dazu mittlerweile die dritte Anhörung bzw. ist in Planung. Interessant ist diese Aktuelle Stunde auch deswegen, weil sie gegenüber CDU und FDP – wir haben es schon gehört – Druck aufbauen soll, damit diese dem Vorhaben zustimmen. Nun ja, es wäre zwar nicht das erste Mal, dass diese beiden Gruppen bzw. Fraktionen umfallen zugunsten der Minderheitsregierung,

(Zwischenruf Abg. Bergner, Gruppe der FDP: Was für ein Dünnschiss!)

allerdings haben wir Wahlkampfjahr und da muss die Opposition ja zumindest simuliert werden,

(Beifall AfD)

während man gleichzeitig dafür sorgt, dass das im Oktober 2023 von uns eingebrachte Gesetz zum vollständigen Rückbau von Windenergieanlagen auf der Tagesordnung auf Platz 56 landet, obwohl wir im Ältestenrat beantragt haben, dieses Gesetz endlich dringlich zu behandeln. So sieht es also aus, wenn die CDU die AfD inhaltlich stellen will. Man sorgt dafür, dass unsere Initiativen erst gar nicht behandelt werden. Das ist richtig mutig, nicht wahr?

(Beifall AfD)

Nun zum Windenergiebeteiligungsgesetz an sich: Grundsätzlich ist das links-grüne Vorhaben ein Versuch, die Kommunen mit Geldverlockungen davon zu überzeugen, dass der Ausbau der Windindustrie und die damit einhergehende Zerstörung der Heimat und der Natur doch eine ganz tolle Sache sei. Zum Unglück der regierungstragenden Fraktionen haben das Anzuhörende erkannt und Bürger sich im Online-Diskussionsforum Luft gemacht.

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Sind Sie bei Anhörungen auch geistig anwesend?)

Der rot-rot-grüne Entwurf wurde in den bisherigen zwei Anhörungen als unnötig beschrieben, weil eine Bundeslösung der bessere Weg wäre.

(Zwischenruf Abg. Gleichmann, DIE LINKE: Da machen wir lieber nichts!)

Es wurde kritisiert, dass durch ein solches Gesetz jegliche Konzentrationsplanung hinüber wäre. Der entstehende Personalbedarf wurde von kommunalen Akteuren moniert. Es wurde bemängelt, dass es verfassungsrechtliche Bedenken gibt, und der Datenschutz wurde angeführt. Diese Kritikpunkte kommen zu generellen Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen auf die Umwelt dazu, was die einbringenden Fraktionen aber nicht davon abhält, dieses Windindustriehikel als Aktuelle Stunde bewerben zu wollen mit äußerst windigen Zahlen.

Und jetzt komme ich noch mal zu Ihrer Rechnung in dem Text. Sie rechnen hier nämlich mit der theoretischen Nennleistung und nicht mit der tatsächlichen Auslastung – Fakten, Herr Gleichmann. Sie suggerieren

(Abg. Hoffmann)

so, dass die Kommunen Hunderttausende Euro im Jahr bekommen würden, wenn sie sich der Windindustrie nur verkaufen. Sie verschweigen dabei aber oder wissen es einfach nicht besser, dass eine 6-Megawatt-Anlage genauso viel produziert, wie eine 2-Megawatt-Anlage bei Windflaute. Nämlich null.

(Beifall AfD)

Die 330.000 Euro im Jahr bekommen Sie also nie zusammen. Dazu müsste jede Ihrer acht Anlagen über 3.000 Volllaststunden aufweisen. Das entspräche einer Auslastung der Anlagen von 40 Prozent.

(Zwischenruf Abg. Gleichmann, DIE LINKE: 3.300!)

Und das im windarmen Thüringen. Pustekuchen.

(Beifall AfD)

Das Statistische Bundesamt gibt für Binnendeutschland 1.800 Stunden an. Ja, Sie können es ja nachrechnen, wenn Sie mal Zeit finden.

Die durchschnittliche Auslastung der Anlagen in Deutschland beträgt nicht einmal 20 Prozent, was jährlich 50.000 Euro entspräche bei 0,2 Cent. Von wegen 300.000 Euro. Wenn Sie wirklich etwas für die Kommunen tun wollen, haben Sie im Landeshaushalt unter anderem die Gelegenheit dazu. Sie haben die Gelegenheit auf so vielen Gebieten, die Kommunen zu stärken, anstatt sie dazu zu bringen, um Almosen zu betteln. Sei es bei Bildung, Migration oder Energie. Das tun Sie aber nicht. Im Gegenteil: Ihre Politik führt erst zu der Belastung der Kommunen und Bürger. Sie führt dazu, Ihre Politik, dass die Verwaltungsausgaben anwachsen, freiwillige Ausgaben nicht mehr finanziert werden können und dass vor allem der ländliche Raum abgehängt wird, wie die gesamte linksgrüne Politik ja ein Frontalangriff auf den ländlichen Raum in Thüringen ist.

Glauben Sie wirklich, dass die von dieser Minderheitsregierung Geplagten das nicht erkennen und ihre Heimat freiwillig einer Industrie verkaufen, die die Natur zerstört, auf Ideologie basiert und energiepolitische Unvernunft ist? Wenn Sie das wirklich glauben, werden Sie am 1. September Ihr blaues Wunder erleben. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsidentin Pommer:

Für die Gruppe der FDP erhält Herr Abgeordneter Bergner das Wort.

Abgeordneter Bergner, Gruppe der FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir erleben heute hier mit der Aktuellen Stunde der Linken einen in dieser Legislatur bisher einmaligen Vorgang. Sie, verehrte Kollegen, versuchen einen parlamentarischen Vorgang zu skandalisieren, der derzeit noch im Ausschuss auf seine abschließende Bearbeitung wartet. Und ja, ich verstehe, wir steuern auf einen Wahlkampf zu. Und ja, die Zeit, Initiativen abzuarbeiten, wird auch knapp. Der ganze Schwung an neuen Gesetzen, die Sie ja auch auf die Tagesordnung gehoben haben, wie die uns seit Jahren angekündigte Bauordnung, macht die Arbeit der Ausschüsse natürlich nicht leichter – auch des Plenums nicht – und lässt auch gute Initiativen der Opposition wieder aus Zeitmangel hinten runterfallen.

Ich möchte hier beispielsweise auf unseren Entwurf zum Wasserstoffzukunftsgesetz verweisen, der jetzt seit fünf Monaten auf die Debatte wartet, meine Damen und Herren.

(Abg. Bergner)

(Beifall Gruppe der FDP)

(Zwischenruf Abg. Gleichmann DIE LINKE: Die Zukunft ist schon im Gange!)

Sie, meine Damen und Herren, zielen nun auf das Thüringer Gesetz über die Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern sowie Gemeinden an Windparks ab. Und für unsere Gäste hier im Saal und auch an den Endgeräten: Dieses Gesetz haben wir als Abgeordnete im vergangenen Juli an den zuständigen Ausschuss verwiesen, übrigens auch mit Zustimmung der FDP.

Im Ausschuss soll ein Gesetz natürlich fachlich beraten und diskutiert werden, auch unter Anhörung von Experten und Betroffenen. Und das haben wir getan. In der ersten Runde der Anhörung war die Resonanz auf Ihren Gesetzentwurf so vernichtend, dass Sie ohne eine Auswertung eine zweite Anhörungsrunde angeregt haben, der wir auch wieder zugestimmt haben.

(Beifall Gruppe der FDP)

In der zweiten Anhörungsrunde war die Resonanz der Anzuhörenden immer noch überaus kritisch. Ich komme gleich auf ein paar Zuschriften noch zu sprechen. Und in der letzten Ausschusssitzung in der vergangenen Woche kamen Sie nun mit einer Tischvorlage bzw. Neufassung des Gesetzes, ohne es für nötig zu halten, die anderen Fraktionen und Gruppen vielleicht im Vorfeld zu informieren. Und Sie haben erwartet, dass wir spontan zustimmen bei einem doch sehr dicken Textumfang. Und so, meine Damen und Herren, funktioniert nun mal keine parlamentarische Zusammenarbeit.

(Beifall Gruppe der FDP)

Der Entwurf befindet sich nun in Vorbereitung einer dritten Anhörung, die wir am Freitag in einer Sondersitzung des Ausschusses final in die Wege leiten werden. Auch hier gehen wir als FDP wieder mit, um die kommunale Familie zu hören. Und dann sehen wir mal, ob die Kritik verstummt. Apropos Kritik. Hier mal ein paar kurze Auszüge – für die komplette Kritik reicht noch nicht mal die doppelte Redezeit.

Beteiligungsmodelle wie die Strompreiserlösgutschrift oder Sparprodukte werden kritisch beurteilt, da die Umsetzung recht kompliziert ist und mit einem erheblichen bürokratischen Aufwand verbunden ist. Das schreibt die Thüringer Verbraucherzentrale.

(Beifall Gruppe der FDP)

Eine Beteiligung über ein neues, ausschließlich landesspezifisches Gesetz, das nur über finanzielle Anreize eine Akzeptanzsteigerung versucht, wird kritisch gewertet. Und: Weitere Abgaben und die neuen verschiedenen Beteiligungsformen werden als kritisch und für den Ausbau der erneuerbaren Energien als hinderlich eingestuft – schreibt die IHK Erfurt. Ein Lokalstromtarif wird als kritisch und schwer umsetzbar erachtet, ebenso wie Direktzahlungen – in Klammern – Windbürgergeld, Windprämie – schreibt das Institut für Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Und so könnte man weiter fortfahren, wenn ich hier noch mehr Redezeit hätte, meine Damen und Herren.

Sie sehen, meine Damen und Herren, das Gesetz scheitert nicht einmal an einer Blockadehaltung der Opposition, sondern an den bisher nicht ausgeräumten Mängeln in Ihrem Entwurf. Das ist nun einmal so. Das in der Aktuellen Stunde auf die von Ihnen gewählte Art und Weise zu thematisieren, ist aus unserer Sicht schlicht unanständig und vor allem unehrlich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land, aber auch ein klares Zeichen in Richtung der angehörten Verbände und Institutionen, dass Ihnen deren Meinung eigentlich egal ist, wenn sie nicht mit der Ihrigen übereinstimmt. Ich danke Ihnen.

(Abg. Bergner)

(Beifall Gruppe der FDP)

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Genauso ist es!)

Präsidentin Pommer:

Das Wort erhält die fraktionslose Abgeordnete Frau Dr. Bergner.

Abgeordnete Dr. Bergner, fraktionslos:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen Abgeordnete, liebe Zuhörer! Windräder sind durch die Energiepolitik der letzten beiden Jahrzehnte zu einem lukrativen Geschäftsmodell geworden. Betreiber der Anlagen verdienen immens viel Geld, da sie unabhängig vom produzierten Strom eine steuer- und abgabenfinanzierte Festvergütung bekommen. Damit gibt es nicht wirklich Anreize für Effizienzsteigerung. Im Einklang von Windkraftlobby und Politik soll ganz Deutschland zu einem großen Windpark verwandelt werden.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Über die Umweltschäden und die Beeinträchtigungen der Lebensqualität durch die Windkraftträder ist hier im Plenum bereits viel gesagt worden. Auch erscheinen immer mehr wissenschaftliche Studien aus existierenden Windparks, die die Umweltschäden dokumentieren, und immer mehr Menschen, die im Umfeld der Windparks wohnen, klagen über Erkrankungen. Damit verstärkt sich natürlich der Widerstand gegen Windparks und man will nun die Menschen und Kommunen kaufen, um den Widerstand zu brechen. Und wenn wir uns ehrlich machen, so sollen wir auch nur einen Bruchteil des Geldes, welches Sie den Menschen über EEG-Zulage und CO₂-Steuer bereits abgenommen haben, zurückgeben, damit sie dann den Mund halten. An diesem Geschäftsmodell sollen nach dem Willen von Rot-Rot-Grün auch die Bürger beteiligt werden. Wie schön! Die Bürger also, denen man mit genau dieser Energiepolitik erst den Strom fast unbezahlbar gemacht hat. Auch die Kommunen hat man durch politische Geldmengenlenkung in finanzielle Notlagen getrieben, die jetzt ausgenutzt werden, um Umweltzerstörung aus ideologischen Gründen voranzutreiben. Genau genommen erfolgt damit eine Umverteilung von unten nach oben, denn die Betreiber der Windparks sind diejenigen, die dennoch gigantische Gewinne einstreichen. Die Gewinne vervielfachen sich mit der Vervielfachung der Windkraftanlagen. Wieso sich gerade Die Linke dafür hergibt, der Gewinnmaximierung des Großkapitals zu dienen und das unter billiger Inkaufnahme der Zerstörung der Lebensbedingungen der Menschen im Land, ist mir unklar.

(Zwischenruf Abg. Gleichmann, DIE LINKE: Um die Menschen zu beteiligen!)

Die Menschen wehren sich überall und lautstark gegen die neuen Windvorranggebiete. Und selbst die Planungsgemeinschaften laufen Sturm gegen diese Pläne. So sagte der Landrat Reinhard Krebs als Präsident der Regionalen Planungsgemeinschaft Südwestthüringen: Die Forderungen sind nur zu erfüllen, wenn man alles über den Haufen wirft, was bisher Konsens war. – Ich jedenfalls bin stolz auf die Bürger, die den Erhalt ihres Lebensraums und ihrer Lebensqualität dem Geld vorziehen und ich möchte sie ermutigen, standhaft zu bleiben, denn nur eine breite Bürgerbewegung kann diesen Wahnsinn stoppen. Verhindern wir gemeinsam die Pläne mit aller Kraft und zeigen den Regierenden, dass wir diesen Irrsinn nicht mitmachen wollen! Ich möchte abschließend noch mal darauf hinweisen, dass beispielsweise das Climate Service Center Germany, eine Einrichtung des Helmholtz-Zentrum Geesthacht, mit mehreren Szenarien nachgewiesen hat, dass die Auswirkungen auf Thüringen dann am geringsten sind, wenn keinerlei sogenannte Klimaschutzmaßnahmen ergriffen werden. Darüber sollten Sie mal nachdenken! Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Abg. Dr. Bergner)

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Manchmal sind 5 Minuten wirklich lang!)

Präsidentin Pommer:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält Frau Abgeordnete Wahl das Wort.

Abgeordnete Wahl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Zuhörerinnen, ich bin wirklich froh, dass wir heute die 5 Minuten noch mal haben, um über dieses Thema zu sprechen, weil man so mit ein paar Mythen auch aufräumen kann. Auf Frau Bergner gehe ich jetzt nicht ein, denn da würde auch eine halbe Stunde nicht ausreichen, um dass alles aus der Welt zu räumen, was wieder in den Raum gestellt worden ist. Aber ich finde, es ist doch deutlich geworden, dass auf Seiten der demokratischen Fraktionen langsam die inhaltlichen Argumente ausgehen. Da verwundert es mich nicht, Herr Bergner, dass Sie vor allem mit formalen Argumenten gekommen sind.

(Zwischenruf Abg. Bergner, Gruppe der FDP: Sie haben ja bis jetzt nichts Ordentliches zustande gebracht!)

Doch, das haben wir und darauf gehe ich jetzt ein. Wenn Sie das verfolgt haben, wir hatten eine sehr ausführliche erste Anhörung. Das Besondere an Rot-Rot-Grün ist ja, dass wir diese Anhörungen wirklich ernst nehmen und uns sehr intensiv damit auseinandergesetzt haben. Was herausgekommen ist, ist ein Entwurf, der schlanker ist, der viele dieser Anmerkungen aufgenommen hat, der dadurch bürokratieärmer geworden ist. Insgesamt ist es ein guter Gesetzentwurf. Und auch in der zweiten Anhörungsrunde haben wir eben noch mal das mit aufgenommen. Das ist, glaube ich, wirklich der Unterschied zwischen Rot-Rot-Grün und Ihnen. Wenn ich an das Waldgesetz erinnern darf, da standen sogar Verfassungsbedenken im Raum. Das hat Sie trotzdem nicht daran gehindert, es einfach ohne Diskussion im Ausschuss im Plenum zu verabschieden. Wir haben am Mittwoch eine Neufassung vorgelegt. Wir haben auch direkt angekündigt: Die wird im nächsten Ausschuss abgestimmt. Sie haben also den Monat Zeit und ich möchte Sie wirklich herzlich bitten, sich noch mal intensiv damit auseinanderzusetzen, denn wir sind überzeugt davon, das ist ein guter Gesetzentwurf für Thüringen, der für die Bürgerinnen und Kommunen einen ganz klaren Mehrwert hat.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Kommuninnen!)

Das Windenergie-Beteiligungsgesetz wird dazu führen, dass kleine Gemeinden, die einen Windpark in ihrem Umfeld haben, spürbare Einnahmen erhalten, die auch nicht durch den KFA wieder rausgerechnet werden. Diese Einnahmen können dann für Kita-Sanierungen oder Ähnliches genutzt werden. Auch die Anwohnerinnen werden davon profitieren, da sie eben ein kleines Plus in ihrem Geldbeutel spüren werden. Mehrere Bundesländer haben mittlerweile Windenergie-Beteiligungsgesetze verabschiedet, wir Bündnisgrünen meinen, Thüringen braucht das auch. Es wäre aus diesem Grund sehr wünschenswert, wenn ein solches Gesetz eben nicht an den üblichen ritualisierten politischen Spielchen scheitert.

Es ist egal, wie wir als Koalitions- oder Oppositionsfraktionen grundsätzlich zur Windenergie stehen, denn an einer Realität kommen wir alle nicht vorbei: Es wird auch in Thüringen einen Zubau von neuen Windenergieanlagen geben. Dabei ist es egal, ob diese nun an den alten Standorten repowert werden oder auf bisher ungenutzten Flächen neu errichtet werden. Wir meinen, in all diesen Fällen müssen die Kommunen

(Abg. Wahl)

und Anwohnerinnen einen rechtlichen Anspruch erhalten, an den Erträgen aus diesen Anlagen beteiligt zu werden – und das schafft dieses Gesetz.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund kann ich nicht nachvollziehen, warum solche Beteiligungsmöglichkeiten nun überhaupt infrage stehen. Denn die Ablehnung von Bürgerbeteiligung wäre ja nur unter einer Voraussetzung nachvollziehbar: Der Windkraftausbau wird auf null reduziert und es entstehen somit auch keine Beteiligungsnotwendigkeiten mehr. Ein solches Szenario wünscht sich in diesem Landtag aber vermutlich nur die Fortschrittsblockadefraktion von ganz rechts außen. Damit müsste es ja eigentlich eine breite Mehrheit für dieses Gesetz geben. Ich sage deutlich: Wir wären unter den demokratischen Parteien gut beraten, wenn wir das Thema Windenergiebeteiligung von den anderen strittigen Energiethemen in diesem Landtag abkoppeln. Denn im Gegensatz zur AfD, die die Windenergie aus ideologischen Gründen ganz grundsätzlich ablehnt – konnten wir gerade wieder hören –, sollten wir doch zumindest eine Gemeinsamkeit haben: Das Wissen darum, dass wir ein gewisses Ausmaß an Zubau von Windrädern für Energiesicherheit und den Klimaschutz brauchen. Angesichts dieses Wissens sollten wir gemeinsam dafür sorgen, dass die von diesem Ausbau betroffenen Gemeinden und Anwohnerinnen und Anwohner verpflichtend beteiligt werden. Im Umweltausschuss liegt dazu der Gesetzentwurf vor mit den 0,2 Cent für die Kommunen und den 0,1 Cent für die Anwohnerinnen und Anwohner. In der nächsten Plenarwoche im April wird der Beschluss vom Thüringer Windenergiebeteiligungsgesetz auf der Tagesordnung stehen. Wir bitten deshalb CDU und FDP nochmals heute darum, sich konstruktiv mit diesem Gesetz auseinanderzusetzen, im Ausschuss hatten wir die inhaltlichen, sehr ergiebigen Anhörungsrunden. Ich möchte meinen Redebeitrag mit einem Verweis auf eine der vielen Stellungnahmen beenden: Der Gemeinde- und Städtebund hatte darum gebeten, „das Gesetzgebungsverfahren unverzüglich zum Abschluss zu bringen“. Wir würden uns sehr freuen, wenn sich auch CDU und FDP dieser Bitte anschließen könnten. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Pommer:

Herr Abgeordneter Bergner für die Gruppe der FDP hat noch einmal um das Wort gebeten. Bitte, 53 Sekunden zeigt die Uhr.

Abgeordneter Bergner, Gruppe der FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich habe mir aus gutem Grund ein paar Sekunden gelassen. Frau Wahl, was ich kritisiert habe, ist die scheinheilige Art hier so zu tun, als würde die Opposition nur blockieren. In Wirklichkeit haben wir im Ausschuss das Anhörungsverfahren ordentlich begleitet. Wir haben alle Anhörungen möglich gemacht. Nur das Problem ist Folgendes: Die Anhörungsergebnisse sind für diesen Gesetzentwurf, wie er vorgelegt worden war, schlicht und einfach verheerend, das müssen Sie nun mal zugeben und dürfen der Öffentlichkeit hier nicht Sand in die Augen streuen.

(Beifall CDU, Gruppe der FDP)

Bringen Sie ordentliche Gesetze, dann haben wir sie auch schneller durch und brauchen uns nicht erst so ein Kasperletheater vorzuführen. Das ist keine Ehrlichkeit, was Sie hier vorführen. Danke schön.

(Beifall CDU, Gruppe der FDP)

Präsidentin Pommer:

Herr Abgeordneter Möller hat sich ebenfalls noch mal für die SPD-Fraktion gemeldet. Hier haben wir 37 Sekunden.

Abgeordneter Möller, SPD:

Danke, Frau Präsidentin. Lieber Kollege Bergner, jetzt lassen Sie uns an einer Stelle doch keine Schärfe reinbringen, wo wir eigentlich in einem konstruktiven Austausch noch sind.

(Zwischenruf Abg. Bergner, Gruppe der FDP: Die Schärfe war im Beitrag vorher!)

Nein, nein, nein, nein, nein, Herr Bergner. Das will ich schon noch mal deutlich machen. Kollegin Wahl hat hier noch mal klargemacht, dass wir mittlerweile in der dritten Anhörung sind, weil es uns eben wichtig ist, insbesondere die Bedenken des Gemeinde- und Städtebundes aufzunehmen, konstruktiv aufzunehmen und zu einem Ende zu führen. Lassen Sie uns die Debatte doch damit beenden, dass wir am Freitag eine Sondersitzung haben, eine weitere Anhörung anhören

(Zwischenruf Abg. Bergner, Gruppe der FDP: Die Anhörung ist doch schon längst beschlossen!)

und in der nächsten Sitzung schlicht und ergreifend die Anhörung gut zu einem Abschluss bringen. Ich hoffe, dass wir die Konstruktivität in diesem Hause aufrechterhalten. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Pommer:

Für die CDU-Fraktion noch einmal Herr Abgeordneter Gottweiss mit 51 Sekunden.

Abgeordneter Gottweiss, CDU:

Ja, werte Präsidentin, ich möchte an der Stelle nur noch mal betonen, der Gemeinde- und Städtebund hat im Rahmen der Anhörung sehr deutlich klargemacht, wo die Problemlagen sind, und ich möchte hier auch die entscheidende Stelle noch mal zitieren: „Allerdings werden die Potentiale zur Herstellung einer bürokratiearmen, praktikablen und rechtssicheren Lösung noch nicht berücksichtigt. In der praktischen Anwendung des Entwurfs zeigen sich vielfältige Fragestellungen und Probleme, die für die Kommunen nur durch deutlichen Mehraufwand zu bewältigen sind. Die Rechtssicherheit für die Gemeinden und ihre Einwohner ist nicht in dem erforderlichen Maß gegeben.“ Das sehen wir genauso. Deswegen können wir auch dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung noch nicht zustimmen.

(Zwischenruf Abg. Bilay, DIE LINKE: Noch nicht!)

Präsidentin Pommer:

Aus den Reihen der Abgeordneten liegen – ah, noch mal für die AfD-Fraktion Frau Abgeordnete Hoffmann, 54 Sekunden, bitte.

Abgeordnete Hoffmann, AfD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich muss Frau Wahl tatsächlich in zwei Punkten zustimmen. Zum einen, ja, wir sind grundsätzlich gegen Windindustrie,

(Beifall AfD)

(Abg. Hoffmann)

weil uns der Umweltschutz mehr am Herzen liegt als dieser energiepolitische Irrsinn. Und zweitens, die CDU muss sich tatsächlich mal entscheiden, was sie will. Will sie ein bisschen Energiewende oder will sie die ganze oder wie auch immer? Als wir am Anfang der Legislatur unseren Antrag auf ein Moratorium für Windanlagen eingebracht haben, haben alle anderen abgelehnt – auch Frau Dr. Bergner hat abgelehnt –, obwohl wir damit was Sinnvolles fordern,

(Zwischenruf Abg. Montag, Gruppe der FDP: Weil das einfach nicht geht, Frau Hoffmann!)

dass es ein Moratorium für diesen Bau gibt. Und Sie müssen sich ...

(Zwischenruf Abg. Montag, Gruppe der FDP: ...)

Ja, das war ein Vorschlag. Wir wollen eine sichere Energieversorgung haben und die haben Sie mit Windanlagen nicht. Oder wollen Sie das leugnen?

(Unruhe Gruppe der FDP)

Wir wollen eine bezahlbare, sichere Energieversorgung.

(Zwischenruf Abg. Gleichmann, DIE LINKE: Na wie denn?)

Die gibt es nicht mit Windanlagen, mit der Windindustrie. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsidentin Pommer:

Jetzt liegen mir tatsächlich keine weiteren Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten vor. Für die Landesregierung erhält Herr Minister Stengele das Wort.

Stengele, Minister für Umwelt, Energie und Naturschutz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Damen und Herren Abgeordnete, es gibt kein Unternehmen, das intensiven Energieaufwand hat, mit dem ich in den letzten Monaten gesprochen habe, das nicht sagt, wir müssen Windkraft schneller ausbauen. Vor allem die Großindustrie – Stahlindustrie und Glasindustrie – wartet sehnlichst darauf, dass wir Planungssicherheit und Verlässlichkeit herstellen. Wir müssen mehr Windkraft aufbauen und ausbauen, wenn wir Thüringen als Wirtschaftsstandort sichern wollen.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, Gruppe der FDP: Das ist doch Unsinn!)

Das kommt mir überall entgegen. Es ist nicht so, dass Thüringen hier mit dem Ausbau von Windkraft einen Sonderweg geht. Deutschland hat sich dazu entschieden, Europa hat sich dazu entschieden, die USA bauen in atemberaubendem Tempo erneuerbare Energien aus und selbst China hat einen derartigen Hochlauf von erneuerbaren Energien, dass einem da gerade der Atem stocken könnte. Wir versuchen gerade mit Kraft, die Solarindustrie in Sachsen und auch bei uns irgendwie noch aufrechtzuerhalten, weil China ein weiteres Mal mit seinen Produkten unseren Markt überschwemmt. Wir brauchen dieses Gesetz.

(Unruhe Gruppe der FDP)

Woran scheidet es, dass wir Windkraft nicht in dem Maße ausbauen, wie wir das gern hätten? Das hat ein bisschen was mit den Genehmigungszeiten zu tun. Da gebe ich Ihnen auch recht, dass wir in der Bürokratie zu kompliziert sind. Wir arbeiten in unserem Ministerium in der AG „Beschleunigung“ immer wieder daran und kommen auch gut vorwärts. Das Zweite ist: Wir brauchen Akzeptanz. Diese Akzeptanz kriegt man dadurch, dass die Leute wissen, warum die Windkraftanlagen dort stehen sollen, wo sie stehen sollen.

(Minister Stengele)

Es ist ganz einfach: Warum lieben die Menschen den Bergbau und hängen so sehr an dem Bergbau, obwohl tausende und abertausende Menschen durch den Bergbau mit der Staublunge krank geworden sind? Wismut hat bis heute einen hervorragenden Ruf in der Gegend, wo dies stattfand, obwohl so viele Leute davon krank geworden sind. Warum? Weil es für Wohlstand gesorgt hat, und dieser Wohlstand hat Identifikation hervorgebracht. Wir haben das Problem bei Windkraft und auch bei Solar, dass die Menschen im Moment nicht davon profitieren. Im Moment profitiert der, der die Windkraftanlage aufstellt, und der, der das Land dafür verpachtet, aber die Bevölkerung hat im Moment nichts davon.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Den Ärger hat sie davon!)

Genau, möglicherweise Ärger. Ganz ehrlich, Frau Tasch, es ist so, ich gebe Ihnen recht. Wenn ich morgens aufwache und sage, warum steht denn dieses Ding da und ich habe keine gute Antwort, außer, da wird Strom erzeugt für irgendwen von irgendwem, dann kann ich es nicht akzeptieren. Wenn ich aber weiß, dass diese Windkraftanlage meinen Kindergarten unterhält oder mein Schwimmbad sichert, die Infrastruktur in meiner Kommune mitsichert, dann sage ich: Soll es dort stehen, ich finde es schön.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, Gruppe der FDP: Sie erkaufen sich die Zustimmung!)

Ich habe vorhin bei Herrn Gottweiss sehr genau gehört, dass er gesagt hat, wir können noch nicht zustimmen. Ich habe auch bei Herrn Bergner gehört, dass es nicht die Tatsache des Gesetzes an sich ist, sondern dass Sie im Moment darum ringen, ob dieses Gesetz, wie es jetzt gerade bearbeitet ist, schon unterschiftsreif ist oder nicht. Und das ist das, worum ich Sie alle – alle Fraktionen, die vernunftbegabt sind, das sind nicht alle – bitte: Wir brauchen dieses Gesetz, wir müssen schneller die Windkraftanlagen ausbauen, sonst verliert der Wirtschaftsstandort Thüringen eine ganz wichtige Chance, die er hat, und die Bevölkerung verliert Arbeitsplätze. Deshalb: Bitte einigen Sie sich auf dieses Gesetz! Herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Pommer:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit schließe ich diesen ersten Teil der Aktuellen Stunde. Ich rufe auf den **zweiten Teil** der Aktuellen Stunde

**b) auf Antrag der Fraktion der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN zu dem Thema: „Thüringer
Schieneninfrastruktur sichern und
ausbauen“**

Unterrichtung durch die Präsidentin
des Landtags

- [Drucksache 7/9608](#) -

Das Wort erhält für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Wahl. Mir bleibt ein Nachtrag: Minister Stengele lässt sich im Nachgang entschuldigen, weil es ihm persönlich nicht so gut geht. Damit ist das auch hier vorgetragen.

Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Abgeordnete Wahl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Danke, Frau Präsidentin. Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Zuhörerinnen, veraltet, marode, überlastet, kein Geld – was haben diese Begriffe gemeinsam? Zuletzt leider, dass sie im Zusammenhang mit der Schieneninfrastruktur in Deutschland inflationär genutzt werden, und das in Zeiten von Verkehrswende, Deutschlandticket und Klimawandel. Es ist beunruhigend, dass Bundesverkehrsminister Wissing und Finanzminister Lindner im Haushalt 2024 noch einen draufgesetzt haben. Sie haben die geplanten Investitionen für Aus- und Neubauvorhaben in das Eisenbahnnetz massiv gekürzt. Wenn das 2025 so weitergeht, wird die Mitte-Deutschland-Verbindung zwischen Weimar und Gera nicht wie geplant bis 2030 elektrifiziert werden können. Der Ausbau Thüringens wichtigster Eisenbahnstrecke darf nicht weiter aufgeschoben werden. Bund und Deutsche Bahn AG müssen wie geplant die Finanzierungsvereinbarungen zum Ausbau der Strecke Weimar–Jena–Gera–Gößnitz abschließen.

Das Schienennetz bildet das Rückgrat unseres Verkehrssystems. Es ermöglicht einen zuverlässigen Bahnbetrieb. Es ermöglicht effizienten und umweltfreundlichen Transport von Menschen und Gütern. Es entlastet Straßen und Klima und es trägt zu einer nachhaltigen Landesentwicklung bei. Das heißt, wer beim Bahnausbau spart, spart zulasten künftiger Generationen und damit am falschen Ende. Es reicht übrigens nicht, nur die Bundesebene in die Verantwortung zu nehmen, auch auf Landesebene müssen wir die Weichen für die Zukunft unserer Schieneninfrastruktur stellen.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Sie sind schon seit neun Jahren an der Regierung!)

Was heißt das? Das heißt, Lückenschlüsse wie auf der Werrabahn endlich entschlossen vorantreiben. Die Verbindung zwischen Südthüringen und Coburg ist von hoher verkehrspolitischer Bedeutung für die Bürgerinnen und die Wirtschaft, wie das Engagement der dortigen IHKs zeigt.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Und die Bürger auch!)

Nächster wichtiger Schritt ist hier, dass sich Thüringen und Bayern mit den lokalen Akteuren zusammensetzen und gemeinsam die Planungen zur Umsetzung anstoßen, das heißt, weitere Strecken zusätzlich zur Mitte-Deutschland-Verbindung elektrifizieren für weniger Diesel und mehr CO₂-arme Züge auf Thüringer Schienen. Auf den zahlreichen eingleisigen Strecken in Thüringen ist der Bau zweigleisiger Streckenabschnitte für einen verlässlichen und zuverlässigen Bahnbetrieb dringend erforderlich. Für diese Investitionen steht mit dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ein gut gefüllter Fördertopf zur Verfügung. Thüringen schöpft diesen Bundesfördertopf im Gegensatz zu anderen Bundesländern aber bisher unzureichend aus.

Die Weichen für eine gute Infrastruktur stellen heißt auch, bestehende Eisenbahntrassen wie auf der Unstrutbahn sichern. Eine Verlängerung der Linie bis Roßleben-Wiehe hätte eine große Bedeutung für die Menschen in der Region. Das haben die Petentinnen deutlich gemacht, die sich für die Reaktivierung der Unstrutbahn einsetzen. Die Strecke ist aktuell nicht befahrbar. Aber die Petentinnen aus Wiehe, Donndorf und Umgebung haben konkrete Vorschläge gemacht. Ein Betreiberwechsel könnte zum Beispiel die nötigen Sanierungen der Strecke ermöglichen. Mit den lokalen Expertinnen ist hier lösungsorientiert eine schrittweise Wiederinbetriebnahme der Strecke möglich. Um diese wichtigen Weichenstellungen voranzutreiben, schlagen wir vor, dass sich der parlamentarische Lenkungskreis für Streckenreaktivierungen noch in dieser Legislatur konstituiert. Dieser Lenkungskreis wurde von der Landesregierung im Masterplan „Schieneninfrastruktur“ vorgeschlagen. Wir könnten damit jetzt sicherstellen, dass wichtige Ausbau- und Reaktivierungsprojekte politisch und finanziell abgesichert werden.

(Abg. Wahl)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ausbau unserer Schieneninfrastruktur ist nicht nur eine Investition in die Mobilität, sondern auch in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wir Bündnisgrüne sind entschlossen, die Herausforderung anzunehmen und gemeinsam mit allen Verantwortlichen für eine leistungsfähige Schieneninfrastruktur in Thüringen voranzugehen. Belastbar, modern, leistungsfähig und zuverlässig wird unsere Schieneninfrastruktur, wenn wir jetzt handeln. Dazu möchte ich Sie gern aufrufen und deswegen danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Pommer:

Für die CDU-Fraktion erhält Frau Abgeordnete Tasch das Wort.

Abgeordnete Tasch, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Grünen wollen mit der Aktuellen Stunde ganz offenbar ihren vermeintlichen Markenkern in Erinnerung rufen. In der Begründung steht: Gütergleisanschluss, Streckenreaktivierung, Trassensicherung, Elektrifizierung, Zweigleisigkeit – eine Sammlung von Aufgaben, die nicht oder leider nur ansatzweise stattgefunden haben in der vergangenen Legislatur. Das ist ja klar, Frau Wahl, Sie wollen das noch mal in Erinnerung bringen, wofür die Grünen stehen und was in ihrer Mitregierungszeit dennoch alles nicht stattgefunden hat. Thüringen muss sich deutlicher als je zuvor zur Eisenbahn und zur Bahninfrastruktur bekennen, so die Kritik Ihrerseits am Ministerium, und das stimmt auch.

(Beifall CDU)

Nehmen wir doch mal den Masterplan Schiene, den die Ministerin vor einem Vierteljahr vorgestellt hat. Laura Wahl, verkehrspolitische Sprecherin hat damals erklärt, ich zitiere: Der Masterplan bietet eine ausführliche Bestandsaufnahme des aktuellen Eisenbahnnetzes und bereits geplanter Maßnahmen in Thüringen. Um das Ziel zu erreichen, die Fahrgastzahlen im öffentlichen Personennahverkehr zu erhöhen, braucht es eine große Kraftanstrengung bei Bahn und Bus sowie infrastrukturelle Voraussetzungen. Wir bedauern daher, dass auch im Masterplan Schiene die defensive Verkehrspolitik der Ministerin sich fortsetzt. Es ist daher zu befürchten, dass weitere wertvolle Zeit verstreicht, bis Thüringen mit der vorausschauenden Entwicklung seines Schienennetzes beginnt. – Das haben Sie gesagt. Viel besser kommt auch die Ministerin und das Ministerium beim Kollegen Liebscher nicht weg, lieber Herr Liebscher. Ihr Kommentar war: Viele Bedarfe zur Reaktivierung der Nebenstrecken, der Ertüchtigung von bestehenden Strecken für den Güterverkehr und die erheblichen Investitionen in die Elektrifizierung sind seit Jahren schon bekannt. Dass Thüringen einen solchen Überblick für den Modernisierungsbedarf der Schieneninfrastruktur braucht, wurde bereits vor neun Jahren im Koalitionsvertrag festgestellt. Dass jetzt erste Ergebnisse vorliegen, finde ich nicht zielführend. – Das waren Ihre Worte. So muss ich feststellen, dass die Koalitionspartner eine negative Bilanz für neun Jahre Rot-Rot-Grün hier beschreiben, sonst hätten Sie es ja schon, aber es lag ja mit in Ihrer Hand, das in den letzten neun Jahren zu ändern, das ist nicht der Fall.

(Beifall CDU, Gruppe der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich ist eine solide und vor allem auskömmliche Finanzierung der Schiene entscheidend, ob es nun um den Erhalt, die Modernisierung, den Ausbau des bestehenden Schienennetzes oder um die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken geht. Fakt ist, sowohl Bund, aber auch das Land muss relativ mehr Haushaltsmittel bereitstellen, um die Schiene zu stärken. Um Entscheidungsprozesse zu möglichen Reaktivierungen zu forcieren, plant das Ministerium, das Programm „Back on

(Abg. Tasch)

Track“ zum Haushaltsjahr 2025 zu etablieren. Mit dem Programm sollen konkrete Machbarkeitsstudien für die Reaktivierung von Eisenbahnstrecken sowie integrierte Konzepte für die regionale Entwicklung entlang ehemaliger Bahntrassen gefördert werden und natürlich auch die Priorität gesetzt werden. Aber wer sich den Masterplan anschaut, kommt schnell zu dem Ergebnis, dass dieser Plan vor allem dazu dient, die Hoffnung auf Reaktivierung endgültig zu begraben. Ein Beispiel ist: Der Gutachter empfiehlt vor diesem Hintergrund, die Reaktivierung der Max- und Moritzbahn nicht weiter zu verfolgen. Das ist bei den anderen Strecken, die Sie gerade so schön vorgebetet haben, auch der Fall. So sieht es aus bei den Reaktivierungsplänen. Wir reden also nicht von einem Masterplan, wir reden von einem Armutszeugnis, von einer Bankrotterklärung. Dass das so lange gedauert hat und dass das Gutachten scheinbar nur oberflächlich geprüft hat – es steht auch drin wegen der begrenzten Haushaltsmittel, auch das ist schon länger bekannt, auch das hätte die Koalition einbringen können. Wer das so formuliert, wie Sie das in der Pressemitteilung formuliert haben, Frau Ministerin, der gibt selbst zu, dass eine Umsetzung dieses Masterplans meilenweit entfernt ist und dass die Reaktivierungsstrecken in absehbarer Zeit nicht zum Zuge kommen.

Meine Redezeit ist gleich zu Ende. Ich will noch mal auf den Beschluss Nummer 7/7271 von vor einem Jahr hinweisen, den wir hier gemeinschaftlich gefasst haben. Sie können sich den noch mal angucken und gucken mal, was umgesetzt worden ist. Rein gar nichts. Das ist ein Armutszeugnis – armes Thüringen! Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Pommer:

Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abgeordneter Liebscher das Wort.

Abgeordneter Liebscher, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne, ich bin dankbar für das Thema heute in der Aktuellen Stunde „Schieneninfrastruktur sichern“, denn es tangiert das wichtige Thema, das wir uns alle hier im Hause irgendwie auf die Fahne geschrieben haben, wir im Land, aber auch im Bund, und als Ziel ausgegeben haben, den öffentlichen Personennahverkehr im Bereich der Schiene deutlich zu steigern. Wir wollen generell das Mobilitätsgeschehen in diesem Bereich erhöhen von 8 auf 16 Prozent. Und auch in Berlin hat man sich das Ziel vorgenommen, die Verkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr zu verdoppeln und auch im Schienengüterverkehr den Anteil auf der Schiene auf 25 Prozent zu steigern. Die Voraussetzung dafür ist natürlich, dass ich überhaupt eine sehr gute und eine gut ausgebaute Schieneninfrastruktur zur Verfügung habe, und das betrifft dann die Themen, die wir hier in Thüringen angepackt haben und die auch in Berlin besprochen werden. Es geht um die Reaktivierung von stillgelegten Strecken und den Ausbau und den Neubau von Strecken.

Und wir haben ja in den letzten Jahren hier viel darüber gesprochen, was die Reaktivierung der Rennsteigbahn, die Vervollständigung der Pfefferminzbahn, die Höllentalbahn oder auch der Lückenschluss nach Coburg, aber auch die Reaktivierung einer Nebenstrecke wie der Ohratalbahn für eine Bedeutung haben können, eben um genau diese Ziele zu erreichen. Und es ist richtig, dass da entsprechende Untersuchungen und Planungen angelaufen sind und man jetzt auch ins Umsetzen kommen muss. Der Ausbau der Hauptverkehrsstrecken wie zum Beispiel der zweigleisig elektrifizierte Ausbau der Mitte-Deutschland-Verbindung ist natürlich auch ein Thema, das wir hier im Thüringer Landtag wiederholt besprochen haben und bei dem wir auch gemeinsam über Fraktionen hinweg deutlich gemacht haben, dass das ein Thema ist, bei dem wir es nicht zulassen wollen als Freistaat Thüringen, dass dieses Projekt in der Umsetzung immer weiter

(Abg. Liebscher)

nach hinten gerät, was die Elektrifizierung einerseits angeht, aber andererseits, dass das Projekt eben um die notwendige Zweigleisigkeit in zwei Streckenbereichen ergänzt wird. Denn im Bereich der Elektrifizierung sind wir in Thüringen nach wie vor Schlusslicht mit ungefähr 40 Prozent elektrifizierter Schienenstrecke. Wenn dieses Projekt der Mitte-Deutschland-Verbindung jetzt wie geplant bis Ende 2030 umgesetzt wird, würden eben 115 Kilometer zusätzlich elektrifiziert werden. Damit wäre dann fast die Hälfte der Schieneninfrastruktur in Thüringen elektrifiziert.

Nur, und das ist auch in den bisherigen Redebeiträgen schon deutlich geworden, es ist vor allem natürlich auch eine Frage der Finanzierung. Wo kommt das Geld her und wofür möchte ich das ausgeben? Und natürlich sind wir auch als SPD für den Ausbau und die Modernisierung des Thüringer Streckennetzes im Bereich Schiene, aber wir wollen natürlich genauso im Nahverkehr investieren in neue Busse und natürlich eben auch in die Straßen. Denn – wir haben gerade eine Rednerin gehört aus dem ländlichen Raum – auch dort wird quasi der ÖPNV auch in Zukunft nicht von der Schiene abgedeckt, sondern eben überwiegend durch den Bus, und auch dort gibt es einen enormen Investitionsbedarf. Das Ganze kreist im Grunde um das Problem, dass das Tischtuch insgesamt zu kurz ist. Insofern ist die Kritik an der Entwicklung auf Bundesebene, was die Finanzierung angeht, natürlich auch zutreffend, aber eben auch die Feststellung, dass wir als Freistaat Thüringen von den Möglichkeiten, die wir hätten, über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz eben Projekte in Thüringen auch fördern zu lassen, wenig bis keinen Gebrauch gemacht haben.

Und natürlich jetzt wieder ganz groß: Stichwort „Schuldenbremse“. Da sieht man es doch ganz deutlich. Alle wollen die Verkehrswende schaffen. Wir haben die Bereiche gerade gehabt: ÖPNV, Schienenpersonennahverkehr, Anschaffung von neuen Bussen, die mit entsprechend neuen Technologien auch fahren. Das alles kostet Geld und das alles sind natürlich auch Dinge, wo wir durchaus sehen, dass dort investiert werden muss. Und ein Instrument wie die Schuldenbremse, wie sie auch in der Form noch existiert, ist da einfach nicht hinderlich.

Und ein dritter Aspekt, der natürlich auch nicht ...

(Zwischenruf Abg. Schubert, DIE LINKE: Hinderlich!)

Hinderlich?

(Zwischenruf Abg. Schubert, DIE LINKE: Ja! Nicht „nicht hinderlich“, sondern „hinderlich“!)

Es ist hinderlich. Vielen Dank für den Hinweis. Nicht förderlich oder hinderlich. Danke schön.

Und der dritte Punkt, über den wir jetzt heute noch nicht gesprochen haben, ist natürlich das Thema „Arbeit und Fachkräfte“. Wir haben jetzt darüber gesprochen, dass die Straße oder die Schiene da sein muss. Wir brauchen entsprechend Fahrzeuge, aber natürlich brauchen wir in erster Linie gut ausgebildetes Personal und Kolleginnen und Kollegen, die gern in diesem Bereich arbeiten eben durch gute Arbeitsbedingungen, und das ist auch etwas, was wir in den letzten Wochen erlebt haben, ob jetzt im öffentlichen Nahverkehr im Bereich „Wir fahren zusammen“ oder aktuell durch den Bahnstreik. Und ja, auch ich ärgere mich, wenn der Zug mal nicht fährt oder man zu spät zur Arbeit kommt. Auch ich wünsche mir, dass die Tarifparteien dort zügig an den Tisch kommen, um zu einem Ergebnis zu kommen. Aber von der Idee, wie jetzt von der CDU geäußert, das Streikrecht einzuschränken, halte ich gar nichts.

(Beifall DIE LINKE)

(Abg. Liebscher)

Das Streikrecht ist ein ganz wichtiges Recht, das Arbeitnehmer ein bisschen mit denjenigen auf Augenhöhe bringt, die in ihren Unternehmen die Entscheidungen treffen. Das ist auch eine ganz klare Aussage von uns und ich denke, da kann ich für Rot-Rot-Grün sprechen: CDU – Finger weg vom Streikrecht! Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Pommer:

Für die AfD-Fraktion erhält Herr Abgeordneter Dr. Dietrich das Wort.

Abgeordneter Dr. Dietrich, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Abgeordnete, liebe Zuschauer in nah und fern! Ja, bei dieser Aktuellen Stunde hat die Grüne-Fraktion mal wieder etwas vorgelegt, wo eigentlich ein bestimmter Punkt fehlt, und zwar ein Betrag – über welche Summe sprechend wir denn hier? –, denn letztendlich sind das Gelder, die der Bürger zahlt und nicht der Staat. Das wissen eigentlich alle, die in der Realität verhaftet sind. Aber oft oder fast immer geht es den Grünen ja nicht um das, was Sie da genau formulieren und sagen, sondern es geht um Ideologie und

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ja, ja. – Es geht Ihnen aber im Wesentlichen um einen Paradigmenwechsel, wie Sie das in der letzten Aktuellen Stunde zu dem Thema schon mal gesagt haben, aber sich dieses Mal vielleicht nicht getraut haben hinzuschreiben. Es geht Ihnen eigentlich um den Kampf gegen die individuelle Freiheit und die individuelle Mobilität.

(Beifall AfD)

Ja, das ist so. Das zeigt auch zum Beispiel, dass beim Forum zum Integrierten Taktfahrplan auch die LEG-Geschäftsführerin genau das noch mal formuliert hat, dass es darum geht, die individuelle Mobilität zurückzudrängen zugunsten der öffentlichen Mobilität.

(Zwischenruf Abg. Schubert, DIE LINKE: Das heißt, die Schweiz und Österreich sind gegen die individuelle Mobilität! So ein Quatsch!)

– Nein, nein. – Der Ausbau der Schieneninfrastruktur ist kein Kampfinstrument gegen den Individualverkehr oder gegen eine fiktive Klimaapokalypse, sondern sie hat ein ganz klares Ziel,

(Beifall AfD)

einen bestimmten Beitrag zum Standort Deutschland für die Bürger zu leisten. Und wir als AfD sind für eine bedarfsgerechte und zukunftsweisende Infrastruktur in allen Bereichen – also Schiene, Wasser, Luft, Straße – und das ohne Denkverbote.

(Beifall AfD)

Wir sind gegen einen rein ideologischen Ausbau der Bahn, die als Monstranz hier vorgeschoben wird. Schienenausbau und Elektrifizierung ergeben nur Sinn, wenn es anhaltende

(Zwischenruf Abg. Schubert, DIE LINKE: Wo findet der denn statt?)

Perspektiven für die Nutzung gibt. Ja, da gibt es Magistralen und da gibt es anhaltende Punkte, wo wir sagen, da würden wir auch Geld investieren, weil es da einen Sinn ergibt. Kostendeckung spielt eine Rolle – aber es sind Steuermittel, genau –, aber natürlich nicht die Hauptrolle – das wissen wir –, weil Infrastruktur

(Abg. Dr. Dietrich)

eben auch einen volkswirtschaftlichen Nutzen haben kann. Aber bezogen auf den ÖPNV gibt es eben auch Möglichkeiten, das Geld auf anderer Ebene viel sinnvoller einzusetzen: Rufbusse, Anbindung der Dörfer an die Hauptzentren. Das wird man mit einem Schienenausbau nicht lösen können und das ist auch viel zu teuer. Die Schiene ist in vielen Punkten viel zu teuer und kann keine Lösung bringen.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Deshalb kann man es doch nicht lassen! So ein Bullshit!)

Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen müssen gerade beim Güterfernverkehr eine noch höhere Gewichtung haben. Hier kommen wir gerade mit der grünen Politik an ein Problem. Wir hatten vorhin die Windkraft. Sie wird den Industriestandort Deutschland nicht retten, sondern zugrunde richten. Das wissen alle. Und wenn sich die in der Wirtschaft Tätigen, die Unternehmer nicht trauen das auch einem Umweltminister zu sagen, ja, dann ist es ihr eigenes Pech. Wir werden für die Wirtschaft keinen größeren Aufbau der Schiene brauchen, denn die Wirtschaft wandert gerade ab, falls Sie das nicht mitbekommen haben. Die Arbeitsplätze entstehen jetzt in anderen Ländern.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die haben dann das Problem. Wir als AfD stehen für eine realitätsbezogene Sachpolitik im Sinne der Freiheit der Bürger ohne Denkverbote. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsidentin Pommer:

Für die Fraktion Die Linke erhält Herr Abgeordneter Kalich das Wort.

Abgeordneter Kalich, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf den Tribünen, wenn ich der AfD jetzt zugehört habe, ist das schlimmste, was unserem Land passieren kann, dass es einen funktionierenden Schienenpersonennahverkehr gibt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, das wäre ganz schlecht!

Also man muss alles dafür tun, dass das funktioniert. Das reiht sich echt ein in die ganze Situation. Umso schlechter es Deutschland geht, umso besser geht es diesen Demagogen auf der rechten Seite des Plenums.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt komme ich zum Thema. Durch seine zentrale Lage hat Thüringen nach 1990 vom Infrastrukturausbau profitiert. Sowohl in Bezug auf sein Autobahnnetz als auch wegen des Neubaus von Verkehrsprojekten Deutsche Einheit sind wir hier wirklich nicht schlecht bedient worden. Erfurt ist zu einer überregionalen, zentralen Schnittstelle für den Schienenverkehr in Ost und West und Nord-Südrichtung geworden. Im Koalitionsvertrag der jetzigen Bundesregierung ist vermerkt, dass die Bahn in Deutschland zu einem Rückgrat der Mobilität werden soll. Dabei soll der Schienengüterverkehr bis 2030 um 25 Prozent steigen, der Personennahverkehr sich nahezu verdoppeln. Kriterien wie Umweltlärm und Klimaschutz gewinnen auch in Verkehrsfragen eine größere Bedeutung als bisher. Allerdings muss damit auch die Finanzierung der Schieneninfrastruktur erheblich aufgestockt werden. Sehen wir uns das heutige Schienennetz an, so ist es

(Abg. Kalich)

vielfach störanfällig, in Teilen überaltert. Was das bedeutet, sehen wir gerade auf der Saalebahn: Baustellenverlust des Taktfahrplans, gegebenenfalls Schienenersatzverkehr und Verspätungen.

Entsprechend Artikel 87e Abs. 3 Grundgesetz ist die Infrastrukturverantwortung beim Bund verankert, der sich aber in den letzten fast 30 Jahren bei vielen Vorhaben dezent zurückgehalten hat. Das betraf sowohl Fragen einer auskömmlichen Finanzierung als auch die Priorisierung von Vorhaben wie die Elektrifizierung oder Reaktivierung von Bahnstrecken, aber auch die Sanierung der Strecken. Bahnpolitische Praxis war, die Länder mehr und mehr zur Finanzierung des Systems Schiene zu bewegen.

Frau Tasch, ich achte Sie sehr, aber wer hier die Landesregierung einfach nur kritisiert, sollte das Chaos, was ein Dobrindt im Bundesverkehrsministerium mit Hunderten Millionen von in den Sand gesetzten Steuergeldern hinterlassen hat, bei der ganzen Geschichte nicht außen vor lassen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die neue Bundesregierung hat in letzter Zeit mit einigen Maßnahmen wie dem Einsetzen einer Beschleunigungskommission Schiene, der Stabsstelle Deutschlandtakt, mehr Regionalisierungsmitteln oder der Gründung einer gemeinwohlorientierten Infrastrukturgesellschaft Instrumente für bessere Steuerungs- und Finanzierungsabläufe geschaffen. Allerdings hat die gegenwärtige Haushaltssituation im Bund dazu geführt, dass auch im Verkehrshaushalt erhebliche Einsparungen erfolgen mussten. Nicht förderlich für den Ausbau der Schiene ist auch die avisierte erhebliche Erhöhung der Trassenpreise. Ich erinnere nur an die Wisentaltalbahn, die eben nicht mehr fahren kann, weil der Trassenpreis zu hoch ist und die Deutsche Regionaleisenbahn gekündigt hat.

Signifikant ist allerdings, dass die Einsparungen vorrangig die Schienen im Bereich von Aus- und Neubauvorhaben getroffen haben, während Straßenprojekte des Bundes nicht betroffen waren. So sollen in diesem Jahr keine neuen Baufinanzierungsvorhaben von Strecken von Bund und Deutscher Bahn mehr vereinbart werden, sondern hauptsächlich Anpassungsvereinbarungen für Kostenvorbeschreibungen abgeschlossen werden. Ebenso werden für neue Bahnprojekte keine Grundlagenermittlungen und Vorentwurfsplanungen mehr durchgeführt. Dabei wäre es dringend nötig, in den kommenden Jahren in erheblichem Maße die Mittel für den Bedarfsplan Schiene zu erhöhen. Geschieht das nicht, werden auch Projekte, deren Planungen schon weit fortgeschritten sind, in Gefahr geraten, auf dem Abstellgleis zu landen, wenn sie keine konkreten Finanzierungs- und Realisierungsvereinbarungen ausweisen.

Nicht unerwähnt soll bleiben, dass auch das Erfolgsmodell Deutschlandticket durch den Bund ab 2025 nicht mehr auskömmlich mitfinanziert wird. Damit stellen dessen Finanzierungsprobleme einen weiteren Unsicherheitsfaktor bei der zukünftigen Schieneninfrastruktur der Länder dar. Trotzdem können wir feststellen, dass die Diskussionen über die Möglichkeiten und Förderungen der Reaktivierung von Bahnstrecken als Teil der Klimapolitik in den letzten Jahren Fahrt aufgenommen hat. Gerade für die Einbeziehung des ländlichen Raums wurde das Thema interessant. Hier hat der Bund in der letzten Legislatur günstige Rahmenbedingungen geschaffen. Ich könnte jetzt noch vieles nennen zum Masterplan Schiene, aber ich möchte an einer Stelle nur noch eins sagen: Ich appelliere an meine bayerischen Kollegen, endlich die Spur für die Höllentalbahn frei zu machen,

(Beifall DIE LINKE)

denn das ist mein politisches Ansinnen als Blankensteiner. Ich hoffe, dass dieses Signal hier aus dem Thüringer Landtag auch in Bayern ankommt, sodass wir dort endlich einen Schritt weiterkommen und nicht

(Abg. Kalich)

nur immer die Probleme auf der Thüringer Seite suchen, sondern dort mal beim Namen genannt wird, wer wirklich auf der Bremse steht. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Pommer:

Für die Gruppe der FDP erhält Herr Abgeordneter Bergner das Wort.

Abgeordneter Bergner, Gruppe der FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben gerade gelernt, die AfD ist gegen einen ideologischen Ausbau der Bahn. Ich sage mal als Bauingenieur, ich bin für einen ingenieurtechnischen Ausbau der Bahn, da haben wir genug zu tun.

(Beifall Gruppe der FDP)

Liest man den Antrag zu Ihrer Aktuellen Stunde, werde Kolleginnen und Kollegen der Grünen-Fraktion, könnte man den Eindruck gewinnen, in den vergangenen Jahren sei im Bereich des Schienenverkehrs nichts passiert. Oder man könnte es auch so lesen, als wären Sie nicht schon seit fast zehn Jahren an dieser Landesregierung beteiligt – ein sicherlich nicht nur in den Oppositionsfraktionen gern gehegter Wunsch, wie sich in den letzten Monaten immer wieder zeigt, meine Damen und Herren.

Aber das ist natürlich nicht so und Sie tragen ja auch als Grüne Ihre Mitverantwortung für die Zustände, die Sie hier und heute anprangern. Frau Tasch hat das ja auch schon angesprochen.

(Beifall Gruppe der FDP)

(Zwischenruf Abg. Walk, CDU: So sieht's aus!)

Sie sprechen hier von Streckenreaktivierungen und Trassensicherung bis hin zu Elektrifizierung und Zweigleisigkeit der mitteldeutschen Verbindung. Das sind alles wichtige Themen und die verdienen natürlich die Aufmerksamkeit des Landtags. So ziemlich alle Abgeordneten hier im Rund sprechen sich für die Ertüchtigung der Mitte-Deutschland-Verbindung aus. Vor allem wir als Abgeordnete der FDP haben mit Initiativen, Anfragen und Hintergrundgesprächen immer wieder dafür geworben und gekämpft, nicht nur für die Stromleitung, sondern auch für das zweite Gleis, von dessen Vorgänger wir bekanntlich 1945 befreit worden sind. Ihre Ministerin war da – zumindest zwischenzeitlich – zurückhaltend.

Meine Damen und Herren, Thema „Streckenreaktivierung“. Der Masterplan Schiene ist mittlerweile erstellt und veröffentlicht, seitdem herrscht aber Schweigen im Walde. Wo sind die konkreten Initiativen von Ihnen, diese Pläne auch tatsächlich umzusetzen? Wurde mit einer Planung zum Lückenschluss Eisfeld–Coburg schon begonnen oder der Höllentalbahn, von der gerade die Rede war, oder von der Kyffhäuserbahn? Wir sind als Freie Demokraten da schon länger am Arbeiten, auch im direkten Gespräch mit dem FDP-geführten Bundesverkehrsministerium, mit der Lokalpolitik, mit den ansässigen Unternehmen. Von den regierungstragenden Fraktionen hört man da wenig bis nichts.

Doch – verzeihen Sie – da war noch was: Die Ankündigung des Ministerpräsidenten, das Schwarzatal zur Modellregion Wasserstoff zu machen, mit groß angelegtem pressewirksamen Zug. Doch als die Presse nach der groß beworbenen Vorführfahrt verschwunden war, blieb nichts anders als die enttäuschte Hoffnung der Anlieger, der Unternehmen und der Hotellerie, meine Damen und Herren, die auf eine zügige Umsetzung

(Abg. Bergner)

gehofft hatten und sich mit eigenen Projekten beteiligen wollten. Auch hier: Viel versprochen und wenig dahinter.

(Beifall Gruppe der FDP)

Was Sie nicht benennen, das mache ich aber gern für Sie, ist die Attraktivierung bestehender Verbindungen zur Auslastung der gegebenen Infrastruktur. Auf der Saalebahn verkehren seit einiger Zeit neue Intercity-Züge als Ersatz für weggefallene Regionalexpressen. Sie, werte Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung, weigern sich, die Anliegen der Bürger entlang der Strecke ernst zu nehmen, diese Züge für die Pendler durch eine Tarifintegration zu öffnen. Sie weigern sich, einen bestimmten Beschluss des Infrastrukturausschusses umzusetzen, eingereicht von der FDP, das Deutschlandticket auf dieser Strecke anzuerkennen. Auch das gehört zur Wahrheit dazu, meine Damen und Herren, und muss deswegen hier auch gesagt werden.

(Beifall Gruppe der FDP)

Unsere Bemühungen, stillgelegte Bahnhaltepunkte zwischen Weida und Mehlteuer wieder in Betrieb zu nehmen, wurden mit Ausflüchten beiseite gewischt. Und deswegen liegt ganz brandaktuell auch ein neuer Antrag vor, den wir erarbeitet und eingereicht haben.

Zur Wahrheit gehört aber auch dazu, meine Damen und Herren, dass die fortdauernden Streiks im ÖPNV oder auch im SPNV und konkret bei der Deutschen Bahn alles andere als Lust auf den Umstieg weg vom Auto machen. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung schüttelt hier nur noch den Kopf über die Verbohrtheit der Gewerkschaft bzw. ihres Vorsitzenden.

(Zwischenruf Abg. Bilay, DIE LINKE: Vorsicht, Herr Bergner!)

Sie können doch dann selber noch reden!

(Beifall Gruppe der FDP)

(Zwischenruf Abg. König-Preuss, DIE LINKE: In Deutschland wird am wenigsten gestreikt!)

Und dass Sie, Frau Kollegin Wahl, sich dann symbolisch mit den Demonstranten vom Hauptbahnhof solidarisieren, zeigt doch eine gewisse Bigotterie, meine Damen und Herren, und einen gewissen Abstand zur Lebenswirklichkeit der Menschen, die in Thüringen als Pendler zur Arbeit fahren.

(Beifall Gruppe der FDP)

Ich möchte daher noch einmal – Hören Sie auf zu schreien! – alle Beteiligten aufrufen, sich zusammenzureißen und zurück an den Verhandlungstisch zu gehen und eine Lösung zu finden. Denn das Land in Geiselhaft zu nehmen, ist keine Lösung, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich danke Ihnen.

(Beifall Gruppe der FDP)

Präsidentin Pommer:

Frau Abgeordnete Wahl hat noch mal für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um das Wort gebeten. Bitte. 30 Sekunden.

Abgeordnete Wahl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Liebe Kollegen Tasch und Bergner, das Stichwort „Verhandlungstisch“ ist ein richtiges, denn ich nehme bei dem Thema „ÖPNV stärken“ unter den demokratischen Fraktionen immer wieder diesen gemeinsamen

(Abg. Wahl)

Wunsch wahr. Deswegen bedauere ich es, dass Sie sich nicht zu dem Vorschlag eines parlamentarischen Lenkungskreises verhalten haben und möchte Sie herzlich einladen, dass wir darüber sprechen und einen solchen parlamentarischen Lenkungskreis jetzt noch in die Wege leiten, damit er dann in der künftigen Legislatur zügig auch seine Arbeit aufnehmen kann.

(Unruhe Gruppe der FDP)

Und zur Vergangenheitspartei AfD nur einen Satz: Schauen Sie sich mal das Schienennetz von Thüringen im Jahr 1960 an, dann sehen Sie, was möglich war. Ich glaube, gerade für die, die immer nach hinten schauen, wäre das eine spannende Erkenntnis.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Pommer:

Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten sehe ich nicht. Damit hat für die Landesregierung Frau Ministerin Karawanskij das Wort.

Karawanskij, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft:

Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Gäste! Ich bin sehr froh, dass wir eine aktuelle Debatte wieder um Strecken, um Schienen, um Verkehrs- und Mobilitätspunkte haben, weil, das eröffnet ja immer die Möglichkeit, über Mobilität als Daseinsvorsorge im Allgemeinen und heute eben auch im Besonderen zum Schienenverkehr zu sprechen und sich auszutauschen.

Ich möchte erst mal auch für diejenigen, die hier oben auf der Tribüne sind, eine kurze Einordnung geben, was wir überhaupt für ein Streckennetz haben in Thüringen. Wir haben eines der dichtesten Strecken-/Eisenbahnnetze mit einer Streckenlänge von 1.600 Kilometern in Thüringen. Im Übrigen könnte das noch 500 Kilometer länger sein, wenn damals die CDU-geführte Landesregierung nicht etliche Strecken stillgelegt hätte.

(Beifall DIE LINKE)

Wir haben jährlich 400.000 Nahverkehrszüge, 41.000 Fernverkehrszüge und – was heute in der Debatte etwas zu kurz geraten ist – auch 73.000 Güterzüge, die durch Thüringen fahren. Insgesamt ist das eine Verkehrsleistung – also wir rechnen das dann nicht nach Zügen ab, sondern nach Fahrplankilometern bzw. Zugkilometern – von 33 Millionen Zugkilometern, die in Thüringen geleistet wird. Also man sieht, Thüringen liegt in der Mitte Deutschlands, hat eine zentrale Lage, und davon profitieren wir auch in hohem Maße, beispielsweise was den Fernverkehr betrifft, also mit dem ICE-Knotenpunkt, der sich etabliert hat. Nahezu alle zentralen Orte in Thüringen sind angebunden bzw. mit Nahverkehrszügen und Taktverkehr erreichbar.

Auch wenn wir Mobilität immer als Verusterfahrung bezeichnen und natürlich auch nicht mit Kritik sparen, haben wir aber nichtsdestotrotz einen stabilen, einen verlässlichen Schienenverkehr. Er steht manchmal besser da, als es oftmals behauptet wird. Aber wir haben natürlich Problemlagen und Herausforderungen, die sich über die letzten Jahre angehäuft haben. Wir sind zum Beispiel in Thüringen unterdurchschnittlich elektrifiziert und wir haben auch strukturelle Defizite aus den vergangenen Jahren, die wir nicht unbedingt selber zu verantworten haben, aber deren Erbe wir zu tragen haben.

Nun haben wir mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds und zur Diskussion des Bundeshaushalts 2024 jetzt natürlich die Situation, dass wir mit knappen Haushalten bzw. mit Kürzungen die Befürchtung haben, dass eben der Ausbau der Schieneninfrastruktur und der damit ange-

(Ministerin Karawanskij)

strebten Transformationsprozesse möglicherweise gefährdet ist, und genau das darf nicht passieren. Der Bund hat angekündigt, der Deutschen Bahn in den nächsten vier Jahren 92 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Hier liegt der Schwerpunkt vor allen Dingen auf den Hochleistungskorridoren. Das darf aber nicht bedeuten, dass für alle anderen Regionen, auch für Thüringen, unsere Infrastrukturprozesse und -projekte verzögert werden bzw. auf einmal mit einem Fragezeichen versehen sind, sondern dass wir vor allen Dingen auch den Ausbau der Infrastruktur in der Fläche brauchen, um hier auch zu den klimapolitischen und energiepolitischen Zielen zu kommen und diese umsetzen zu können. Das heißt, wir brauchen tatsächlich mehr Geld. Die Transformation, die klimapolitische Wende, die Energiewende, wenn wir diese im Verkehrssektor umsetzen wollen, ist nicht zum Nulltarif zu haben, dafür brauchen wir in der Tat noch viel mehr Mittel, als wir das in der Vergangenheit brauchten. Schon gar nicht nur, um zu schauen, was für Strecken wir weiterhin ausbauen können oder wie wir mehr Kapazität auf die Strecke bringen können, sondern vor allen Dingen – und das ist das Wichtigste –, um CO₂ einzusparen. Wir müssen also in Größenordnungen dekarbonisieren und damit auch die Strecken in die Elektrifizierung bringen – das ist das eine – und zum anderen eben auch von den entsprechenden Dieseltraktionen wegkommen.

Jetzt hatten wir auch hier in der Debatte die Sorge, dass damit auch die Elektrifizierung der MDV durch die Sparzwänge des Bundes verzögert werden könnte. Ich bin erst mal zufrieden, dass die Gespräche, die wir mit der Bahn geführt haben, und die Inbetriebnahme der MDV davon nicht betroffen sind bzw. uns weiterhin zugesichert wurde: Ende 2030. Aber wir müssen natürlich weiterhin darüber diskutieren, wie wir tatsächlich unsere Ziele bzw. unsere Schwerpunkte durchführen können. Da möchte ich durchaus noch mal aufräumen, weil hier in der Debatte einiges vermischt wurde. Wir haben uns daran gewagt, einen Masterplan Schiene zu erstellen. Dieser Masterplan ist eine Bestandsaufnahme dessen, was auf der Schienenstreckeninfrastruktur in Thüringen läuft, und zwar personengebundener Verkehr wie Güterverkehr. Daneben gab es noch ein Gutachten, eine Reaktivierungsstudie für die Strecken, die im Moment nicht in Betrieb sind. Das muss jetzt in Zukunft miteinander diskutiert werden, unter welchen Bedingungen man das tatsächlich reaktivieren möchte bzw. welchen Aufwand man damit betreiben möchte.

Erstmalig haben wir uns nämlich nicht davon leiten lassen zu sagen, das wäre schön und das wäre auch wichtig und es wäre toll, wenn wir Strecken reaktivieren. Das kann ich regional alles verstehen. Aber am Ende des Tages braucht es auch die Mehrheit hier im Landtag, hier vom Haushaltsgesetzgeber, dann dazu zu stehen und zu sagen, wir investieren eben in ein Projekt und dafür in das andere weniger. Also eine Bestandsaufnahme zu machen, was ist wirtschaftlich sinnvoll, was hat auch Perspektive vor dem Hintergrund demografischer Entwicklung bzw. Potenziale auf der Schiene und was muss man möglicherweise erst auch hintenanstellen, denn einige Strecken – das wurde in der Debatte hier nicht deutlich – liegen nicht nur in Thüringen, sondern liegen auch streckenübergreifend in Bayern bzw. in anderen Bundesländern. Da sind wir nicht die Einzigen, die zu entscheiden haben, sondern da müssen die Nachbarn eben auch mittun und sich ebenfalls dazu bekennen bzw. mitfinanzieren.

Meine Damen und Herren, wir haben natürlich als Ziel der Landesregierung, die Mobilitätswende voranzubringen, vor allen Dingen natürlich auch den Energieverbrauch im Verkehrssektor zu senken und dabei das ÖPNV-Angebot attraktiv zu halten und möglichst auszuweiten. Dafür haben wir eben nicht nur den Masterplan Schiene erstellt, was natürlich so ein Richtdokument ist, auch gerichtet in die Zukunft, sondern wir haben vor allen Dingen auch ein wesentliches Instrument auf den Weg gebracht, was den integralen Taktfahrplan betrifft, was die Angebote des ÖPNV über die Kreisgrenzen hinweg aufeinander abzustimmen hat. Das klingt so einfach, ist aber unglaublich kompliziert, weil wir auf der einen Seite natürlich einen Fernverkehr haben, für den der Bund eigentlich zuständig ist, den er übrigens auch finanzieren sollte. Da

(Ministerin Karawanskij)

gehen wir jetzt auch in die Finanzierung mit rein. Wir haben das, was wir als Regionalverkehr als Land selber bestellen, und wir haben natürlich die kommunale Ebene, die für den Verkehr vor Ort bzw. für den straßengebundenen Verkehr zuständig ist. Das muss man übereinanderlegen, damit es für die Nutzerinnen und Nutzer, für uns alle möglichst einfach ist.

Ich möchte es vielleicht an dieser Stelle noch mal betonen: Wir haben in den vergangenen Jahren bislang 45 Millionen Euro im Verkehr bzw. für die Schieneninfrastruktur zur Verfügung gestellt. Aber wenn ich mir natürlich anschau, was wir als Ziele haben, was wir auch in dem Masterplan Schiene formulieren, dann brauchen wir natürlich in den kommenden Jahren noch viel mehr Geld – wenn ich mal eine Zahl in den Raum werfen darf: Das sind 275 Millionen Euro, die wir hier auch als Landesmittel mit zur Verfügung stellen und die natürlich dann auch für anderes nicht zur Verfügung stehen würden bzw. wo wir uns über die Finanzierung Gedanken machen müssen. Bevor wir dann über die Reaktivierung von Streckennetzen diskutieren – das können wir gern tun –, haben wir allerdings auch die Verantwortung im Sinne der Daseinsvorsorge, unser Streckennetz erst mal zu elektrifizieren und hier auch zu dekarbonisieren. Damit wir auch leistungsfähige Streckennetze haben, brauchen wir die zweigleisigen Abschnitte. Und im Übrigen wird auch der digitale Ausbau ein Stück weit mit kosten. Und wir brauchen natürlich auch vor allen Dingen, auch im Sinne der Barrierefreiheit und damit tatsächlich der Teilhabe aller, weiterhin die Verlängerung von Bahnsteigen und Verkehrsstationen.

Also wir müssen eine Priorisierung vornehmen, weil ansonsten haben wir möglicherweise eine Diskussion um die Reaktivierung von stillgelegten Strecken. Das ist möglicherweise sinnvoll, das gilt es zu diskutieren. Aber wir müssen vor allen Dingen auch in unser Bestandsnetz investieren, denn wenn wir das nicht tun – das sehen wir jetzt gerade bundesweit bei der Deutschen Bahn –, dann haben wir es tatsächlich mit einer Belastung, mit einer Überbelastung und einem Verschleiß der Infrastruktur zu tun, und das möchte ich, ehrlich gesagt, für Thüringen vermeiden.

Und vor dem Hintergrund haben wir vorgeschlagen, tatsächlich einen Lenkungskreis Schieneninfrastruktur für die kommende Legislaturperiode zu etablieren, also im Sinne dessen, dass auch vor allen Dingen die Abgeordneten hier entsprechend gemeinsam diskutieren und dass wir einen Fahrplan entwickeln, auch eine Priorisierung, aber vorher tatsächlich für die komplexen Entscheidungsprozesse, die damit zusammenhängen, auch entsprechend ein Mobilitätsnetzwerk zu gründen. Das tun wir auch noch dieses Jahr. Das heißt, dass wir eben nicht nur aus dem Infrastruktur- und Landwirtschaftsministerium miteinander diskutieren, sondern dass wir natürlich das Wirtschaftsministerium und das Umweltministerium an den Tisch holen, aber genauso auch die kommunale Ebene bzw. die Verkehrs- und Fahrgastverbände, Allianz pro Schiene, Fahrgastbeirat, alle, die da hingehören und die auch mitdiskutieren, die ja auch bei den Anhörungen ihre Stellungnahmen mit abgeben, dass wir daran gemeinsam arbeiten. Denn klar ist, für einen leistungsfähigen ÖPNV, für einen zukunftsfähigen ÖPNV bzw. eine Schiene brauchen wir eine Vervielfachung der Mittel und dafür brauchen wir auch das Ziehen gemeinsam an einem Strang. Insofern werbe ich auch um diese Mitarbeit im Mobilitätsnetzwerk und ich hoffe auf weitere Debatten hier im Haus. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Pommer:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das kann ich nicht erkennen. Dann gebe ich meinem Kollegen jetzt die Gelegenheit, den nächsten Teil aufzurufen.

Vizepräsident Bergner:

Danke für Ihr Verständnis für diese kleine Pause im fliegenden Wechsel, meine Damen und Herren. Ich schließe damit den zweiten Teil und rufe den **dritten Teil** der Aktuellen Stunde auf

c) auf Antrag der Fraktion CDU zu dem Thema: „Solidarität ist keine Einbahnstraße: Asylbewerber in Thüringen zu gemeinnützigen Arbeitsgelegenheiten verpflichtet“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 7/9610 -

Das Wort erhält Abgeordneter Schard für die CDU-Fraktion.

Abgeordneter Schard, CDU:

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnetenkollegen, werte Damen und Herren, die Diskussionen um die gemeinnützige Arbeitsverpflichtung für Asylbewerber rund um die eigene Gemeinschaftsunterkunft schlugen hohe Wellen, obwohl dies bereits seit Jahrzehnten im Asylbewerberleistungsgesetz geregelt ist. Mit der Umsetzung dieser Arbeitsverpflichtung macht der neu gewählte Landrat im Saale-Orla-Kreis, den wir heute ja hier auch verabschiedet haben, übrigens genau das, was die Menschen von ihm erwarten. Er wendet Gesetze an, er setzt Gesetze um und er handelt. Wenn ich dagegen zum Beispiel nach Sonneberg schaue, dort gibt es auch einen relativ neuen Landrat, aber dort ist weder die Bezahlkarte eingeführt, es gibt auch keine Beschäftigungsalternativen, sodass man diesbezüglich nicht mal mehr von heißer Luft reden kann, meine sehr geehrten Damen und Herren. Unsere Aktuelle Stunde ist mit „Solidarität ist keine Einbahnstraße“ überschrieben, und genauso sehen das auch die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande, so ordnen sie das auch ein.

In dem ganzen Komplex war reflexhaft und schnell die Rede von „Ausbeutung“, „Schäbigkeit“ und postwendend wurde auch der Vorwurf der Zwangsarbeit in den Raum gestellt. Und die Frage ist allerdings, meine sehr geehrten Damen und Herren, wo ist überhaupt das Problem? Warum sollen Menschen in den von ihnen bewohnten Gemeinschaftsunterkünften, inklusive Nebenflächen, nicht selbst für Ordnung und Sauberkeit sorgen? Und Asylbewerber erhalten in unserem Land ein faires Verfahren, sie erhalten Sozialleistungen, Unterkunft und auch Verpflegung sowie auch den Zugang zur Gesundheitsversorgung.

Und, meine Damen und Herren, was soll falsch daran sein, wenn verlangt wird, der Gesellschaft, die für all das aufkommt, durch eigenes Einbringen, durch eigene Anstrengung wenigstens im Ansatz auch wieder etwas zurückzugeben? Und noch mal, das entsprechende Gesetz sieht diese Möglichkeit der Beschäftigung seit vielen Jahren vor.

Was soll besser daran sein, wenn die Menschen untätig – freiwillig oder unfreiwillig – in ihren Unterkünften sitzen? Und auch 80 Cent Aufwandsentschädigung, die auch Stein des Anstoßes war, die 80 Cent Aufwandsentschädigung pro Stunde sind auch kein Hungerlohn, wie es beschrieben wurde und wie manche uns das weismachen wollen. Es ist nämlich eine zusätzliche Aufwandsentschädigung und kein Lohn, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist ein großer Unterschied. Man kann den gesamten zur Verfügung gestellten Lebensunterhalt bei der Betrachtung auch nicht einfach ausblenden.

(Abg. Schard)

Wer arbeitsfähig ist, ja, der sollte auch etwas tun. Und warum soll dieser Grundsatz für Bewohner einer Gemeinschaftsunterkunft, für Asylbewerber in einer Gemeinschaftsunterkunft nicht gelten, und auch nicht für rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber? Wer meint, sich aus dieser Pflicht rausnehmen zu müssen, für den sind auch Unterhaltskürzungen nicht nur angemessen, sondern auch richtig, erforderlich und auch gerecht.

(Beifall Gruppe der FDP)

Und es ist auch mehr als fair, wenn diejenigen, die sich anstrengen und einen Beitrag leisten, mehr haben als diejenigen, die dies nicht tun. Wer an dieser Stelle von Zwangsarbeit oder Hungerlöhnen spricht, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat aus meiner Sicht ein Problem mit dem eigenen Realitätsbewusstsein, und auch mit dem Gerechtigkeitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.

Meine Damen und Herren, es ist weder ein Skandal noch ist es eine Schande, so wie man das hinlänglich hören konnte, diese Arbeitsverpflichtung umzusetzen.

(Beifall Gruppe der FDP)

Es ist vielmehr ein Schritt in Richtung mehr Realität und auch Gerechtigkeit, der letztlich dazu führt, dass auch weniger Spannungen in den Unterkünften entstehen. Und die Verdeutlichung des Leistungsprinzips ist darüber hinaus auch ein Zeichen gegenüber der Bevölkerung, nämlich, dass nicht einfach so vorbehaltlos Leistungen ausgereicht werden, sondern dass auch etwas erwartet wird.

(Beifall CDU)

Die Arbeitsgelegenheiten, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind geltendes Recht in Deutschland. Die restliche Anpassung des Asylbewerberleistungsgesetzes vom Februar weitet diese Arbeitsmöglichkeiten aus. Ja, das ist richtig und das ist auch gut so. Arbeitsgelegenheiten als Basis für eine Tagesstruktur sind auch wichtig für Asylsuchende, nämlich sich zu beschäftigen und auch mitunter der Langeweile in den Gemeinschaftsunterkünften zu entgehen.

All dies wird die Migrationskrise natürlich nicht allein lösen, aber die hier gegenständliche Arbeitsverpflichtung sollte – wie auch die durch die beiden CDU-Landräte initiierten Bezahlkarten – ein Teil eines Maßnahmenpaketes sein, die der Flüchtlings- und Migrationspolitik wieder vom Kopf auf die Füße verhilft. Und nicht eben so wie es die Grünen momentan offensichtlich im Bund machen, nämlich die Bezahlkarten zu verhindern.

(Beifall CDU)

Und auch nicht so, wie es die Landesregierung augenblicklich macht, nämlich eigentlich solche Initiativen zu ergreifen – auch das gehört zum Regieren – und nicht zu verhindern. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Herr Kollege Schard. Und jetzt rufe ich für die SPD-Fraktion Herrn Dr. Hartung auf.

Abgeordneter Dr. Hartung, SPD:

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, lieber Herr Schard, da war die Frage, wo ist denn das Problem? Ich will das gern beantworten, wo das Problem liegt. Nicht bei den Arbeitsgelegenheiten, da haben Sie die Rechtslage auf und nieder mehrfach dargelegt. Das will ich hier gar nicht thematisieren. Das

(Abg. Dr. Hartung)

Problem, glaube ich, beginnt bei der Überschrift: Solidarität ist keine Einbahnstraße, Arbeitspflicht einführen usw. Wenn ich dann die Überschrift gelesen habe und mich der Begründung Ihrer Aktuellen Stunde widme, steht da kein einziger Satz, dass es da ein Problem gäbe, dass Menschen nicht arbeiten gehen wollen. Es steht kein einziger Satz, der eine Arbeitsverpflichtung rechtfertigt – kein einziger Satz steht in der Begründung. Da wird auf die Menschen, um die es geht, gar nicht Bezug genommen. Das findet nicht statt. Ich habe mir das wirklich mehrfach durchgelesen, habe intensiv gesucht, was will er denn jetzt eigentlich, woher nimmt er jetzt diese Forderung nach Arbeitspflicht. Das findet sich überhaupt nicht. Es gibt gar keinen Hinweis in Ihrer Begründung darauf, dass Menschen die Arbeit verweigern würden.

(Zwischenruf Abg. Schard, CDU: Sie hatten die Gelegenheit doch gar nicht!)

Sie haben nicht ein einziges Beispiel aufgeführt. Jetzt gehen wir doch mal Ihre Begründung durch. Ich zitiere mal zum Beispiel den Satz: „Das Ziel der Arbeitsgelegenheiten ist der grundsätzliche Ansatz, dass Leistungsberechtigte, die keiner regulären Beschäftigung nachgehen, durch den regelmäßigen Einsatz ihrer Arbeitsleistung einen Beitrag für die Gesellschaft erbringen.“ Da fehlt ein Wort, nämlich „nachgehen dürfen“. Das ist das Problem. Nachgehen dürfen! Die dürfen gar nicht arbeiten gehen. Und das ist ein ganz wesentlicher Punkt: Sie dürfen nicht arbeiten gehen, wir verbieten ihnen das Arbeiten

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und dann stellen wir sie vielleicht noch als Leute hin, die keine Solidarität erwidern. Das ist schamlos.

(Zwischenruf Abg. Schard, CDU: Wir reden über die ersten Monate!)

Das ist schamlos.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und dann geht es weiter, Herr Schard, ich zitiere wieder: „Oftmals werden aufgrund des organisatorischen Aufwands nur wenige Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung gestellt.“ Also muss Ihre Aktuelle Stunde nicht „Arbeitspflicht für Asylbewerber einführen“, sondern „Gelegenheiten durch die Landkreise verpflichtend zur Verfügung stellen“ heißen. Sie müssen Ihre Aktuelle Stunde an die Landkreise und kreisfreien Städte richten und nicht an die Menschen, die da betroffen sind.

(Unruhe CDU)

Nennen Sie doch mal Ross und Reiter! Dann geht es weiter und dann kommen wir zu dem Punkt – Herr Schard, jetzt bin ich dran, Sie hatten doch Ihre Chance. – Jetzt kommen wir zu dem Punkt, warum Sie das überhaupt aufbringen: Ein steigender Anteil der Menschen trägt das nicht mehr mit – ich habe das jetzt mal verkürzt –, an die richtet sich das. Das ist reiner Populismus.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn Sie wirklich wollen, dass die Menschen nicht mehr so viel Sozialleistungen kassieren, dass die Bürger eine höhere Akzeptanz haben usw., wenn Sie das alles wirklich wollen, dann lassen Sie uns doch Nägel mit Köpfen machen, lassen Sie uns alle Arbeitsverbote aufheben und den Menschen die Chance geben, für ihren Unterhalt aufzukommen und ein selbstbestimmtes Leben zu führen!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gruppe der FDP)

Das wäre der richtige Ansatz. Solange Sie das nicht machen, solange Sie nicht das fordern – nehmen Sie es mir nicht übel –, blanker Populismus, Sie wollen vielleicht auch mal in die Nachrichtensendung wie der Kollege Landrat. Vielen Dank.

(Abg. Dr. Hartung)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Herr Dr. Hartung. Ich rufe jetzt für die AfD-Fraktion Herrn Abgeordneten Möller auf.

Abgeordneter Möller, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Zunächst mal, Herr Kollege Schard, der Landrat Herrgott, der jetzt frisch aus dem Landtag rausgewählt worden ist vom Landkreis, der hat noch gar nichts umgesetzt, der hat erstmal nur angekündigt. Ankündigen kann man viel, umsetzen, das werden wir sehen, ob er das jemals bringen wird. Ich habe da so meine Zweifel. Nach der Wahl wird das Interesse deutlich erlahmen,

(Unruhe CDU)

denn, meine Damen und Herren, neun Jahre Asylkrise haben wir mittlerweile und zwar federführend mit verursacht durch die CDU. Nichts ist geschehen.

(Beifall AfD)

Und wenn Sie auf dem Kollegen Sesselmann rumhacken: Beim Kollegen Sesselmann gibt es genauso eine Projektgruppe für die Einführung der Bezahlkarte und das wird nicht so eine Mogelpackung werden wie bei Ihrer Frau Schweinsburg, wo es trotzdem noch 100 Euro Bargeld gibt.

(Beifall AfD)

Das gehört nämlich zur Wahrheit auch dazu. Die Leute betrügen kurz vor der Wahl, das kann jeder. Es richtig umsetzen, das ist die eigentliche Schwierigkeit. Und dann will ich hier noch was sagen.

(Unruhe CDU)

Vizepräsident Bergner:

Entschuldigung bitte, Abgeordneter Möller hat das Wort.

Abgeordneter Möller, AfD:

Die AfD-Kreistagsfraktion im Saale-Orla-Kreis war es 2021, die einen Antrag auf Einführung von Arbeitsgelegenheiten gemäß § 5 Asylbewerberleistungsgesetz gestellt hat. Raten Sie mal, wer es abgelehnt hat: Landrat Fügmann, CDU, und sein erster Beigeordneter Herrgott, CDU.

(Beifall AfD)

Angeblich würde die AfD Hass und Hetze verbreiten. Das kann man heute noch in einem OTZ-Artikel nachlesen, der im Internet vom März 2021 nachzulesen ist. Auch Sie persönlich, Herr Schard, – das will ich auch nicht verhehlen – haben im Kreistag genauso den Reinigungskosten zugestimmt, die durch eine Fremdfirma erbracht werden.

(Zwischenruf Abg. Schard, CDU: Und Ihre Fraktion nicht? Fragen Sie mal Ihre Fraktion!)

Also bitte schön, bleiben Sie doch einfach ein Stückchen bei der Wahrheit. Versuchen Sie hier nicht, so eine billige Wahlpropaganda zu machen, von der Sie nichts haben, von der Sie bisher nichts umgesetzt haben und wo Sie es auch nicht planen umzusetzen.

(Abg. Möller)

(Beifall AfD)

Echte Sachleistungen wird es nur von der AfD geben, das weiß jeder, der zur Wahl geht. Und in Richtung Rot-Rot-Grün sage ich jetzt: Natürlich ist das zumutbar, Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, natürlich ist das zumutbar, auch diese Leute, die von unserem Sozialsystem entsprechend unterhalten werden, dazu zu verpflichten. Solche Entschädigungsarbeitsgelegenheiten, also auf diesem Niveau, gab es im Grenzdurchgangslager Friedland, dagegen hat sich niemand gewehrt, ähnliche Verhältnisse gab es bei der Bundeswehr, auch da wurden für Niedrigstlöhne solche Tätigkeiten von den Wehrdienstleistenden miterledigt. Sowas gab es auch in der Schule. Da war das alles zumutbar, da war das alles unter dem Grundgesetz okay,

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das war genauso beschissen!)

nur jetzt ist ein Riesenproblem, weil es nämlich um ihre Lieblingsklientel geht. Und da muss ich ihnen sagen, das ist Recht mit zweierlei Maß. Das ist also kein Recht, das sind Doppelstandards.

(Beifall AfD)

Der Bedarf für solche Maßnahmen ist auch da, wir hatten das erst im letzten Justizausschuss. Wir haben die Zustände in der Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl gesehen. Dort könnte man eine Menge machen, beispielsweise mit Reinigungs- und entsprechenden Pflegearbeiten, wo man die Arbeitsgelegenheiten für die Leute dort schaffen könnte. Das würde sicherlich auch dazu führen, dass mit dem Mobiliar, dass mit den Einrichtungen dort etwas pfleglicher umgegangen wird. Denn wenn man selbst die Arbeit erledigt, den Dreck wegmachen muss, dann hat man vielleicht auch eher mal ein Auge dafür, wenn sich jemand nicht an die Regeln hält und dieses Mobiliar runterrunkst und damit nicht pfleglich umgeht.

(Beifall AfD)

Davon haben wir aber leider im Ausschuss nichts gesehen, Herr Minister.

Ich muss auch noch mal eins dazu sagen, wenn man sich jetzt dagegen sperrt, solche Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Jeder Lehrling fängt so an, wenn er in einen Betrieb geht und Arbeitstätigkeiten erbringt, die ersten Tätigkeiten dort, das sind immer die einfachen Handlangertätigkeiten, die Zuarbeiten, das gehört einfach mit dazu. Das ist allen Menschen zuzumuten, nicht nur denen, die schon immer hier waren, sondern auch denen, die zu uns kommen. Ich denke, es ist auch – wenn man es ernst meint mit Integration – durchaus ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Insofern würden wir das tatsächlich unterstützen, wenn – und das ist der Unterschied zur CDU – es ernst gemeint ist. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Bergner:

Danke, Herr Möller. Ich rufe jetzt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich auf.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich finde das wirklich eine Zumutung, dieser Überbietungswettbewerb von rechts, der sich hier gerade geliefert wird,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Rothe-Beinlich)

und bin meinem Kollegen Hartung ausdrücklich dankbar, der sich ja schon sozusagen an der Textexegese versucht und genauer dargelegt hat, was die CDU da eigentlich aufgeschrieben hat. Denn worum geht es eigentlich?

(Zwischenruf Abg. Walk, CDU: Überbietungswettbewerb!)

Ja, ein Überbietungswettbewerb von rechts, das nennen Sie inhaltliches Stellen der AfD oder was? Das Gegenteil ist der Fall. Das wird nur bei der AfD einzahlen, was Sie hier gerade machen. Und Sie merken es nicht mal, das ist das eigentlich Schlimme daran.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fange trotzdem noch mal ganz anders an, weil die Menschenwürde erfordert, Menschen als Individuen zu betrachten. Und natürlich gilt es da, Menschen, die vor Krieg fliehen, die Angst um ihr Leben haben, auch Schutz zu gewähren. Das ist unsere Aufgabe und das tun wir. Trotzdem müssen wir uns vor Augen führen, dass Asylverfahren die Freiheit von Menschen einschränken, und zwar in der Form, dass es beispielsweise Arbeitsverbote gibt, das hat mein Kollege Hartung hier auch schon dargestellt. Die Realität ist, dass die Menschen im Asylverfahren zunächst nicht arbeiten dürfen. Ich sage das noch mal so deutlich, hier auch vom Pult.

(Zwischenruf Abg. Herold, AfD: Wie lange?)

Arbeit ermöglicht Menschen Autonomie, Teilhabe. Arbeit ermöglicht Wege in die Gesellschaft, ermöglicht Austausch und kann auch das Erlernen von Sprache erleichtern und befördern. Deshalb müssen Arbeitsverbote für Asylbewerberinnen so schnell wie möglich abgebaut werden. Das sage ich ganz deutlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und ja, das Asylbewerberleistungsgesetz bietet eine – ich nenne es: verkorkste – Möglichkeit, Menschen für den Zeitraum geltender Arbeitsverbote trotzdem Arbeitsgelegenheiten zu verschaffen. Einzig positiv ist, dass sie vielleicht ein Gewinn für Geflüchtete sein können, um den Zeitraum bis zur Arbeitserlaubnis zu überbrücken und eine Beschäftigung zu finden und teilzuhaben. Aber führen wir uns doch mal vor Augen, was es bedeutet, was es erfordert, wenn ich solche Arbeitsgelegenheiten schaffen will. Warum macht es nämlich fast niemand? Die gibt es nämlich nicht einfach so, sondern die müssen selbstverständlich beaufsichtigt und angeleitet werden, da gilt es, den Arbeitsschutz einzuhalten, da müssen Arbeitsmaterialien entsprechend zur Verfügung gestellt werden. Ich glaube, es sind vier Arbeitsgelegenheiten, die im Landkreis von Herrn Herrgott bisher jeweils geschaffen worden sind. Deswegen macht es nämlich fast niemand, weil in der Tat für die 80 Cent Entlohnung gar nicht das Personal da ist, das die Menschen anleiten und betreuen würde. Aber darum geht es Ihnen ja nicht, Ihnen geht es um Gängelung, Ihnen geht es darum, den Menschen etwas überzustülpen, und Ihnen geht es um Zwang. Das ist das Gegenteil von dem, was wir wollen. Wir wollen Arbeitsverbote abschaffen und den Genehmigungsvorbehalt umkehren.

Deshalb will ich auch noch mal ganz deutlich sagen, dass die Diskursverschiebung, die wir hier erleben, wirklich problematisch ist, weil der Zwangsgedanke, der dahintersteht, mit populistischen, schlagzeilentauglichen Aussagen, mit denen gesagt wird, wir verpflichten alle Asylbewerberinnen zur Arbeit, nur rassistische Denkmuster befördert, auch wenn Sie das nicht hören wollen, und Geflüchtete zur Arbeit zu verpflichten nicht mit dem grundgesetzlichen, menschenwürdegeprägten Wertekanon vereinbar ist. Gesetzliche Regelung hin oder her, wir können und dürfen niemals Menschen zur Arbeit verpflichten, schon allein aus historischer Verantwortung. Wir hatten übrigens hier im Thüringer Landtag gerade eine sehr bewegende Ausstellung dazu, die uns das allen noch mal vor Augen geführt hat. Im Gegenteil, entscheidend ist, dass wir

(Abg. Rothe-Beinlich)

durch den Abbau von Hürden für den Arbeitsmarktzugang Menschen echte Perspektiven eröffnen, um ihnen schnell zu Freiheit und Autonomie zu verhelfen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und weil es Ihnen, liebe CDU, sonst so oft nur ums Geld geht: Arbeitende Menschen können ihren Lebensunterhalt selbst sichern, ohne auf staatliche Leistungen angewiesen zu sein. Für 80 Cent pro Stunde aber bleiben die Asylsuchenden natürlich trotzdem im gleichen System und verharren weiter in der Situation, dass sie staatliche Leistungen in Anspruch nehmen müssen.

Auch noch zu dem Punkt, weil Sie den hier angesprochen haben, die Grünen würden bei der Geldkarte wieder irgendwas blockieren: Darum geht es überhaupt nicht, etwas zu blockieren. Es geht darum, eine diskriminierungsfreie Regelung zu finden,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die den Menschen Teilhabe ermöglicht, auch bargeldlos, die aber eben auch sagt, an etlichen Stellen brauchen wir Bargeld, übrigens gerade auf dem Secondhandmarkt, gerade wenn es darum geht, dass ich mir zum Beispiel etwas zu essen kaufen will. Und wenn ich dadurch Kinder auch noch einschränke, weil beispielsweise Essensgelder in den Kommunen mit Bezahlkarte nicht bezahlt werden können, dann muss ich mir doch überlegen, was hier im System falsch läuft. Da muss ich eine Regelung finden, die diskriminierungsfrei ist und die tatsächlich auch Teilhabe ermöglicht.

Ich sage Ihnen ganz offen, ich bin wirklich sauer, weil diese Aktuelle Stunde eben nichts mit diesem Diskurs zu tun hat, diese Aktuelle Stunde will gar nicht überlegen, wie wir Menschen teilhaben lassen. Diese Aktuelle Stunde will auch nicht schauen, wie wir die Menschen befähigen, ihr Leben selbst zu gestalten, sondern diese Aktuelle Stunde will stigmatisieren und das nehme ich Ihnen von der CDU wirklich übel.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Frau Kollegin Rothe-Beinlich. Ich rufe Herrn Abgeordneten Kemmerich für die Gruppe der FDP auf.

Abgeordneter Kemmerich, Gruppe der FDP:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Besucher auf der Tribüne und hoffentlich viele Menschen, die sich auch für das interessieren, was hier gerade machen. Ja, es wurde über die Einführung einer sogenannten Arbeitspflicht für Asylbewerber diskutiert, Arbeitsgelegenheitenpflicht kann man sie auch nennen, hat medial viele Wellen geschlagen.

Mir ist ganz wichtig, zu sagen, was eigentlich passiert ist. Christian Herrgott – noch mal meinen Glückwunsch an die erfolgreiche Kandidatur für den Landrat – hat etwas umgesetzt, was seit 1993, also mehr als 30 Jahre, rechtlich möglich ist, der Kreistag vorher schon beschlossen hat. Danach sollen Asylbewerber Arbeitsgelegenheiten wahrnehmen. Jetzt haben wir zwei Reaktionen auf die Tatsache, einmal eine ziemliche Aufregung – ich sage mal eher – von der politisch linken Seite, es war von rassistischen, menschenverachtenden, ausbeutenden Tatbeständen die Rede und wurde vom Flüchtlingsrat geäußert. Auch Saskia Esken, immerhin Vorsitzende der Sozialdemokratie, hat sich in der Form geäußert. Insofern ist der Satz ja gar nicht falsch, Solidarität ist keine Einbahnstraße, und es ist ein Rechtsinstitut, das es seit Langem gibt.

(Abg. Kemmerich)

Auf der anderen Seite wird etwas gefeiert, was es längst wie selbstverständlich geben sollte und geben müsste, nämlich, dass man diese Arbeitsgelegenheiten anbietet. Und warum?

(Beifall Gruppe der FDP)

Wir haben viel gesprochen, und zwar relativ einmütig, dass, wenn man sich am öffentlichen sozialen Leben auch durch eine Wahrnehmung von Aufgaben beteiligt, ob das nun Arbeitsgelegenheit oder Arbeit ist, ist erst mal nicht so wichtig, all die integrativen Faktoren einer Beteiligung am Gemeinwohl gleich sind, ob es Arbeitsgelegenheit oder Arbeit ist. Ich bin beteiligt, ich tausche mich aus mit Menschen, ich lerne die deutsche Sprache, ich habe einen geordneten Tagesablauf – all die Dinge, die wir erwarten von den Leuten, die bei uns sind, dass sie sich integrieren wollen und auch können.

(Beifall Gruppe der FDP)

Insofern ist das hier doch fast eine Selbstverständlichkeit, über die wir sprechen.

Jetzt kommen wir natürlich zu der Frage: Warum ist diese Arbeitsgelegenheitspflicht nicht überall Realität geworden? Vielleicht tatsächlich, weil sie sehr bürokratisch ist, vielleicht tatsächlich auch, weil sie schon seit den sogenannten 9-Euro-Jobs vor 20/25/30 Jahren immer wieder als menschenverachtend und ausbeutend bekämpft worden ist. Ich habe das immer unterstützt und ich kann das auch nur weiter unterstützen, da es sehr wichtig ist, dass jeder, der in irgendeiner Form Geldleistungen aus der Solidargemeinschaft bezieht, auch etwas zurückgeben kann. Ich habe schon an anderer Stelle geäußert: Durchaus denkbar ist auch, das Bürgergeld mit einer Arbeitsrückgabe, mit einer Pflicht zu versehen, sich mit 25 Stunden pro Woche am Gemeinwohl zu beteiligen, welche Aufgabe man auch immer wahrzunehmen hat.

Aber das Wichtige, damit uns die Debatte eben nicht entgleitet, ist – und das ist das, was die Leute draußen erwarten –: Es darf nicht Ankündigungspolitik bleiben. Wir können nicht nur ankündigen, es gibt Arbeitsgelegenheiten, wir müssen es auch machen. Und es löst unser Problem, was die Leute vielleicht hier im Publikum sehen, was aber auch viele draußen sehen, das grundsätzliche Problem von Integration in den Arbeitsmarkt, nicht. Viel wichtiger – zwei Punkte – ist eben, die reguläre Migration in unsere Arbeitsmärkte und vor allen Dingen natürlich auch die irreguläre Migration in die Sozialsysteme zu stoppen – auch durch das Schließen der europäischen Grenze, durch Chancenkarte, Basispunktesystem, Visaverfahren beschleunigen, digitalisieren, Arbeitsverbote reduzieren bis aufheben, modernes Staatsangehörigkeitsrecht, eigene Integrationsleistungen den Leuten abverlangen.

(Beifall Gruppe der FDP)

Ich gebe Ihnen mal zwei Beispiele aus Thüringen: Vor fünf/sechs Jahren ist eine junge Frau aus der Ukraine zu uns gekommen – weit vor den kriegerischen Auseinandersetzungen – als Studentin. Sie hat jetzt ihr Studium abgeschlossen. Die erste Reaktion der Behörden war die Aberkennung der Aufenthaltserlaubnis. Sie hat jetzt eine bekommen, ganz bewusst für eine einzige Arbeitsstelle. Wenn sie mal den Job wechselt, was völlig normal ist in unserem System, muss sie wieder eine neue beantragen – bürokratischer Irrsinn.

Mich rufen immer wieder Firmen an, wo diese Drei-plus-zwei-Regelung jetzt ausläuft, also drei Jahre Lehre plus zwei Jahre Zugehörigkeit. Also der Lehrling weiß noch nicht mal, dass er einen Gesellenbrief hat, bzw. weiß noch nicht mal, dass die zwei Jahre wirklich abgelaufen sind. Eigentlich wird er dadurch erinnert, dass die Ausländerbehörde fast ihm den Bescheid schickt, seine Aufenthaltserlaubnis ist ausgelaufen. Das ist doch kein Symbol für das, was wir brauchen, da schütteln die Leute den Kopf.

(Beifall Gruppe der FDP)

(Abg. Kemmerich)

Und den Leuten, die wir wirklich brauchen, müssen wir doch ein Zeichen senden, dass sie nicht nur herzlich willkommen sind, sondern dass genau ihre Arbeitsleistung hier wichtig und richtig ist. Und denen, die sich darum drücken, und das sind tatsächlich Leute aus allen Nationen und allen Herkünften, müssen wir tatsächlich etwas nähertreten und sagen: Wenn du Geld aus unserer Solidarität beziehst, dann hast du auch dafür Leistung zu erbringen – in meinen Augen mindestens 25 Stunden pro Woche. Herzlichen Dank.

(Beifall Gruppe der FDP)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Herr Kollege Kemmerich. Weitere Wortmeldungen? Bitte schön, Frau Kollegin König-Preuss.

Abgeordnete König-Preuss, DIE LINKE:

Sehr geehrte Kolleginnen der demokratischen Fraktionen, liebe Zuschauerinnen auf der Tribüne und am Livestream, als Allererstes, wenn es darum geht, man müsse der Solidargemeinschaft etwas zurückgeben: Ich glaube, lassen Sie uns mal anfangen, dann an der Stelle vielleicht über Steuerhinterziehung zu sprechen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da gehen nämlich jährlich Milliarden verloren, mit denen übrigens sehr viel auch finanziert werden könnte. Vielleicht können wir ja auch darüber mal ins Gespräch kommen. Aber ich ahne, dass das nicht so im Interesse der FDP ist, da auch zu versuchen, stärker dagegen vorzugehen, weil es gegebenenfalls die eigenen Leute treffen könnte.

(Zwischenruf Abg. Kowalleck, CDU: Das sind doch nur Vorurteile!)

Zum Antrag der CDU ...

(Unruhe Gruppe der FDP)

Ich mag das immer – für Sie auf der Tribüne –, das ist immer herrlich, wenn Frauen vorn stehen, fangen die Männer an, sofort in den Widerspruch zu gehen, weil sie es nicht gewohnt sind in ihrem Alltag, dass Frauen in den Widerspruch gehen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es liegt eine Aktuelle Stunde der CDU vor. Ich muss als Erstes sagen, es ist ein Missbrauch des Wortes „Solidarität“, was Sie hier mit dieser Aktuellen Stunde heute vorlegen. Im freundlichsten Sinne könnte ich Ihnen noch unterstellen, dass Sie einfach keine Ahnung haben, was Solidarität ist, gemessen daran, was Sie in Ihrer Aktuellen Stunde hier dazu formulieren, und will – da ich davon ausgehe, dass das so ist und Sie einfach keine Ahnung haben – Ihnen mal ganz kurz rübergeben, was unter Solidarität verstanden wird, nämlich Zusammengehörigkeit – wird aus Ihrer Aktuellen Stunde und auch aus Ihrer Rede an keiner Stelle deutlich, sondern eher wird deutlich, dass Sie grundsätzlich Menschen, die hierher fliehen, misstrauen und deswegen diesen Menschen mit entsprechenden Pflichten, Zwängen, Kürzungen oder eben auch Unterstellungen, die teils dann auch sehr eng an das andocken, was von der rassistischen Partei hier rechts außen kommt, mit formulieren.

(Zwischenruf Abg. Schard, CDU: Das sind Unterstellungen!)

„Solidarität“ heißt auch, gegen Vereinzelung vorzugehen. „Solidarität“ heißt gegenseitige Unterstützung, Rücksichtnahme, auch wenn sich dadurch kein eigener Vorteil ergibt, und steht unter anderem für ein unbedingtes Zusammenhalten aufgrund gleicher Anschauung und Ziele. Ich unterstelle, dass das an keiner

(Abg. König-Preuss)

Stelle mit Ihrer Aktuellen Stunde heute hier gemeint, gefordert und gewollt ist, will aber darauf hinweisen, dass Strukturen, die in unserer Gesellschaft sehr deutlich für Solidarität stehen, wie beispielsweise der Deutsche Gewerkschaftsbund, aber auch die PARITÄT sich sehr deutlich zu dieser Arbeitspflicht, verbunden mit entsprechenden Kürzungen, verhalten haben. Die sagen nämlich unter anderem – Beispiel Deutscher Gewerkschaftsbund –: 1. Der extrem Rechten gräbt man das Wasser nicht ab, indem man ihre rassistischen Vorurteile bedient.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2. Das ist schäbig, menschenverachtend und schadet unserer Demokratie. 3. Stattdessen müssen Hürden weg, die Geflüchteten den Zugang zu guter Arbeit versperren.

(Zwischenruf Abg. Schard, CDU: Wir wenden Gesetze nicht an, die ...!)

Ich will es aber auch an einer anderen Stelle – nämlich der Sozialverband VDK hat erklärt: „Wir lehnen den Vorschlag ab, Asylbewerber zu gemeinnütziger Arbeit zu verpflichten“, sagte die VDK-Präsidentin. Die eigentliche Herausforderung sei nämlich, die Menschen in sozialversicherungspflichtige Jobs zu bringen. Das, übrigens, sagt in ähnlicher Form auch der Gemeinde- und Städtebund. Und da frage ich mich, an welcher Stelle Sie überhaupt noch auf das hören, was aus der Gesellschaft von entsprechenden Strukturen, aber auch von Wissenschaftlern geäußert wird, denn Wissenschaftler, die Studien durchgeführt haben, sagen ganz klar, diese Pflicht zu diesen 80-Cent-Jobs – ich weiß gar nicht, wie man die nennen soll – führt eher dazu, dass die Leute nicht in originäre Arbeitsverhältnisse kommen, dass sie weniger gut die deutsche Sprache lernen, dass das, was eigentlich das Ziel sein sollte ...

(Unruhe CDU)

Meine Güte, diese Männer, die nie zuhören können, sind wirklich eine Herausforderung, aber die stehe ich durch, gar kein Problem.

(Beifall DIE LINKE)

Die Studien sagen, dass das eben nicht dazu führt, dass man besser in normale Arbeitsverhältnisse kommt. Und was eigentlich notwendig wäre, wäre, die Arbeitsverbote für Geflüchtete aufzuheben, weil, die absolute Mehrheit der Geflüchteten will arbeiten, die absolute Mehrheit der Geflüchteten will für sich selber sorgen, die absolute Mehrheit der Geflüchteten will Teil dieser Gesellschaft sein. Wir hindern sie allerdings daran. Wir hindern sie daran mit einer Gesetzgebung aus der Bundesebene – das muss man an der Stelle auch mal Grünen, SPD und FDP sagen. Das ist keine progressive und keine Geflüchteten entgegenkommende Gesetzgebung, sondern es ist eine Verhinderungsgesetzgebung. Wir hindern noch mehr mit derartigen Aktuellen Stunden oder auch Anträgen, wie sie heute hier vorliegen, die am Ende zu nichts anderem führen, als zur Spaltung dieser Gesellschaft beizutragen. Und Spaltung ist das absolute Gegenteil von Solidarität. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Frau König-Preuss. Weitere Wortmeldungen? Herr Abg. Dr. Hartung für die Fraktion der SPD, 1 Minute und 52 Sekunden.

Abgeordneter Dr. Hartung, SPD:

Herr Präsident, Herr Kemmerich hat mich noch mal nach vorn getrieben. Sie haben den Vergleich zu den 1-Euro-Jobs aufgemacht. Ja, daran ist das sogar angelehnt. Das Problem bei den 1-Euro-Jobs: Die, die die ausüben sollten, denen stand der Weg in den ersten Arbeitsmarkt prinzipiell immer offen. Das haben wir bei den Asylbewerbern aber nicht. Genau deswegen ist es ein Unterschied, ob ich eine gemeinnützige Tätigkeit für 80 Cent mache oder ob ich einen 1-Euro-Job mache. Das ist eben nicht dasselbe. Ich habe nicht diese ...

(Zwischenruf Abg. König-Preuss, DIE LINKE: Wobei am Stundenlohn schon der Rassismus deutlich wird! Das muss man schon sagen!)

Das ist die nächste Frage. Übrigens können offensichtlich auch Frauen nicht zuhören.

Das Problem, was ich sehe, ist einfach, dass Sie zwei Dinge, die nicht vergleichbar sind, im selben Atemzug nennen. Und dann sagen Sie, für Sie ist eine Arbeitsverpflichtung von 25 Stunden pro Woche das Minimum. Ich würde das ganz gern mal umrechnen auf Mindestlohn. Und genau ist der Punkt. Wenn ich möchte, dass Menschen arbeiten gehen für ihren Lebensunterhalt, dann lasse ich sie doch einfach arbeiten zu unseren Gesetzmäßigkeiten, also in unserem Tarifsystem, zum Mindestlohn usw. usf. und sage nicht einfach, ihr bekommt staatliche Leistungen, jetzt müsst ihr 25 Wochenstunden arbeiten. Das ist doch nicht dasselbe. Und das ist auch kein Weg in die Integration. Und das ist auch kein Weg dahin, höhere Akzeptanz zu finden. Denn im Zweifel, Herr Kemmerich, ist es eben nicht Ausdruck von Akzeptanz oder von erworbener Akzeptanz, wenn ich von den Menschen verlange, dass sie zu Hause in ihrer Unterkunft den Boden wischen,

(Unruhe Gruppe der FDP)

denn das sieht der Mensch draußen nicht. Der Mensch draußen würde nur sehen, wenn die geflüchteten Menschen am Leben normal teilnehmen könnten, wenn sie sich eine Arbeit suchen könnten und für ihren Unterhalt selber aufkommen könnten.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, Gruppe der FDP: Es gibt 1,8 Millionen offene Stellen im Land!)

Das wäre ein Weg in eine bessere Integration und in einen besseren Umgang – Herr Kemmerich, jetzt rede doch ich.

Vizepräsident Bergner:

Im Übrigen: Die Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Dr. Hartung, SPD:

Danke. Aber Herrn Kemmerich seine auch.

Vizepräsident Bergner:

Aus den Reihen der Abgeordneten habe ich jetzt wirklich keine Wortmeldungen mehr. Ich schaue in Richtung Landesregierung. Herr Minister Maier, bitte schön, Ihre Bühne. Meine Damen und Herren, jetzt hat Herr Minister Maier das Wort. Wenn Sie sich da hinten streiten wollen, gehen Sie doch bitte raus, einen Kaffee trinken.

Maier, Minister für Inneres und Kommunales:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Besucherinnen und Besucher, es ist ja schon mehrfach heute erwähnt worden, die hier erwähnte Norm im Asylbewerberleis-

(Minister Maier)

tungsgesetz ist schon mehrere Jahrzehnte alt, 30 Jahre alt. Nichtsdestotrotz gab es natürlich jüngst eine Veränderung. Die hat natürlich auch dazu geführt, dass es jetzt diese Diskussion gibt, aus meiner Sicht. Mit dem MPK-Beschluss vom November letzten Jahres wurde das Asylbewerberleistungsgesetz verändert und zwar im Wege, dass der Begriff „Zusätzlichkeit“ bei den Arbeitsgelegenheiten außerhalb von Aufnahmeeinrichtungen entfällt. Diese Anpassung soll tatsächlich den Ländern und Kommunen ermöglichen, die bestehenden Regelungen zu Arbeitsgelegenheiten im breiteren Maße zu nutzen. Eine verstärkte Nutzung von Arbeitsgelegenheiten bei staatlichen, kommunalen und gemeinnützigen Trägern ist aber zunächst eine Entscheidung der zuständigen Landkreise und kreisfreien Städte. Denn diesen sind in ihrem Zuständigkeitsbereich mögliche Träger bekannt bzw. könnten sie solche in bestehenden Netzwerken eruieren und konkrete Arbeitsgelegenheiten in Erfahrung bringen. Es sollte schon etwas Sinnvolles sein, was da gemacht wird. Und dazu braucht es eben auch die örtliche Kenntnis.

Wenn die verstärkte Umsetzung des § 5 Asylbewerberleistungsgesetz durch die kommunalen Ausländerbehörden gefordert wird, sollte aber nicht verkannt werden, dass der Verwaltungsaufwand hierfür ganz erheblich ist. Und das ist auch gut so. Wir leben in einem Rechtsstaat. Die Behörden haben Heranziehungsbescheide gegenüber den Leistungsberechtigten zu erlassen. Das ist nun mal so. Gesundheitliche Belange sind hierbei zu berücksichtigen. Die Bescheide müssen die gesetzlich vorgeschriebene Belehrung über die Folgen der Ablehnung der Arbeitsgelegenheit enthalten. Gegen einen Heranziehungsbescheid kann natürlich auch Widerspruch eingelegt werden. So ist das, meine sehr geehrten Damen und Herren. Darüber hinaus muss die Aufwandsentschädigung berechnet werden und natürlich auch nachweislich ausgezahlt werden. Diese Aufgaben, die damit verbunden sind, müssen die kommunalen Behörden abwägen und dann eine Entscheidung treffen, ob das alles Sinn ergibt. Wenn ich mit Verantwortungsträgern in den Kommunen und in den GUs über dieses Thema rede, höre ich immer wieder, dass es wesentlich zielführender wäre, die neuen Möglichkeiten für Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die jetzt auch geschaffen wurden, durch die Veränderung im Zusammenhang mit dem Aufenthaltsgesetz, zu nutzen, um die Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Das sollte doch unser gemeinsames Ziel sein.

Ich habe also den Eindruck, dass die starke Pointierung des Begriffs „Arbeitspflicht“, die ja hier mit diesem Antrag oder mit dieser Aktuellen Stunde zur Geltung kommt, eher der politischen Profilierung dient als dem Erreichen des Ziels, Menschen nachhaltig in Arbeit zu bringen.

(Beifall SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die von mir eben erwähnten Möglichkeiten, breiteren Möglichkeiten, Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen, sollten jetzt auch genutzt werden. Insofern führt diese Diskussion meines Erachtens am Ziel vorbei. Grundsätzlich bin ich der Auffassung, dass die dringend benötigte Arbeitsmigration nach Deutschland besser im Wege des Einwanderungsrechts erfolgen sollte, nicht so sehr durch das Asylrecht. Wir sollten also gemeinsam, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, verstärkt die Hürden zur Einwanderung abbauen, als Scheindiskussionen über Arbeitspflichten für Asylbewerber zu führen. Damit lässt sich der Arbeitskräftemangel sicher wirksamer bekämpfen als mit diesen – wie gesagt – Scheindiskussionen.

Jetzt noch mal kurz zurück zum Antrag der CDU-Fraktion: Ich bin durchaus ein Befürworter des Prinzips von Geben und Nehmen. In der Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten sehe ich durchaus einen guten Weg, einen Beitrag für die Gemeinschaft zu leisten. Das tun wir übrigens auch in Suhl. Hier wurde fälschlicherweise behauptet, es sei nicht der Fall. Das ist so. Dort beteiligen sich die Geflüchteten, die dort untergebracht sind, auch an der Reinigung der Außenanlagen. Diese Möglichkeiten können genutzt werden, sie sollen

(Minister Maier)

von mir aus auch genutzt werden, wir nutzen sie auch. Aber noch einmal: In Bezug auf die Geflüchteten, die in den Landkreisen und kreisfreien Städten untergebracht sind, obliegt es zunächst den zuständigen Landkreisen und eben auch den kreisfreien Städten, nach eigenem Ermessen zu entscheiden, ob der erhöhte Verwaltungsaufwand, welcher mit der Umsetzung verbunden ist, in Kauf genommen wird, oder aber, ob es vermehrt darum geht, Menschen nachhaltig in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Herr Minister. Und damit schließe ich den dritten Teil und rufe den vierten Teil der Aktuellen Stunde auf

**d) auf Antrag der Fraktion der
SPD zu dem Thema: „Nein zu
Hass und Gewalt in politischen
Auseinandersetzungen in Thürin-
gen“**

Unterrichtung durch die Präsidentin
des Landtags

- Drucksache 7/9633 -

Das Wort erhält Frau Kollegin Marx für die SPD-Fraktion.

Abgeordnete Marx, SPD:

Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein trauriger Höhepunkt der Gewalt im politischen Bereich ist der Brandanschlag vor einiger Zeit auf das Haus eines Lokalpolitikers gewesen. Es war nur der glückliche Zufall, dass die Bewohner von Brandgeräuschen erwacht sind und dass dort eine junge Familie diesen feigen Anschlag überlebt hat.

Es gibt viele Übergriffe mittlerweile, und zwar keineswegs nur gegen Abgeordnetenbüros oder gegen hauptberufliche Politikerinnen und Politiker. Bei Drohungen und auch Anwürfen, denen wir uns immer mal wieder ausgesetzt sehen, könnte man noch sagen, okay, dafür wird man vielleicht auch noch bezahlt. Aber dieses Klima der Einschüchterung und der Beschimpfung erreicht mittlerweile auch ganz normale Menschen in der Zivilbevölkerung, in der Zivilgesellschaft, die sich sozial engagieren. Der zunehmende Hass und die zunehmende Gewalt gegen Einsatz- und Rettungskräfte ist da ein trauriges Highlight. Was geht eigentlich in Menschen vor, die solche Leute, die für Hilfeleistungen an solche Orte der Not kommen, angreifen? Also man kann es nicht verstehen.

Deswegen müssen wir uns alle fragen, auch gerade in diesem Wahljahr: Wo kommt dieses Klima her? Die Verrohung hat die ganze Gesellschaft erfasst. Wir haben auch hier eine Fraktion sitzen, die vor zehn Jahren mit dem Plakat angetreten ist, man müsste die politische Korrektheit auf den Haufen der Geschichte werfen. Was dann gefolgt ist, ist, dass die Grenzen des Sagbaren immer so stückchenweise erweitert wurden. Damit hat auch das, was von Menschen gemacht wird, eine entsprechende Härte erreicht. Das wird jetzt aber langsam nicht mehr hingenommen und dazu führt eben die Selbstenttarnung, weil es übertrieben wurde, weil sehr viele Menschen mittlerweile sagen, Hass und Hetze lassen wir uns nicht mehr gefallen, wir lassen

(Abg. Marx)

uns auch das demokratische System nicht kaputtreden. Und es wird Ihnen auch nicht gelingen, dieses System kaputtzustimmen.

Wir haben ein Bündnis „Weltoffenes Thüringen“ hier in unserem Land und mittlerweile sind dort – Stand heute – 7.024 Mitglieder auf der Website verzeichnet. Das sind keineswegs nur Einzelpersonen. Das sind ganz viele große Firmen, das sind Sozialverbände, das sind Universitäten, das sind Kulturschaffende, das sind Kultureinrichtungen. Jüngst hat auch der Thüringer Landtag sich dazu bekannt, in diesem weltoffenen Thüringen mitzuarbeiten. Da gibt es einzelne Statements von ganz normalen Menschen auf dieser Website – die können Sie sich gern mal durchlesen –, die uns zum Beispiel das mitgeben: Ein Leben in Freiheit braucht Vielfalt und Weltoffenheit Mitmenschlichkeit und Respekt. – Gucken Sie sich vor diesem Hintergrund manches Gerede hier im Haus an oder manche Drohung draußen und Sie sehen, dass wir hier lernen könnten.

Die Bauhaus-Universität bleibt neugierig, mutig und zuversichtlich. – Auch das ist was, was reaktionäre Menschen nicht wollen. Und dann eine Frau mit dem schlichten und einfachen Satz: Menschenrechte sind kein Privileg. – Das ist vielleicht auch mal ein sehr, sehr wichtiger Satz, wenn man sich vor Augen führt, dass der Europa-Spitzenkandidat der AfD in seinem Buch etwas davon geschrieben hat, dass das Völkerrecht nicht auf alle Völker gleichermaßen Anwendung finden könne. Natürlich werden sicherlich auch Mitglieder der AfD dann sagen, ja, wir werden ja auch immer mal bedroht und betroffen. Aber die Frage ist: Von wem geht der Hass aus und was entgegnen wir?

Ich möchte mich ausdrücklich bei den Bürgerinnen und Bürgern bedanken, die in den letzten Wochen auf der Straße gesagt haben, wir machen da nicht mit, wir sind für die Demokratie, wir sind gegen Gewalt in der politischen Auseinandersetzung. Wir wollen den politischen Diskurs aufrechterhalten, aber eben in Freiheit und Respekt, nicht in Hass und gegenseitiger Verleumdung und Diskriminierung.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Respekt vermissen wir auch manchmal!)

Ja, also, wenn Sie jetzt dazwischenrufen, ich sehe Sie von der AfD da jetzt alle sitzen und ich kann Ihnen nur sagen: Ich werde nicht so weit gehen, dass ich jemandem von Ihnen irgendwie Mist vors Haus kippen würde, obwohl meine Sympathiewerte für Sie sehr weit im negativen Bereich liegen. Denn mit dem Mist kann man auch vernünftige Dinge machen, als ihn anderen Leuten vors Haus zu schütten.

(Beifall SPD)

Deswegen denke ich, dass wir alle gemeinsam hier in der Verantwortung sind, dass wir von den demokratischen Fraktionen und Parteien die Demokratie hochhalten, dass wir den Diskurs nicht vergiften, dass wir uns unterhaken und dass wir es dann vielleicht so machen wie die junge Frau in Chemnitz, als dort einige Nazis zur Hetzjagd aufgebrochen sind und sie einfach gerufen hat: Hase, du bleibst hier! – So viel zum kommenden Osterfest.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Frau Kollegin Marx. Ich rufe für die AfD-Fraktion Herrn Abgeordneten Mühlmann auf.

Abgeordneter Mühlmann, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, das passendste Wort für die Aktuelle Stunde der SPD, die treffendste Beschreibung ist wohl das Wort „Doppelmoral“. Man kann das durchaus noch ergänzen mit den Worten „entlarvend“ und „schäbig“.

(Beifall AfD)

Ich will dabei die Verwerflichkeit der jüngsten Taten überhaupt nicht in Abrede stellen, aber ich muss ganz klar kritisieren, dass dieser

(Zwischenruf Abg. Montag, Gruppe der FDP: Aber immer „aber“!)

Innenminister, der jetzt gerade rausgeht, weil er es nicht hören will und kann, immer und bei jeder Straftat die Aufgabe hätte, diese auch gegebenenfalls öffentlichkeitswirksam zu verurteilen und dass dieser SPD-Kurzzeit-Bundestagskandidat in der Abteilung Verfassungsschutz des Innenministeriums neutral jeden Extremismus bekämpfen müsste. Tun aber beide nicht – im Gegenteil.

(Beifall AfD)

Der Innenminister wird offensichtlich erst dann wach, wenn Parteifreunde von Straftaten betroffen sind. Dass vorher beispielsweise seit 2018 von immerhin 268 Angriffen auf Wahlkreisbüro in drei von fünf Fällen – das sind 152 von den 268 Angriffen – die AfD betroffen war und die anderen Parteien lediglich 115 Mal, sollte eigentlich Grund genug sein, als Innenminister genauso nervös auf- und abzuspringen wie Herr Maier es seit dem 20. Februar öffentlich in der Presse vollführt.

(Beifall AfD)

Und der Kurzzeit-SPD-Bundestagskandidat vom Verfassungsschutz, der müsste immer und gegen jeden Extremismus öffentlich wettern. Das tut er auch. Aber wie? Letzte Woche zum Beispiel sagte er in Bezug auf den linksextremistischen Anschlag bei Tesla, ich zitiere: „Waren es gestern noch Aktionen, bei denen die Luft in den Reifen von SUVs abgelassen wurde, sind es heute Brandanschläge gegen die kritische Infrastruktur.“ Ganz ehrlich, als ich das gelesen habe, ist mir fast das Frühstück aus dem Mund gefallen. Luft ablassen, ernsthaft? Ist das das Problem? In Thüringen haben Linksextremisten in den vergangenen Jahren auf offener Straße organisiert und geplant gezielt Menschen aus politischen Gründen mit Hämmern und Totschlägern angegriffen.

(Beifall AfD)

Linke haben sich als Polizisten ausgegeben, sind zur Nachtzeit in eine Wohnung einer jungen Familie rein, haben die schwangere Freundin schwerstens misshandelt, Linksextremisten sind durch Thüringen gezogen und haben in ganzen Brandserien gezielt Objekte in Schutt und Asche gelegt, weil diese der rechten Szene zugeschrieben wurden, und dem Abteilungsleiter im Innenministerium fällt ein „Luft ablassen“. Ernsthaft? Das kann es doch wohl nicht sein.

(Beifall AfD)

Aber okay,

(Zwischenruf Maier, Minister für Inneres und Kommunales: Das stimmt doch nicht!)

Ja, lesen Sie es nach, ist gut. Keine Zwischenrufe von der Regierungsbank, Sie haben die Geschäftsordnung offensichtlich nicht verstanden.

(Abg. Mühlmann)

(Beifall AfD)

Also wirklich, Sie können es doch richtigstellen.

(Beifall AfD)

Aber wo soll es auch herkommen?

(Zwischenruf Maier, Minister für Inneres und Kommunales: Das muss ich mir von Ihnen nicht sagen lassen!)

Wo soll es auch herkommen, wenn sich selbst der Chef der beiden öffentlich erst bei Angriffen –

(Zwischenruf Maier, Minister für Inneres und Kommunales: Sie lügen, was das Zeug hält!)

Ist es jetzt mal gut? Also, wirklich. –

Vizepräsident Bergner:

Herr Minister, bitte. Jetzt bitte ich um Ruhe.

Abgeordneter Mühlmann, AfD:

auf undemokratisch agierende Parteien. Der Ministerpräsident – um jetzt noch mal von vorn anzufangen, weil ich leider nicht ausreden konnte – meldet sich erst dann zu Wort, wenn es Angriffe auf die undemokratisch agierenden Parteien hier gibt. Erst, wenn Linke & Co. betroffen sind, kommt der linke Ministerpräsident aus seiner Staatskanzlei raus und spricht von roher Gewalt gegenüber Demokraten, die angeblich aus Städten vertrieben werden. Und da ist sie wieder in voller Pracht und Schönheit: Doppelmoral.

(Beifall AfD)

Dass nämlich in der Zwischenzeit thüringenweit die Angriffe auf Amts- und Mandatsträger mit einer rechten Motivation glücklicherweise seit Jahren nicht weiter ansteigen, dafür aber links Jahr für Jahr intensiver werden und bereits doppelt so oft jährlich vorkommen wie die rechten Taten, das vergisst dieser rote Ministerpräsident, denn das passt ja nicht ins Weltbild.

(Beifall AfD)

Man könnte jetzt noch fragen, vielleicht richtet es ja die Presse? Aber nein, die hofiert lieber die ihr angenehme Politik, wenn es gemeinsam gegen die unliebsame politische Opposition geht. Oder gab es, als 43 Prozent der Angriffe auf Wahlkreisbüros die AfD betrafen, eine derart umfangreiche und aufgeblasene Berichterstattung wie in den letzten Wochen? Nein, die gab es nicht. Also, alle miteinander vielleicht mal abrüsten und zumindest Gleiches mit Gleichem vergleichen und stets ausnahmslos weniger im Sinne der Doppelmoral unterwegs sein. Alles andere ist schlicht undemokratisch, aber da sind Sie ja hier Meister.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Herr Mühlmann. Jetzt erteile ich Frau Abgeordneter Henfling für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Abgeordnete Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Man weiß ja immer gar nicht so richtig, was man nach so einem Redebeitrag, in dem Herr Mühlmann,

(Zwischenruf Abg. Mühlmann, AfD: Mit Fakten haben Sie es nicht so, ist schon klar!)

einmal irgendwie – keine Ahnung – vom Höckchen zum Stöckchen gekommen ist, aber nicht beim Thema geblieben ist und versucht hat, wieder Dinge zu konstruieren, die – na ja, Sie machen das ja insofern ganz geschickt, Sie suchen sich ja immer Sachen raus, die die Leute irgendwie mal gehört haben in der Öffentlichkeit, und dann konstruieren Sie sozusagen noch was dazu, wie es Ihnen gerade passt. Sie haben die Brandserie angesprochen, beispielsweise, die liegt beim Generalbundesanwalt, und der Generalbundesanwalt hat zum Beispiel bisher keine eindeutigen Indizien, dass das irgendwas mit linken Strukturen zu tun hat, und das lassen Sie einfach weg, und das ist das Hauptproblem, im Umgang.

(Zwischenruf Abg. Mühlmann, AfD: Ich lasse es nicht weg!)

Doch, Sie haben es weggelassen. Nein, stimmt, Sie haben es nicht weggelassen, Sie haben es konstruiert, dass es sozusagen Linksterrorismus ist. Entschuldigen Sie bitte, da war ich ungenau, das bin ich ungern.

Ich weiß gar nicht so richtig, was man in dieser Aktuellen Stunde eigentlich noch sagen sollte. Ich finde, mit Blick auf die letzten Wochen liegt, glaube ich, eindeutig auf dem Tisch und wir spüren das alle – wir selber, weil wir betroffen sind, aber, ich glaube, auch die Menschen in Deutschland –, was hier eigentlich gerade passiert, dass insbesondere die AfD, aber auch weite Teile des konservativen Lagers gerade sehr stark dafür sorgen, dass der demokratische Diskurs einerseits immer weiter nach rechts verschoben wird, dass aber vor allen Dingen auch der demokratische Diskurs an ganz vielen Stellen kaputt gemacht wird. Und der wird deswegen kaputt gemacht, weil er sich eben nicht sachlich auf Themen bezieht und weil er nicht versucht, das zu tun, was eigentlich unsere Aufgabe auch als Abgeordnete in dieser Gesellschaft oder als Politiker in dieser Gesellschaft ist. Wir sind ja Stellvertreterinnen für die Menschen und sollen auch in deren Stellvertretung Diskurse führen. Und mein Gefühl ist, dass wir diese Diskursfähigkeit in den letzten Monaten stark verloren haben. Das finde ich problematisch und dass einige sich dazu berufen fühlen, den Leuten nach dem Mund zu reden und vor allen Dingen der AfD nach dem Mund zu reden, führt halt eben auch dazu, dass andere wiederum das dann irgendwann spüren.

Aus Worten werden Taten. Das hört sich immer ein bisschen so an, wie eine Binsenweisheit, aber genau das ist ja der Punkt, wenn man gegen bestimmte Gruppen, wenn man gegen bestimmte Menschen in einem Staat hetzt, dann hat das vor allen Dingen am Ende Auswirkungen auf diese Menschen. Dann werden die angegriffen, psychisch und physisch angegriffen, und da rede ich nicht nur von uns als Politikerinnen. Robert Habeck hat das schön gesagt, der hat gesagt: Wissen Sie was, ich habe ja Polizeischutz, ich bin eigentlich nicht derjenige, der am meisten gefährdet ist in dieser Gesellschaft. Ich würde als Abgeordneter auch nicht sagen, ich bin nicht diejenige, die am meisten gefährdet ist in dieser Gesellschaft, als Grüne vielleicht noch mal mehr als andere Kolleginnen momentan. Aber am meisten gefährdet sind die Menschen ...

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Da müssen Sie mal in die Opferrolle reinschlüpfen!)

Ach wissen Sie was, Sie können sich Ihre Opferrolle mal sonst wohin stecken, Herr Möller.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Henfling)

Am meisten gefährdet sind Menschen in dieser Gesellschaft, die diesen Schutz nicht genießen, die den Schutz der Öffentlichkeit nicht genießen. Das sind Menschen, die sich im Stillen teilweise engagieren, das sind Menschen, die migrantisiert und rassifiziert sind in dieser Gesellschaft. Das sind Menschen ...

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Rassifiziert?)

Ja, rassifiziert. Dass Sie mit dem Wort nichts anfangen können, weil Sie immer noch glauben, es gäbe Rassen in dieser Gesellschaft, ist mir schon klar, Herr Möller.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Sie wissen nicht mal, wie es geschrieben wird, Frau Kollegin!)

Ich weiß sogar, wie es geschrieben wird.

Das sind Menschen, die tatsächlich tagtäglich einer psychischen und physischen Gewalt in diesem Land ausgesetzt sind, wovon wir immer nur die Spitze des Eisbergs sehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich könnte jetzt auch noch viel darüber reden, wie viele Wahlkreisbüros in den letzten Wochen angegriffen worden sind. Das wissen Sie alle, und das ist schlimm, weil es nämlich eine Auswirkung darauf hat, wie wir Wahlkampf führen, weil Menschen auf einmal in einem Bundesland Angst haben müssen, ihre Meinung zu äußern, weil sie nicht einfach frei in den Wahlkampf reingehen können, sondern weil sie sich Gedanken darüber machen müssen: Wenn ich da jetzt meine Flyer verteile, bin ich da sicher, werde ich angegriffen? So was hemmt Menschen und so was macht Demokratie kaputt. Und das ist, glaube ich, das, was wir vielleicht alle mal begreifen sollten. Die Zuspitzung oder die Fokussierung auf ein Feindbild wie die Grünen, wie es auch die CDU oder auch die FPD gerade gern machen, das mag für Sie vielleicht einen kurzen Sieg bedeuten, langfristig bedeutet das Konstruieren von Feindbildern aber in erster Linie, dass wir Demokratie kaputtmachen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sollten sich vielleicht alle klarmachen, wenn wir heute hier rausgehen und wenn wir in dieses Wahlkampfjahr starten, dass wir vielleicht zweimal überlegen, bevor wir etwas sagen, wie wir mit unserem Gegenüber umgehen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Frau Henfling. Ich rufe jetzt für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Walk auf.

Abgeordneter Walk, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Besucher, zunächst einmal bin ich den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion dankbar für das Aufgreifen dieses wichtigen und sensiblen Themas. Allerdings, das wissen wir auch hier im Hohen Haus, ist es auch traurige Realität, dass wir hier im Plenum dieses Thema in regelmäßigen und vor allen Dingen immer kürzer werdenden Abständen auf die Tagesordnung setzen und setzen müssen. Die Debatten laufen immer ähnlich: Wir haben Provokationen von der einen Seite, wir haben am Ende der Debatte einen großen Schulterchluss, wie ich finde, von den demokratischen Kräften, die dann zum Schluss immer sagen: Also das, was wir jetzt festgestellt haben, das ist ziemlich schlimm und so darf es eigentlich auch nicht weitergehen.

Wenn wir ehrlich sind – das gehört auch dazu –, müssen wir heute feststellen, dass alles das, was wir hier besprochen haben, unterm Strich wenig weitergeholfen hat, wenn man sich die nackten Zahlen anschaut.

(Abg. Walk)

Fakt ist, dass spätestens seit dem 19. Februar dieses Jahres mit dem Brandanschlag auf das Wohnhaus des SPD-Politikers im Landkreis Gotha in der Tat eine weitere Grenze überschritten wurde. Es ist nur konsequent, Herr Minister, dass durch unsere Polizei mit einer eigenen Arbeitsgruppe, übrigens im zweistelligen Bereich – ich glaube, das ist keine Selbstverständlichkeit, aber es ist konsequent und es ist richtig –, so agiert wird und dass die Ermittlungen auch mit Hochdruck geführt werden. An der Stelle herzlichen Dank an unsere Sicherheitsbehörden.

(Beifall CDU)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, betrachten wir die Straftaten – ich bin immer noch bei der Analyse – und Angriffe auf politische Amtsträger – dieses Phänomen wird ja erst seit Kurzem erfasst –, dann wird erschreckend deutlich, dass sich diese Zahl von 2019 – damals gab es 14 Angriffe auf Mandatsträger und im Jahr 2022 waren es bereits 79 Fälle – verfünffacht hat. Noch extremer ist die Entwicklung bei den Angriffen auf Wahlkreisbüros: In 2022 waren es 63 Angriffe, im Jahr davor noch 48, also auch hier eine Steigerung um die Hälfte. Ich gehe davon aus, Herr Minister, dass Sie die aktuellen Zahlen nennen werden. Diese Zahlen müssen uns wirklich beunruhigen, weil sie explodiert sind und es im Wahljahr auch nicht besser werden wird, sondern es eher noch negativer werden wird.

Als Zwischenfazit halte ich fest: Anschläge und Gewalt gegen politisch Andersdenkende sind unerträglich und sind durch nichts zu rechtfertigen. Die aktuellen Angriffe auf Parteibüros und Wohnhäuser zeigen aber auch – wir haben es eben schon gehört bei Frau Kollegin Marx und Henfling –, das politische Klima im Land ist angespannt und der Vertrauensverlust der Menschen in die Demokratie ist wirklich mit den Händen zu greifen. Wir wissen auch, unsere Demokratie lebt gerade vom Engagement der Menschen, und hinter diesen Menschen gerade auch im Ehrenamt stehen immer auch Familien. Wenn politisches Engagement aus Angst vor solchen Angriffen unterbleibt, dann hat das Auswirkungen auf unsere Gesellschaft als Ganzes.

Herr Minister, Sie haben jetzt vorgeschlagen, gemeinsam mit der Justizministerin einen Sicherheitsgipfel durchzuführen. Dem kann man nur zustimmen. Ich hoffe nur – und das ist auch mein Anspruch –, dass es nicht bei einer sozusagen informellen Austauschrunde bleibt, sondern dass auch ganz konkrete Maßnahmen auf den Weg gebracht werden. Dabei will ich gern helfen.

Ich mache gleich sieben konkrete Vorschläge, was wir gemeinsam tun können. Erstens: Als Grundlage brauchen wir ein tagaktuelles politisches Lagebild über Umfang, Ausmaß und Erscheinungsformen von Hass und Gewalt gegen politische Amtsträger. Das ist heute das Thema. Wir haben aber vernommen, dass aktuell das Landeskriminalamt Thüringen das auch so vorgesehen hat.

Punkt zwei: Nach wie vor benötigen wir aus unserer Sicht eine Thüringenstudie zur Bedrohungssituation von Amts- und Mandatsträgern nach dem Vorbild Brandenburgs. Ich denke, der Landespräventionsrat wäre da die richtige Adresse.

Punkt drei: Wir brauchen starkes und gut qualifiziertes Personal bei der Polizei und beim Verfassungsschutz – Stichwort „digitale Ermittler, digitale Cyber-Cops, Forensiker und IT-Spezialisten“ – gerade für Hass und Hetze im Netz.

Vierter Punkt: Auch die Justiz hat noch Hausaufgaben zu erledigen. Ich denke hier an Sonderdezernate bei der Staatsanwaltschaft.

Fünftens: Immer noch nicht konsequent umgesetzt sind die Auskunftssperren von Adressen gefährdeter Personen im Melderegister und nicht zuletzt die bessere Bekanntmachung und Vernetzung der vielfältigen

(Abg. Walk)

sinnvollen Beratungsangebote, wie Hotlines oder die Elly-Opferberatungsstelle bzw. die Hate-Speech-Stelle. Das ist aus meiner Sicht dringend geboten.

Letzter Punkt: Ich schließe und werde nicht müde zu sagen, was ich immer bei solchen Reden auch am Schluss sage: Demokratie ist ein zartes Pflänzchen, sie ist angreifbar und verletzlich. Deswegen müssen wir sie alle bewahren und schützen. Klar ist auch, niemand kann diese Mammutaufgabe allein lösen, kein Bündnis, nicht die Kirche, nicht die Vereine, die Parteien, Institutionen oder Sicherheitsbehörden und Polizei, auch nicht einzelne Akteure, egal, wie aktiv sie sein mögen. Unsere Demokratie bewahren und schützen, das gelingt nur gemeinsam. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Herr Kollege Walk. Ich rufe für die Fraktion Die Linke Frau Abgeordnete König-Preuss auf.

Abgeordnete König-Preuss, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen und auch die Zuschauerinnen und diejenigen am Livestream, jetzt hatten wir hier gerade den Versuch des erneuten Sich-als-Opfer-darstellen dieser Rechtsaußenpartei. Ich will an der Stelle mal ein paar Zahlen bringen, weil das ja immer so gern negiert wird von denen. Bundesweit gingen im Jahr 2023 80 Prozent der Angriffe auf Büros und Parteien von demokratischen Fraktionen. Sie stellen sich hier vorn hin und tun so, als ob Sie diejenigen wären, die am meisten und am stärksten und weiß ich nicht was auch immer bedroht wären. Und das als eine Partei, in der Faschisten sind, und zwar nicht nur als Abgeordnete, sondern auch als Mitarbeiterinnen, muss man an der Stelle sagen, und das nicht nur wegen der Recherche, die gestern veröffentlicht wurde,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern zumindest diejenigen, die sich ein bisschen auskennen, wissen ja auch, wer hier im Thüringer Landtag durch diese Partei finanziert und bezahlt wird und wohin diese Personen unter anderem Verbindungen haben und für was die dann wiederum verantwortlich sind. Ich will, um das nicht so im Unkonkreten zu belassen, dann zumindest mal auf zwei, drei Sachen hinweisen. Was immer gern unterschlagen wird, ist, dass der Brandanschlag eine Eskalation in Thüringen ist, eine Eskalationsstufe hier in Thüringen. Aber ich finde, wir dürfen nicht dazu übergehen, zu vergessen, was in den vergangenen Jahren schon passiert ist und was auch schon aus der Saat der AfD und von rechts außen hervorgegangen ist, nämlich Walter Lübcke, der durch einen Neonazi ermordet wurde, der wiederum die Thüringer AfD unterstützt hat, der bei deren Kundgebungen und Demonstrationen war, sich von den Reden hat beschallen lassen und an diese auch Geld gespendet hat. Ich würde darum bitten, dass es uns gelingt, nicht immer wieder alles als eine neue Eskalationsstufe darzustellen, sondern festzuhalten, dass in diesem Land Menschen, die sich für die Demokratie einsetzen, und zwar von der CDU bis hin zur Linkspartei oder auch, um es noch deutlicher zu machen, vom konservativen Spektrum bis hin zu Antifaschistinnen, von diesen Rechtsaußenkreisen angegriffen, verletzt, diskreditiert und eben gegebenenfalls auch getötet und ermordet werden. Ich glaube, wenn uns das gelingt, das zu verstehen, dass es nicht um den einzelnen neuen Fall geht, sondern darum, was diese antifeministischen, rassistischen, antisemitischen und teils eben auch neonazistischen Strukturen anrichten, wozu die AfD mit zu rechnen ist, dann, glaube ich, würde es uns einfacher fallen, auch parteiübergreifend im demokratischen Spektrum die Solidarität zu bekunden, und das nicht nur dann, wenn es

(Abg. König-Preuss)

die jeweils eigenen Leute, die jeweils eigenen Büros gegebenenfalls trifft, sondern eben immer, wenn im demokratischen Spektrum die Angriffe geschehen.

Ezra – darauf hat meine Kollegin schon hingewiesen – hat im letzten Jahr einen Höchststand von entsprechenden Übergriffen gemeldet. Herr Walk hatte auch schon darauf hingewiesen, meine ich, dass es auch in Thüringen neben den Angriffen, auch die entsprechenden Hassnachrichten, Hasskommentare gibt. Da bin ich sehr froh, dass es uns hier gelungen ist, übrigens als eines der wenigen Bundesländer, die Beratungsstelle gegen Hate Speech im Haushalt zu verankern und mittlerweile auch in diesem Jahr fest zu finanzieren

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und dass es da von den demokratischen Fraktionen im Übrigen einen gemeinsamen Schulterschluss zumindest in der Frage der Weiterfinanzierung der Beratungsstelle gegen Hate Speech gibt. Und wie notwendig das ist, glaube ich, zeigen auch die zumindest mir bekannt gewordenen Fälle von Personen, die sich dort hingewendet haben, dass mittlerweile auch Elly – so heißt die Beratungsstelle – an die Grenzen gerät, was sie noch stemmen können mit dem Personal. Dass es aber gebraucht wird, ist, glaube ich, uns allen, die im demokratischen Spektrum engagiert und unterwegs sind, enorm bekannt. Ich glaube, wir alle verteidigen das auch und setzen uns auch weiterhin dafür ein. Es ist übrigens nicht so – auch darauf haben die Kolleginnen uns schon hingewiesen –, dass es ein Novum ist und neu ist, sondern es ist in den vergangenen Jahren häufiger passiert, im Übrigen auch durch ein AfD-Kreisvorstandsmitglied, das an ein Büro mit Sprühfarbe sprühte „Juden – Feinde“, also im Sinne von sind Feinde, oder auch „Linksextreme Schlampe“. All das ist Teil dieser Partei, die hier sitzt, und, ich glaube, dass es enorm notwendig ist, dass wir uns gemeinsam gegen derartige Übergriffe und Angriffe, nicht nur auf Landtagsabgeordnete, sondern insbesondere auf diejenigen, die im ehrenamtlichen Bereich engagiert sind, zusammentun und auch gemeinsam dagegen vorgehen, und das vor allem deswegen, weil es sonst nur eine Frage der Zeit ist, bis in Thüringen Menschen auch verletzt werden und nicht mehr nur Scheiben zerstört werden. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Frau Kollegin. Ich rufe für die Gruppe der FDP Herrn Abgeordneten Montag auf.

Abgeordneter Montag, Gruppe der FDP:

Werter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Werter Herr Mühlmann, kurz zu Ihrem Redebeitrag: Der ist ein bisschen sehr eng, Ihr Blick. Straftaten werden in einem Rechtsstaat verfolgt, auch Straftaten gegenüber Ihrer Partei und Mandatsträgern Ihrer Partei.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt genügend Äußerungen in dieser Gesellschaft aus der politischen Mitte oder sonst wo, die Gewalt gegen jedermann verurteilen, auch Gewalt, egal, aus welcher Ecke sie kommt. Sie sollten vielleicht aufhören, ausschließlich irgendwelchen einschlägigen – vielleicht auch Antifa-, weiß ich nicht – Kanälen zu folgen. Wenn Sie den Blick von Ihrer eigenen Fußspitze weiten würden, dann hätten Sie das auch erkennen können und Ihr Wortbeitrag wäre unnötig gewesen.

(Beifall Gruppe der FDP)

Liebe Frau Henfling, weil Sie das so angesprochen hatten, wir Liberale hätten Feindbilder oder irgendeine Weise, würden das im demokratischen Diskurs so intonieren: Da haben Sie einen falschen Eindruck. Libera-

(Abg. Montag)

le haben keine Feinde im demokratischen Diskurs. Es gibt einzig und allein Feinde der offenen Gesellschaft, gegen die wir uns jeden Tag stellen.

(Beifall Gruppe der FDP)

Und, Frau König-Preuss, es gibt auch keinen Überbietungswettbewerb von Gewalt. Es gibt auch keinen Überbietungswettbewerb von Schuld. Genau diese Frage, nämlich Gewalt gegen Sachen und gegen Menschen abzulehnen, ist doch Grundkonsens einer funktionierenden Gesellschaft.

(Beifall Gruppe der FDP)

Dennoch haben uns die letzten Wochen daran erinnert, wie zerbrechlich eben dann auch diese liberale Demokratie ist, die ja grundsätzlich auf dem Wert der gegenseitigen Toleranz gebaut ist. Da muss man sagen, es darf eben auch keine Toleranz der Intoleranz geben, und dafür haben wir die Instrumente des Rechtsstaats – Herr Mühlmann, Sie wissen das eigentlich gut genug.

(Beifall Gruppe der FDP)

Im Februar wurde das Haus eines Kommunalpolitikers in Waltershausen angegriffen – das wissen wir –, ein Auto in Brand gesetzt, aber auch das Wahlkreisbüro der Präsidentin beschmiert, Scheiben von Wahlkreisbüros der SPD eingeworfen und anderweitig auch dieses Haus hier, unser Parlament, wurde mit Steinen beworfen. Ich sitze in einem Büro, das da getroffen worden ist. Aber das ist nur die Spitze des Eisberges, denn allein im Februar gab es in Thüringen 32 Straftaten zulasten von Amts- und Mandatsträgern. Deshalb ist es ja richtig und wichtig, dass sich der Innenausschuss weiter und vertieft mit diesem Thema beschäftigt, so wie das bereits letzte Woche geschehen ist. Das bestärkt uns als FDP auch darin, unseren Alternativantrag in der Drucksache 7/7243, „Den demokratischen Willensbildungsprozess verteidigen, Angriffen auf politisch engagierte Bürger sowie Amts- und Mandatsträger entschieden entgegenzutreten“, weiterzuverfolgen. Wir setzen da auch auf die Mitarbeit und Zustimmung des Hauses bei einem solch wichtigen Thema.

(Zwischenruf Abg. Bilay, DIE LINKE: Da hatten wir uns doch schon geeinigt!)

Damit komme ich noch mal zum Kern der Aktuellen Stunde, zur Frage, wie wir miteinander umgehen hier in diesem Haus, aber auch über die Medien und wie wir Debattenkultur selbst prägen. Ich muss niemanden an die letzte Fuckup Night erinnern, die, glaube ich, ein Startschuss noch mal war, und daran, selbst auch Demut vor den eigenen Überzeugungen zu üben.

(Beifall Gruppe der FDP)

Wir müssen eben bei unseren Worten achtgeben, nicht ein Klima zu schaffen, dass es all denen, die für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung einstehen und die für uns die Knochen hinhalten, schwermacht, gegen den Extremismus zu bestehen. Da gibt es kein Aufrechnen und gegenseitiges Beschuldigen. Wir alle müssen Gewalt, Hass und Hetze entgegenzutreten.

(Beifall Gruppe der FDP)

Was wir hier am Pult, auch in der Zeitung, in der Öffentlichkeit sagen, wirkt sich auf Fraktionsmitarbeiter, auf die Ehrenamtlichen in Parteien und anderen Initiativen, Organisationen, aber eben auch auf die Staatsbediensteten aus. Unsere Beamtinnen und Beamten in den Behörden verrichten ihre Arbeit in einem Klima, das Menschen mit politischer Verantwortung und medialer Reichweite schaffen. Aufgrund dieser Verantwortung für so viele Menschen darf Gewalt, egal von wem, auch hier vom Pult aus nicht verharmlost oder

(Abg. Montag)

aufgerechnet werden. Dafür brauchen wir den dauerhaften 360-Grad-Blick gegen jede Form des Extremismus.

(Beifall Gruppe der FDP)

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung, die wir verteidigen wollen und müssen und werden, setzt auf die Kraft der Argumente, nicht auf Gewalt, Einschüchterung oder Lautstärke. Daran müssen wir uns alle vielleicht hin und wieder erinnern, wenn wir auch noch ein paar Sekunden Zeit haben auf dem Weg, bis wir uns hier an diesem Pult zur Rede stellen. Vielen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall Gruppe der FDP)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Herr Kollege Montag. Ich habe jetzt aus den Reihen der Abgeordneten keine Redemeldungen mehr. Herr Minister Maier, bitte schön.

Maier, Minister für Inneres und Kommunales:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, meinen Ausführungen zur Aktuellen Stunde möchte ich voranstellen, dass es erklärtes Ziel der Landesregierung und auch meine persönliche Überzeugung ist, dass wir Demokratinnen und Demokraten stärker als je zuvor zusammenhalten müssen, um Hass und Hetze entgegenzustehen. Es ist traurig, dass in diesem Haus zum Thema gemacht werden muss, dass Gewalt in der Aushandlung unseres Zusammenlebens nichts verloren hat. Und wir reden hier nicht über eine Bedrohung, sondern bereits über klar zu benennende Taten, die von Vandalismus und mutwilliger Zerstörung bis zur Bedrohung von Leib und Leben reichen.

Ich möchte an dieser Stelle kurz auf das eingehen, was Herr Mühlmann gesagt hat. Er hat den Versuch unternommen, es so hinzustellen, dass die AfD in erster Linie von politisch motivierter Kriminalität betroffen ist, wenn es um Angriffe auf Büros geht. Wenn ich jetzt die Zahlen vorlese, werden Sie merken, dass das nicht so ist. Aber ich möchte vorausschicken, dass jeder einzelne Angriff auf Ihre Büros oder Abgeordneten, Mandatsträger Ihrer Partei von mir natürlich auch verurteilt wird, und das auch immer sehr deutlich.

Wir hatten im letzten Jahr, im Jahr 2023, tatsächlich 24 Angriffe auf Ihre Büros. Das hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert. Wir hatten im letzten Jahr 26 Angriffe allein auf Büros der SPD, und da sind die aktuellen nicht mit drin. Wenn ich jetzt die anderen demokratischen Parteien zusammennehme, waren das 30 Angriffe und auch das waren fünf mehr, bei der SPD, wie gesagt, 26. Das war eine Steigerung von 20. Also in der Summe ist es so, dass tatsächlich die demokratischen Parteien mehr als doppelt so oft angegriffen werden wie die AfD.

Wie gesagt, hier geht es nicht darum, eine Bilanz zu ziehen und zu sagen, wer vorne ist, wer hinten ist. Jeder einzelne Angriff ist abzulehnen. Aber was auch abzulehnen ist, ist, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen: Allein die AfD oder besonders die AfD wäre betroffen und der Minister würde sich nicht klar zu diesen Angriffen oder aber auch zu anderen Straftaten im Bereich der politisch motivierten Kriminalität, die linksextremistisch motiviert sind, äußern. Das habe ich immer getan. Deshalb haben Sie eben die Unwahrheit hier behauptet, dass ich das nicht täte, im Übrigen auch der Präsident des Amtes für Verfassungsschutz. Sie können das auch in der Mediathek noch nachvollziehen. Im letzten Jahr war ich sogar in den „Tagesthemen“ in einem Interview genau zu diesem Thema. Ich wurde befragt zum Thema „linksextremistische Gewalt“ und was ich davon halte. Also, das ist etwas, wo ich sagen würde, das ist genau das, was natürlich bedient, was

(Minister Maier)

Sie hier auch provozieren wollen mit diesen falschen Äußerungen. Das ist kennzeichnend für eine Partei wie Ihre, dass man einfach die Öffentlichkeit flutet mit Falschbehauptungen, die Dinge verdreht und Amts- und Mandatsträger – hier geht es nicht um mich, aber Sie haben es eben getan – versucht, verächtlich zu machen, versucht, in der Öffentlichkeit in ein Licht zu stellen, was eben nicht zutreffend ist. Und das haben Sie hier sehr, sehr eindrücklich heute dargeboten. Und das – glaube ich – wird auch allen Anwesenden und allen Menschen, die uns bei dieser Diskussion gefolgt sind, deutlich geworden sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte es in diesem Rund klar benennen: Es gibt Nutznießer der Erschöpfung aus Dauerkrisen, der Verunsicherung aufgrund geopolitischer Verschiebungen, Kriege und der Ängste vor Veränderung. Es gibt politische Strömungen, die hier in diesem Haus leider auch vertreten sind, die mit einem erstarkenden Populismus und scharfer Elitenkritik – was es eben auch gegeben hat – versuchen zu spalten, um sich den Raubbau an der demokratischen, an der parlamentarischen Demokratie in zynischer Manier zunutze zu machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der demokratischen Parteien und aller Demokratinnen und Demokraten da draußen und hier drin: Dem müssen wir ganz klar entgegentreten. Und es tut sich etwas, das ist ja das Gute. Es tut sich etwas in unserem Land. Unsere Gesellschaft zeigt mit großer Vehemenz und auch mit großer Mehrheit, wo sie steht. Sie lässt es nicht zu, dass Rechtsextremisten, Rechtspopulisten allein den Ton in der öffentlichen Debatte bestimmen, und ebenso die mediale Tagesordnung. Tausende Konservativer, Liberaler und Sozialdemokraten, Vertreterinnen und Vertreter der Grünen und der Linken oder Anhängerinnen waren auf der Straße und haben ganz klar deutlich gemacht, wo sie stehen. Sie ziehen gemeinsam die Grenze zwischen den Demokraten und denen, die die Demokratie verachten und zerstören wollen. Wie wichtig das ist, zeigen Vorfälle aus der jüngsten Zeit, bei denen Veranstaltungen blockiert wurden, Politikerinnen und Politiker angegriffen wurden, das politische Gespräch sogar verhindert wurde.

Es braucht deshalb eine breite Allianz der Demokraten, damit nicht das erodiert, was uns ausmacht, die politische Kultur der Offenheit und der Vielfalt, in der der Kompromiss nicht verächtlich gemacht wird, sondern das als notwendiger Ausgleich zwischen den gesellschaftlichen Gruppen geachtet wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Demokratie braucht Institutionen und Menschen, die in ihnen Verantwortung übernehmen. Wir sollten deshalb die Institutionen unserer Demokratie stärken und sie vor dem Verächtlichmachen schützen. Es ist inakzeptabel, wenn politische Versammlungen gewaltsam gesprengt werden, wenn kleine Gruppen von Demokratiefeinden demokratische Proteste unterwandern, wenn Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker bedroht oder Abgeordnetenbüros, ja, sogar private Wohnhäuser angegriffen werden.

Unsere Parlamente, unsere Regierung, unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, aber auch wenn Sie vielleicht nicht jeden Tag alles richtigmachen: Sie sind nicht „die da oben“, sondern sie sind bei einer Demokratie legitimiert durch Wahlen und sie tragen Verantwortung auf Zeit.

(Beifall SPD)

Aber nicht nur auf sie kommt es an. Wir brauchen nicht nur einige, die die Politik als Beruf ausüben, nicht nur einige mehr, die es im Ehrenamt tun, sondern wir brauchen die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, die dieses Gemeinwesen zu ihrer Sache machen und sich für unsere und die Demokratie insgesamt engagieren. Ich rufe deshalb dringend dazu auf, sich für die zahlreich anstehenden Wahlen aufstellen zu lassen oder in anderer Form einzubringen.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Machen wir!)

(Minister Maier)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein, die demokratischen!)

Vielen Dank für die Klarstellung.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Landesregierung hat auf die Entwicklung bereits vor geraumer Zeit reagiert. Mehrfach wurden auch im Rahmen von Plenarsitzungen die bestehenden Hilfs- und Informationsangebote bereits genannt. Ich möchte sie noch mal ganz kurz zusammenfassen: Im Jahr 2018 wurde eine zentrale Informationsstelle zum Umgang mit sogenannten Reichsbürgern eingerichtet, die alle Informationen zu diesem Themenkreis aus dem Bereich der Landes- und Kommunalverwaltung zusammenführt. Sie ist über eine Telefon-Hotline und eine eigene E-Mail-Adresse erreichbar. Zusätzlich wurde im Jahr 2019 eine zentrale Telefon-Hotline für kommunale Amts- und Mandatsträger bei der Landespolizeidirektion eingerichtet. Diese Hotline steht natürlich auch Abgeordneten des Thüringer Landtags zur Verfügung. Damit stehen zwei zentrale Ansprechstellen des Landes zur Verfügung. Als Landesregierung senden wir hiermit das klare Signal an die auf Landes- und Kommunalebene engagierten Amts- und Mandatsträger, dass sie im Falle einer Beleidigung oder Bedrohung eben nicht alleine stehen und dass der Staat bereit ist, sie jederzeit zu unterstützen und unmittelbar zu handeln.

Zusätzlich ging mit der Beratungsstelle für Hate-Speech-Opfer eine weitere Ansprech- und Informationsmöglichkeit für von Hass und Hetze im Internet Betroffene und damit natürlich auch für die Amts- und Mandatsträger im Freistaat Thüringen an den Start.

Die Thüringer Polizei wird bei der Bekämpfung von Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger einschließlich der Angriffe auf Wahlkreisbüros weiter alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Ausübung des freien Mandats zu ermöglichen. Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger werden auch von der Thüringer Justiz mit besonderer Priorität verfolgt. Die Staatsanwaltschaften in Thüringen bejahen bei Straftaten zum Nachteil von kommunalen Amts- und Mandatsträgern regelmäßig das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung. So wird in derartigen Fällen bereits aufgrund der Stellung des Verletzten im öffentlichen Leben, die in der Inhaberschaft eines öffentlichen Amtes begründet ist, grundsätzlich von einer Verweisung des Verletzten auf den Privatklageweg abgesehen. Es bleibt die Aufgabe der Thüringer Polizei, den politischen Meinungsstreit und die Meinungsfreiheit zu schützen, aber gleichzeitig dann tätig zu werden, wenn die Schwelle der freien Meinungsäußerung überschritten wird. Die Thüringer Sicherheitsbehörden unternehmen alles Erforderliche, um Gefahren rechtzeitig zu erkennen und zu minimieren. Sie beurteilen fortlaufend die Lage, um beim Vorliegen konkreter Gefährdungserkenntnisse Schutzmaßnahmen umzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die genannten Maßnahmen sind Hilfestellungen, um Recht und Gesetz durchzusetzen. Ich will jedoch nicht verhehlen, dass es weitere vorausschauende Maßnahmen und gesamtgesellschaftliche Anstrengungen braucht, um unsere Demokratie abwehrbereit zu machen. Wir müssen sie besser, nachhaltiger vor Extremisten schützen. In der Thüringer Verfassung wie im Strafrecht sind Instrumente festgeschrieben, um Angriffe abzuwehren. Volksverhetzung, Aufrufe zu Gewalt und gewalt-same Versuche, die freiheitliche Ordnung zu stören – wo sie stattfinden, dürfen wir sie nicht hinnehmen. Verfassungsfeindliche Organisationen können verboten werden. Vor allem aber müssen wir Mittel und Wege finden, um gegen Netzwerke vorzugehen, die verfassungsfeindliche Ideen füttern, finanzieren und verbreiten.

(Beifall SPD, Gruppe der FDP)

Wir müssen die digitale Debatte demokratietauglich machen. Längst hat sich ein großer Teil unseres Austauschs, unserer Meinungsbildung und unserer Diskussion in den digitalen Raum verlagert. Soziale Medien

(Minister Maier)

dominieren mehr und mehr auch die politische Debatte. Aufgrund der Schnellebigkeit und der Kürze der Beiträge tendieren Debatten auf sozialen Plattformen häufig dazu, Dinge verkürzt darzustellen. Zudem sind die Formate oft gut geeignet, um plakative oder populistische Botschaften zu verbreiten. Wir müssen uns die Frage stellen, wie wir Hass und Hetze im Netz begegnen und diese Kommunikationswege gleichzeitig nutzen, um Bürgerinnen und Bürger richtig zu informieren und einen Raum schaffen, der dem konstruktiven und respektvollen Diskurs dient. Wir brauchen, davon bin ich überzeugt, einen Demokratieschutz im Digitalen, ebenso wie neue Angebote gemeinsamer Erfahrungen und Begegnungen in der analogen Welt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Thüringen stehen wichtige Wahlen an. Deshalb möchte ich noch mal betonen, es ist schlichtweg zentrales Element unserer Demokratie, dass sich möglichst viele Menschen einbringen. Ich möchte jede und jeden ermutigen, bei den Wahlen dieses Jahr anzutreten, sei es für einen Ortschaftsrat, einen Stadtrat, als Bürgermeisterin oder Bürgermeister oder für die Landtagswahl. Die Landesregierung wird den Schutz sowohl von Amts- und Mandatsträgern als auch von Menschen, die noch kein Amt innehaben, aber zu den kommenden Wahlen antreten, in den Fokus rücken. Dafür werde ich mit meiner Kollegin, Justizministerin Denstädt, am 22. März einen Sicherheitsgipfel ausrichten. Zu diesem haben wir die kommunalen Spitzenverbände eingeladen und wollen auch mit engagierten Thüringerinnen und Thüringern ins Gespräch kommen, die sich zivilgesellschaftlich für die Demokratie und unsere Gesellschaft einsetzen. Auf dem Sicherheitsgipfel bringen wir Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden an einen Tisch, um zu beraten, welche Maßnahmen intensiviert werden können und welche neuen Maßnahmen getroffen werden können, um die Menschen zu schützen, die unser demokratisches Miteinander mit Leben füllen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Herr Minister. Nach § 93 Abs. 5 der Geschäftsordnung erhält jede Fraktion und Gruppe noch einmal 2 Minuten Redezeit. Gibt es jemanden, der davon Gebrauch machen will? Davon sehe ich nichts. Damit schließe ich den vierten Teil und rufe den **fünften Teil** der Aktuellen Stunde auf

e) auf Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zu dem Thema: „Schule braucht ein Update – die bildungspolitische Trendwende im Bund für eine echte Strukturreform im Thüringer Bildungswesen nutzen.“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 7/9656 -

Das Wort erhält Frau Abgeordnete Baum für die Gruppe der FDP.

Abgeordnete Baum, Gruppe der FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuschauer, wo auch immer Sie sich befinden! Die Situation an den Schulen in Thüringen und auch anderswo in Deutschland be-

(Abg. Baum)

trifft – und aktuell belastet sie – tagtäglich viele Menschen. Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, aber auch die zugehörigen Familien kämpfen mit Lehrkräftemangel, hohem Krankenstand, Unterrichtsausfall. Auch gesellschaftlich spüren wir Mangel, die Schulabbrecherquote steigt weiter, die Leistungen bei internationalen Tests sind mangelhaft, Unternehmen beklagen die Ausbildungsreife der Absolventen und Schülerinnen und Schüler beklagen die realitätsfernen Unterrichtsinhalte.

Dabei ist es nicht so, als wäre nichts passiert in Thüringen und auch in ganz Deutschland. Warum aber wird es nicht besser? Seit diesem Jahr investiert der Bund mit dem Startchancen-Programm für die nächsten zehn Jahre künftig jedes Jahr 1 Milliarde Euro in die Schulen mit den größten sozialen Herausforderungen, vorrangig an Grund- und Mittelschulen, also dort, wo die Grundlagen gelegt werden.

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Mittelschulen, was ist das? Die gibt es in Sachsen!)

Damit erleben wir einen Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik. Das Programm setzt sich über die eingefahrenen Finanzierungsregeln und die bisherigen Bund-Länder-Beziehungen in der Bildungspolitik hinweg und konzentriert sich auf die konkrete Unterstützung einzelner Schulen. Das Geld soll dort eingesetzt werden, wo es gebraucht wird.

Aber auch dieses Bundesprogramm besteht aus erster Linie aus Geld. Und Geld allein, das haben wir beim Digitalpakt und auch beim Aufholprogramm gesehen, löst als solches keines unserer Bildungsprobleme. Geld muss immer auch auf fruchtbaren Boden fallen. Deswegen muss der Wille, Neues zu wagen, der jetzt aus dem Bund kommt, für Thüringen Inspiration sein, auch hier das Feld des Schulwesens zukunftssicher zu bestellen.

Schule braucht ein Update – kein Upgrade, keine Bugfixes –, Schule braucht ein richtiges Systemupdate.

(Beifall Gruppe der FDP)

Viele der Herausforderungen, die gerade Druck auf das Thüringer Bildungswesen ausüben, haben wir nicht nur in Thüringen zu erleiden oder gar zu verantworten, aber einige sind durchaus hausgemacht. Die Strukturen um Schule sind unflexibel, wenig dynamisch und wenn es hart auf hart kommt ist dann keiner zuständig. Oftmals sind es Kleinigkeiten, die deutlich machen, dass systemisch etwas nicht stimmen kann. Wenn Schulleitungen es leid sind, dem Schulträger zu erklären, warum sie Druckerpapier und Bleistifte brauchen, dann kann das so nicht bleiben. Wenn Projekte, die im Rahmen von „Aufholen nach Corona“ für Schulen aktiv geworden sind, monatelang ihre Rechnungen nicht bezahlt kriegen und das noch nicht mal als Problem gesehen wird, dann kann das so nicht bleiben.

(Beifall Gruppe der FDP)

Wenn Schule digitaler werden soll, aber die Lehrkräfte immer noch nicht wissen, welche Applikationen sie benutzen dürfen und Schulträger das WLAN beschützen wie ihr eigenes Familiensilber, dann kann das so nicht bleiben.

(Beifall Gruppe der FDP)

Unsere Aufgabe in der Politik ist es, dafür zu sorgen, dass Schule stattfindet, dass Qualitätsentwicklung in den Schulen befördert, ja sogar eingefordert wird, dass Lehrkräfte ständig und immer wieder an sich selbst arbeiten dürfen und müssen. Es muss in unserem Interesse sein, den besten und engagiertesten Lehrkräften zur Seite zu stehen. Es geht darum, einen Rahmen zu entwickeln der Orientierung gibt für die Kolleginnen in den Schulen, die entsprechend ihrer pädagogischen Expertise dann Schulentwicklung betreiben wollen. Dabei helfen halbfertige Strukturen nicht. Ein Qualitätsmanagementsystem ist eine gute

(Abg. Baum)

Sache, aber ohne eine Grundlage, also einen Rahmen, was denn Qualität in Thüringer Schulen bedeuten soll, ist es reine Beschäftigungstherapie. Ein duales Studium ist auch eine gute Sache. Aber wenn die inhaltlichen Defizite im Studium nicht angegangen werden und die verschiedenen Wege zum Lehramt nicht sinnvoll ineinandergreifen und sich gegenseitig verstärken, dann sorgt das vielleicht für mehr, aber nicht für bessere Lehrkräfte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus unserer Sicht braucht es auf der einen Seite mehr Pragmatismus bei der Lösung der aktuellen Probleme und auf der anderen Seite mehr Weitsicht und einen klaren Rahmen bei der Frage, wie Schule in Zukunft in Thüringen aussehen soll. Zu mehr Pragmatismus – gerade in Sachen Lehrermangel – haben wir vor einiger Zeit in einem Antrag Vorschläge unterbreitet, mit denen wir der Auffassung sind, dass der Druck im System gelindert werden kann. So stellen wir uns vor, dass pädagogisches Personal aus der Verwaltung zurück an die Schulen geht, dass das Schulbudget für Aufsichtsaufgaben freigegeben wird, dass wir Personal aus Hochschule und Erwachsenenbildung einen unkomplizierten Einstieg in den Schuldienst ermöglichen und dass bürokratische Berichtspflichten konsequent geprüft und im besten Fall abgeschafft werden, denn es kommt auf jede Stunde an, die ein Lehrer/eine Lehrerin am Schüler verbringen kann.

(Beifall Gruppe der FDP)

Was die langfristige Perspektive angeht, führt aus unserer Sicht kein Weg daran vorbei, Verantwortung für die Thüringer Schulen grundsätzlich neu zu regeln, hin zur eigenverantwortlichen Schule mit mehr Befugnissen für die Schulentwicklung, Personaleinstellung und Budgetbewirtschaftung.

(Beifall Gruppe der FDP)

Hier braucht es mehr Vertrauen für die Akteure vor Ort, weniger Mikromanagement im Ministerium, dafür mehr Servicegedanke an der gleichen Stelle und vor allem mehr Verantwortungsbewusstsein für und vielleicht auch einfach Konzentration auf die Aufgabe als Schulaufsicht und Qualitätssicherung.

(Beifall Gruppe der FDP)

Das Startchancen-Programm ist also nicht nur eine Chance für einen Neustart der Bund-Länder-Beziehungen in der Bildungspolitik, sondern sollte auch Ansporn sein, unser Thüringer Schulsystem jetzt neu zu denken. Unsere Schülerinnen und Schüler verdienen ein Schulupdate – der Auffassung sind wir. Vielen Dank.

(Beifall Gruppe der FDP)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Frau Kollegin Baum. Das Wort für die Fraktion Die Linke erhält jetzt Abgeordneter Wolf.

Abgeordneter Wolf, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, als Erstes: Tagesaktuell möchte ich der CDU-Fraktion gratulieren. Sie hat nämlich mit dem heutigen Tag ihren Frauenanteil um 50 Prozent gesteigert – fünf Tage nach dem Frauentag, herzlichen Glückwunsch, liebe CDU-Fraktion.

(Zwischenruf Abg. Montag, Gruppe der FDP: Die hatten schon zwei Frauen!)

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Rechnen kannst du auch nicht!)

Um 50 Prozent gesteigert, nicht auf 50, sondern um 50 Prozent. Jetzt haben Sie immerhin drei Frauen.

(Abg. Wolf)

Ihnen, Frau Kollegin Polster, herzlich willkommen und viel Erfolg bei Ihrer Arbeit!

Zur Aktuellen Stunde: Die Gruppe der FDP setzt am richtigen Punkt an, nämlich an den Problemen, die wir an unseren Schulen haben – Frau Baum –, meint aber tatsächlich, dass durch ein Startchancen-Programm – und das stellt sie als besonders heraus –, welches wir als Land im Übrigen zu 50 Prozent finanzieren und wofür sich die Länder selbst besonders stark gemacht haben, die Blockaden gelöst werden können.

Tatsächlich ist es derzeit so, dass die CDU im Bundesrat dieses Startchancen-Programm immer noch blockiert –

(Zwischenruf aus der Fraktion DIE LINKE: Hört, hört!)

das muss man hier ja auch mal sagen können – und dass Thüringen bei der Umsetzung des Startchancen-Programms mit am weitesten ist.

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Das hat nicht viel zu sagen!)

– Doch, das hat sehr viel zu sagen. – Aber ich möchte auch noch mal bezüglich der Finanzierung an die FDP appellieren: Sie hatten Ende letzten Jahres die Möglichkeit, zumindest mit Enthaltung oder Zustimmung zum Haushalt auch zu signalisieren, dass Ihnen das auch wichtig ist. Da steht nämlich drin, was Schulen an Ausstattung brauchen. Sie haben dagegen gestimmt. Wie unehrlich ist das denn, bitte schön?

Aber ich glaube eher, hier geht es sowieso mehr um Wahlkampf, auch wenn Kollegin Baum hier einige Ihrer – es waren im Tagesordnungspunkt, glaube ich, 26 – aufgeführten Maßnahmen genannt hat. Ich glaube, liebe Franziska, du glaubst nicht wirklich daran, dass das jetzt in den nächsten drei Tagen noch beraten wird, was schade ist, weil es da wirklich konkret wird. Nichtsdestotrotz setzt dieses Startchancen-Programm an den richtigen Punkten an, aber – und jetzt noch mal in medias res – wir haben in den letzten Jahren immer wieder mal Programme vom Bund bekommen, unter anderem DigitalPakt I. Ich frage jetzt mal auch die an der Bundesregierung beteiligten Parteien: Was ist denn mit dem DigitalPakt II? Das brauchen die Schulen dringend, denn derzeit ist es ja so, dass das eine verhinderte Digitalisierung an den Schulen ist. Sich da bei Ihrer Bundespartei starkzumachen, Kollegin Baum, und tatsächlich dafür zu sorgen, dass die Digitalpakt-II-Mittel auch fließen, das wäre eine echte Maßnahme, um alle Schulen tatsächlich in die Neuzeit zu führen.

(Beifall DIE LINKE)

Zweiter Punkt: Sie wollen ein Update. Ich bin da immer sehr vorsichtig, denn mein Gefühl ist, dass die Schulen vor allen Dingen möglichst viel Ruhe haben wollen, um ihre pädagogische Aufgabe zu erfüllen. Wir sind uns einig, dass alles, was mit Bürokratisierung einhergeht, abgeschichtet werden muss.

Aber, liebe Frau Baum, liebe FDP, liebe CDU, mit dem Schulgesetzentwurf von Rot-Rot-Grün haben Sie genügend Ansatzpunkte, Schulen in die Moderne und die Jetztzeit zu führen. Da steht zum Beispiel Digitalität drin. Das ist in Ihrem Schulgesetzentwurf völliges Brachfeld. Das finden Sie nur bei uns. Da steht zum Beispiel: Mehrpädagoginnensystem, Schulsozialarbeit stärken – bei Ihnen völliges Brachfeld. Da steht zum Beispiel bei uns, Rot-Rot-Grün: praxisorientiertes Lernen stärken. Bei Ihnen völliges Brachfeld, steht nur bei uns. Oder eben auch, dass wir sagen: Ja, wir wollen die BLF, die Besondere Leistungsfeststellung, die eigentlich nur dazu dient, dass Nachhilfeeinstitute an den Schulen immer mehr Geschäftsfelder sehen und lernfreie Zeit entsteht. Das wollen wir abschaffen, brauchen wir nicht. Also wenn Sie wirklich ein Update haben wollen, stimmen Sie doch unserem Schulgesetz zu. Da haben Sie das beste Update, was Sie haben können.

(Abg. Wolf)

(Beifall DIE LINKE)

Ich bin der Meinung, Wahlkampfgetöse gehört im Wahljahr mit dazu.

(Beifall DIE LINKE)

Ich bin aber auch der Meinung, das muss man nicht schon ein halbes Jahr vorher führen, wir haben noch genügend Zeit, Ihr Schulgesetz und unser Schulgesetz auf den Weg zu bringen. Lassen Sie uns da weiter verhandeln und lassen Sie uns das hier auf den Weg bringen. Damit helfen wir Schulen, da bringen wir Schulen tatsächlich Fortschritt. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Herr Kollege Wolf. Ich rufe für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Tischner auf.

Abgeordneter Tischner, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, „Schule braucht ein Update – [...] echte Strukturreform im [...] Bildungswesen [angehen]“. Ja, wir brauchen in der Tat qualitative Veränderungen an unseren Schulen, aber nein, wir sollten uns vor Strukturdebatten am Bildungssystem hüten. Wir brauchen aus unserer Sicht keine zusätzliche Unruhe im Bildungssystem, da unsere Schulen derzeit verunsichert genug sind. Aber ja, da gebe ich Frau Kollegin Baum recht, wir brauchen Ansätze für eine gelingende Schul- und Unterrichtsentwicklung. Eine solche Schwerpunktsetzung verlangt auch ein funktionierendes Unterstützungssystem.

Die Schulentwicklung für die beste Bildung unserer Kinder und Jugendlichen muss aus unserer Sicht aber von der Basis von den Bildungseinrichtungen her passieren. Die Ramelow-Regierung verfolgt aber seit 2014 genau das Gegenteil bei der Schulentwicklung. Schulentwicklung gab es, wenn überhaupt, dann nur von oben. Das unter dem CDU-Bildungsminister Michael Krapp gestartete Programm für eigenverantwortliche Schulentwicklung und die dazugehörigen Evaluationen wurden 2015 sofort ausgesetzt und Rot-Rot-Grün setzte seitdem lieber auf Schulschließungsprogramme

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dazwischen gab es aber noch andere Bildungsminister!)

– immer wieder in den Schulgesetzen vorgelegt. Rot-Rot-Grün setzt auf existenzbedrohende Politik gegen die Förderschulen. Rot-Rot-Grün setzt auch die Überforderung der Regelschulen mit Blick auf die fehlenden Ressourcen für die Migration und für die Inklusion

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

und Rot-Rot-Grün versucht sich lieber an ideologischen Alleingängen bei der Ausbildung von Einheitslehrern. Aber Gott sei Dank haben wir das als CDU-Fraktion erst einmal gestoppt.

Inzwischen gibt es auch eindeutige Indikatoren für diese verfehlte Schwerpunktsetzung Ihrer Qualitätspolitik an den Schulen. Mehr als 10 Prozent der Thüringer Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ohne einen Abschluss. Das ist ein historischer Rekord. An neun von zehn Schulen fällt der Unterricht akut aus, gibt es akuten Lehrermangel. Mindestens jede zehnte Unterrichtsstunde wird in Thüringen nicht gegeben. 1.500 unbesetzte Lehrstellen – das ist jedenfalls offiziell das, was der Staatssekretär zugegeben hat. Wahrscheinlich sind es weit über 2.000 Lehrstellen, die nicht besetzt sind. Und Rot-Rot-Grün hat es geschafft,

(Abg. Tischner)

900 Lehrkräfte seit 2014 abzubauen, aber im selben Zeitraum sind die Schülerzahlen um 23.000 Schülerinnen und Schüler gestiegen.

Meine Damen und Herren, der Schlüssel für gute Unterrichtsqualität sind motivierte und wertgeschätzte Pädagogen. Es sind vor allem auch ausreichend Pädagogen. Aber diese Landesregierung bekommt den Lehrermangel nicht in den Griff. Ich sage es Ihnen heute noch einmal ganz deutlich und fordere Sie auf, auch wenn es die letzten Meter Ihrer Regierung sind: Kommen Sie endlich dazu, dass wir in Thüringen Spitzenreiter bei den Einstellungsverfahren werden und nicht Bummelretter! Sorgen Sie dafür, dass es mehr Ausbildungskapazitäten in Thüringen gibt und dass die Zulassungsbeschränkungen für Lehramtsstudiengänge an den Thüringer Universitäten endlich abgeschafft werden! Und – drittens – sorgen Sie dafür, dass die Seiteneinsteiger, die wir im Bildungssystem haben, tatsächlich auch begleitet und unterstützt und nicht ins kalte Wasser geschupst werden!

(Beifall CDU)

So wird ein entscheidender Beitrag für Qualitätssicherung und -steigerung dann auch tatsächlich gelegt.

Wenn Rot-Rot-Grün Qualitätsprogramme über das Land bringt, dann passiert das seit 2019 in der Regel von oben und nicht von unten. Was waren die großen Schulprogramme in dieser Wahlperiode 2019? Kollege Wolf hat es schon genannt: der Digitalpakt – ein Bundesprogramm. Ein anderes großes Schulprogramm dieser Regierung ist das Corona-Aufholprogramm – ein Bundesprogramm. Und das dritte Schulprogramm in dieser Wahlperiode ist das Startchancen-Programm – ebenfalls ein Bundesprogramm.

Zum Digitalpakt – wir kennen das alles: zu viel Bürokratie, Inseldenken, Kompetenzwirrwarr, fehlende Unterstützungssysteme, fehlende Evaluationen und, und, und. Am Ende war es so, dass von den 132 Millionen Euro nicht einmal 50 Prozent abgeflossen sind.

Zum Corona-Aufholprogramm – auch hier: zu viel Bürokratie, falsche Schwerpunktsetzung, fehlendes Unterstützungssystem, falsche Zielgruppenauswahl. Was war das Ergebnis bei diesem Programm? Von den 53 Millionen Euro, die wir für Thüringer Schulen und Kinder gehabt hätten, hat diese Landesregierung 37 Millionen Euro nicht verteilt, also höchstens 30 Prozent des Geldes wurden tatsächlich genutzt. 70 Prozent des Geldes haben Sie nicht in das Thüringer Bildungssystem gebracht – ein Skandal.

Ja, und beim Startchancen-Programm sagen Sie jetzt, da wird alles besser. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, mir geht es wie der Mehrheit in unserem schönen Freistaat: Ich habe den Glauben daran verloren, dass Rot-Rot-Grün die Bildungsqualität erhöht und den Lehrermangel noch stoppen kann. Danke schön.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Kollege Tischner. Das Wort hat jetzt für die SPD-Fraktion Herr Dr. Hartung.

Abgeordneter Dr. Hartung, SPD:

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, ich würde mal versuchen, zumindest am Anfang zum Thema zu reden. Ich kann die FDP ja mit ihrer Aktuellen Stunde gut verstehen, also das muss man ja hier im Landtag ausgiebig zelebrieren, wenn die Bundesbildungsministerin mal was aufs Gleis gebracht hat und einen guten Abschluss bringt.

(Abg. Dr. Hartung)

Ich sehe das Startchancen-Programm auch als sehr großen Erfolg, also gern mehr. Allerdings sehe ich die Konnotationen, die damit verbunden sind – Update, Paradigmenwechsel, Trendwende usw. –, ein bisschen anders. Also Update würde ich eher nicht sagen, es ist eher eine Beta-version. Und für eine Trendwende oder einen Paradigmenwechsel – würde ich sagen – bräuchte es ein bisschen mehr als das Startchancen-Programm, zum Beispiel eine Grundgesetzreform, die den Status quo vor der Föderalismusreform wiederherstellt,

(Beifall DIE LINKE, Gruppe der FDP)

nämlich die geteilte Zuständigkeit für die Bildungspolitik zwischen Bund und Land. Das wäre ein Paradigmenwechsel. Alles andere ist – na ja – Schrauben an den leider bestehenden Zuständen, ohne dass wir am Ende besonders viel davon bekommen werden, aber besser als nichts. Das Startchancen-Programm, obwohl vor der Verkündung der PISA-Ergebnisse aufgelegt, bietet genau die Lösung für die desaströsen Ergebnisse in der letzten PISA-Befragung, die es eigentlich braucht. Also es identifiziert den Mangel an Sprach- und Lesekompetenz als Ursache für unser relativ niedriges Abschneiden bei den PISA-Vergleichen, denn am Ende ist ein unvollständiger Sprach- und Leselerwerb eine der Ursachen, warum man auch in den anderen naturwissenschaftlichen Fächern – in der Mathematik usw. – nicht wirklich Erfolge vorweisen kann. Dazu ist der Spracherwerb wichtig.

Und man muss mit der Förderung sehr früh ansetzen, nämlich am besten schon in der Primarstufe. Hier gibt das Startchancen-Programm einige wichtige Punkte vor, die ich auch wirklich würdigen möchte. Die Etablierung multiprofessioneller Teams – die fordern wir ja schon eine längere Zeit – wird hier aufgegriffen und auch das Chancenbudget zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Schulqualität begrüßen wir ausdrücklich. In Thüringen werden etwa 100 Schulen davon profitieren. Aus unserer Sicht, für die SPD, möchte ich hier feststellen, es ist wichtig, dass wir mit diesem Programm auch den ländlichen Raum bedenken, denn wir haben dort eine besondere Lage, kleine Schulen in schwierigen sozioökonomischen Zusammenhängen. Da brauchen wir genau diese Programme. Das kann uns wirklich helfen. Also, Frau Baum, du siehst, ich kann das durchaus schätzen.

Trotzdem möchten wir das nicht nur als Eintagsfliege sehen. Ich glaube, wir sollten das tatsächlich auch dann verstetigen, wenn Bundesmittel möglicherweise nicht mehr fließen. Ich denke, der Auftrag zur bedarfsgerechten und an Sozialindikatoren festgemachten Verbesserung der Vor-Ort-Bedingungen in Schule ist ein wichtiges Signal an Schule. Wir würden auch gern der Gemeinschaftsschule als inklusivem Schulort den Vorzug einräumen, weil genau hier die Punkte benannt werden können, die wichtig sind: die Förderung sowohl der Schüler, die eine besondere Förderung brauchen, als auch der besonders guten Schüler, um ihre Vorteile und ihre guten Leistungen weiterzuentwickeln. Am Ende, glaube ich, brauchen wir nicht nur ein Update, sondern ein kontinuierliches Weiterentwickeln im Schulbereich.

Ich möchte eine Sache, das sei mir noch gestattet, sagen. Herr Tischner hat zum Thema wenig geredet. Das war eher die Wahlkampfrede zum Thema „Bildungspolitik“ für die Thüringer Landtagswahl. All das, was er gesagt hat, ist schwierig, wenn man ewig lange braucht, um überhaupt in Gespräche zu kommen. Ich ziehe den Schluss, mit der CDU ist in diesem Bereich nicht viel Staat zu machen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Herr Dr. Hartung. Jetzt rufe ich für die AfD-Fraktion Herrn Abgeordneten Jankowski auf.

Abgeordneter Jankowski, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Abgeordnete, liebe Gäste am Livestream, ich gebe Herrn Hartung recht, die FDP spart bei der Begründung und dem Titel der Aktuellen Stunde nicht gerade mit Superlativen. Sie spricht von einer bildungspolitischen Trendwende, sogar von einem kompletten Paradigmenwechsel. Anscheinend besteht wirklich der dringende Wunsch der FDP Thüringen, wenigstens einmal etwas Positives aus der Regierungsbeteiligung vom Bund mitzunehmen. So stürzt sie sich augenscheinlich wirklich verzweifelt auf alles, was aus einem FDP-geführten Bundesministerium kommt und nicht sofort droht, ein kompletter Bauchklatscher zu werden.

Was die FDP hier mit ihrer Aktuellen Stunde bejubelt, ist das Startchancen-Programm der Bundesregierung und wenigstens der Name ist zunächst erst einmal recht wohlklingend. Der Bund versuchte mit dem Startchancen-Programm wieder einmal in die Kompetenzen der Länder einzutauchen, um ein Mitspracherecht in Bildungsangelegenheiten zu bekommen. Wieder geben die Länder bereitwillig einen Teil ihrer Bildungshoheit an den Bund ab und wieder wird das Ganze in einem bürokratischen Monster ausarten. Ich teile da absolut nicht den Optimismus von Frau Baum, dass das nicht der Fall sein soll.

Ich erinnere nur an das Programm „Aufholen nach Corona“, bei dem wir schon Erfahrungen sammeln konnten, wie solche Programme dann am Ende umgesetzt werden. Das Geld wird wahrscheinlich wieder nicht da ankommen, wo es eigentlich gebraucht wird. Die Schulen werden wieder in einer wahren Flut an Bürokratie ersticken und die Gelder nicht abrufen können. Das Scheitern des Programms ist eigentlich schon von vornherein ausgemacht und am Ende wird sich wieder nur darüber gestritten werden, wer dafür die Verantwortung trägt, das Land oder der Bund.

Ich sehe es auch kritisch, wenn sich der Bund weiter in die Bildungshoheit der Länder einmischen will. Wenn uns die Vergangenheit eins gezeigt hat, dann, dass der Bund kein verlässlicher Partner in Bildungsfragen ist. Ich erinnere hier nur zum Beispiel an die PiA-Ausbildung, bei der der Bund im Rahmen des Gute-KiTa-Gesetzes die Plätze mitfinanzieren wollte. Kurze Zeit später wollte man dann nichts mehr davon wissen und Thüringen musste komplett einspringen.

Ein weiteres Beispiel ist auch das Projekt Sprach-Kitas, ob das Ganze weitergeführt wird oder auch nicht. Am Ende musste auch hier wieder das Land übernehmen und der Bund ist abgesprungen. Die Liste der gebrochenen Zusagen der Bundesregierung in den letzten Jahren kann man noch weiterführen. Bei all den Projekten war der Zeitraum vor allem immer nur wenige Jahre und recht überschaubar und selbst da konnten die Versprechen und Zusagen nicht eingehalten werden. Nun reden wir von zehn Jahren.

Der jetzigen Bundesregierung kann man ja viel nachsagen, Verlässlichkeit gehört allerdings nicht dazu. Davon können viele Bürger im Land ein Lied singen. Der Wegfall der Förderung von Elektroautos quasi über Nacht oder der Wegfall der Dieselsubvention für die Landwirte sind nur wenige Beispiele. Momentan weiß man nicht, was für eine Aktion der Regierung als Nächstes einfällt, für die sie dringend Geld braucht, und welche Projekte und Programme die Bundesregierung dafür dann bereit ist auch zu opfern. Also langfristige Planungssicherheit mit dem Bund sieht wirklich anders aus.

Vor diesem Hintergrund halte ich überhaupt nichts von langfristig angelegten Projekten im Bildungsbereich mit dem Bund. Das Geld wäre besser aufgehoben in einem Schulinvestitionsfonds, der die Länderhoheit achtet und der die Kommunen dabei unterstützt, den Investitionsstau an unseren Schulen abzubauen, und der vor allem aber nicht damit einhergeht, dass sich der Bund in Bildungsbelange in Thüringen einmischen kann. Genau einen solchen Fonds hat die AfD im Bundestag ja zum Beispiel auch gefordert. Und nur zur

(Abg. Jankowski)

Erinnerung: Der Investitionsstau in Schulen liegt in Thüringen mittlerweile bei über 2 Milliarden Euro. Wenn wir den Investitionsstau in den Schulgebäuden endlich abbauen würden, wäre dies ein echtes Chancenprogramm für alle Schulen.

(Beifall AfD)

Es würden vor allem auch alle Schüler davon profitieren und nicht nur einige wenige wie jetzt beim Startchancen-Programm. Das Startchancen-Programm konzentriert sich auf wenige Problemschulen und dient auch dort vor allem nur dazu, an den Symptomen herumzudoktern. Die eigentlichen Ursachen für die Probleme an den Schulen werden aber überhaupt nicht angegangen, etwa der Lehrermangel. Aber andere Beispiele wären zum Beispiel auch die völlig verfehlte Migrationspolitik und dass damit einhergeht, dass immer mehr Schüler an unsere Schulen kommen, die die deutsche Sprache nicht sprechen, oder aber auch die völlig planlose Inklusionspolitik, die immer weiter durchgedrückt wird, ohne dafür auch nur ansatzweise die personellen Voraussetzungen zu schaffen.

Solange diese Ursachen für die Probleme an den Schulen nicht angegangen werden, wird auch kein ach so supertolles Bundesprogramm helfen können, da kann der Name des Programms auch noch so toll klingen. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Herr Jankowski. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Rothe-Beinlich das Wort.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt bin ich ja versucht, über die Frage des Bildungsföderalismus zu reden, was ein Thema für sich wäre, weil ich ihn in seiner jetzigen Form für absolut antiquiert halte. Aber das wäre noch mal ein anderes Thema,

(Beifall DIE LINKE, SPD)

das will ich ganz deutlich sagen, und da geht es nicht um Einheitsschule – ganz im Gegenteil.

Ich hatte mir eigentlich so ein bisschen erhofft von Frau Baum, die ich ja sehr schätze, dass wir jetzt zu einer tatsächlichen inhaltlichen Diskussion kommen, wo denn die bildungspolitische Trendwende gerade stattfindet. Ich habe sie ehrlich gesagt noch nicht so richtig gesehen, weil das größte Problem, was wir ja im deutschen Bildungswesen und auch hier in Thüringen haben, ist, dass schulische Leistung nach wie vor ganz massiv von der familiären Herkunft abhängt. Das beginnt schon bei der frühkindlichen Bildung im Kindergarten. Schon dort gehen ja die Bildungschancen, wie wir alle wissen, von sozioökonomisch begünstigten und benachteiligten Kindern immer weiter auseinander, und das wirkt leider über alle Bildungsstufen fort. Fakt ist aber, dass die frühe Trennung der Kinder im mehrgliedrigen Schulsystem die Ungleichheit bei den Leistungen von Schülerinnen und Schülern noch mal zusätzlich erhöht. Wer sich ausführlicher mit dem Thema befassen möchte, dem empfehle ich durchaus mal die Lektüre des ifo-Chancenmonitors von 2023.

Das längere gemeinsame Lernen und auch der Ausbau von echten Ganztagsangeboten in Verbindung mit einer multiprofessionellen pädagogischen Begleitung durch Assistenzen, Erzieherinnen, Schulsozialarbeit sind – da sind sich zumindest, glaube ich, die demokratischen Fraktionen fast einig – bildungspolitisch wirksame Maßnahmen zur Erhöhung der sozialen Mobilität und Kompetenzsteigerung für alle Schülerinnen.

(Abg. Rothe-Beinlich)

Deswegen sind diese Maßnahmen ja auch schon seit ganz vielen Jahren – einige meiner Vorredner sagten es – Kernstück von progressiver Bildungspolitik. Die wiederum dafür notwendige Modernisierung des Schulsystems braucht einen langen Atem, das wissen wir alle. Fachpersonal, nicht nur Lehrkräfte, muss qualifiziert, Unterrichtskonzepte, Lernpläne, Methoden müssen überarbeitet werden. Aber auch beim Thema „Schulqualität“ und damit zusammenhängenden Fragestellungen – sind wir jedenfalls der Meinung – muss sich Einiges bewegen, und das alles im laufenden Betrieb – quasi als eine Operation am schlagenden Herzen. Denn eines ist sicher: Schulen brauchen keine Verunsicherung, sondern Schulen brauchen eine Stabilität und einen verlässlichen Rahmen und müssen sich trotzdem frei entfalten können.

Die gesellschaftliche Entwicklung ist wenig vorhersehbar und die Verwaltungen und die politischen Prozesse haben ganz oft Schwierigkeiten, damit Schritt zu halten. Ich will nur kurz mal ein paar Sachen nennen: Corona, die Digitalisierung, aber auch die zunehmende Vielfalt in unserer Gesellschaft, stellen und stellen uns im Bildungswesen immer wieder vor neue Herausforderungen. Und da bin ich jetzt beim Startchancen-Programm, weil dieses Lösungen für Schulen mit besonderen Bedarfen entwickeln soll und will, und da sind wir in Thüringen in der Tat tatsächlich schon sehr viel weiter als etliche andere Länder. Diese Schulen, die davon profitieren, sollen nun mit Mitteln für den Schulaus- und -umbau, neue Lernkonzepte und auch mehr Unterstützungspersonal zehn Jahre lang vom Bund gefördert werden. Dabei geht es darum – und das ist uns besonders wichtig –, das Programm auch wissenschaftlich zu begleiten und so auch neue Lehr- und Lernkonzepte für die Schulen nutzbar zu machen.

Wir Bündnis-Grünen haben das schon lange diskutiert und uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass vor allem Kinder im Grundschulbereich gestärkt werden, denn schon früh beginnt die Schere in der Bildung auseinanderzugehen – ich sagte es. Und jetzt haben wir einen Anteil von 60 Prozent an Schulen im Primarbereich im Startchancen-Programm, und das finden wir durchaus richtig. Aber machen wir uns nichts vor, es sind 4.000 Schulen bundesweit, die profitieren, in Thüringen sind es 100 Schulen. Das sind natürlich noch lange nicht genug, aber es ist, glaube ich, ein guter Anfang.

Frau Baum, vielleicht können Sie ja auch bei Ihrem Parteichef, dem Bundesfinanzminister, mal ein gutes Wort für eine echte Trendwende in der Bildungspolitik einlegen, denn die öffentlichen Investitionen für Bildungsgerechtigkeit – das gilt auch für die Länder – sind bei Weitem nicht ausreichend. Wir brauchen hier eine gemeinsame Anstrengung – davon bin ich überzeugt – des Bundes und der Länder und deshalb sind wir froh, dass wir eine gemeinsam getragene Finanzierung für das Startchancen-Programm hinbekommen haben. Für Thüringen bedeutet das konkret, dass der Bund für zehn Jahre jährlich 23 Millionen Euro zur Verfügung stellt. Wir als Land engagieren uns mit der gleichen Summe. Das heißt also, in den nächsten zehn Jahren unterstützen wir hier – ich sagte es schon – 100 Grund-, Regel- und Gemeinschaftsschulen sowie berufsbildende Schulen mit insgesamt fast 460 Millionen Euro, und das ist richtig und wichtig. Aber – ich sagte es schon – wir werden trotzdem noch mehr Mittel für Bildung brauchen, und zwar nicht nur für Schulen, sondern auch schon im frühkindlichen Bereich, und da müssen wir uns ehrlich machen, wo wir die Mittel hernehmen müssen. Für uns sind aus Rücklagen oder schuldenfinanzierte Bildungsinvestitionen auch Investitionen in die Zukunft mit einer guten Rendite.

Vorschläge für eine echte Strukturreform sind Sie irgendwie ein Stück weit schuldig geblieben, Frau Baum, muss ich leider sagen. Wir werden zwar bis Freitag vielleicht noch zwei Anträge aus Ihrer Gruppe hier behandeln, das will ich vorwegnehmen, aber ich sage auch, es gibt unseren Schulgesetzentwurf im Landtag – darauf ist Herr Wolf schon eingegangen – und wir haben auch Anträge zur Reform der Lehrkräfteausbildung eingebracht, und da finden Sie ganz viele konkrete Maßnahmen, mit denen wir das Schulwesen und auch

(Abg. Rothe-Beinlich)

die Lehrkräfteaus- und -weiterbildung voranbringen können und wollen. Da geht es um längeres gemeinsames Lernen, den Erhalt kleiner Schulstandorte, den Ausbau von Praxisorientierung, die Rechtssicherheit bei digitalem Unterricht und die Ausstattung mit Endgeräten und Unterstützungspersonal für Lehrkräfte und Schulleitung. Da wünsche ich mir, dass sich alle einen Ruck geben und wir dieses Gesetz auch noch verabschieden, am besten gemeinsam mit allen demokratischen Fraktionen. Dann wird es auch was mit Blick auf die Zukunft. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Frau Rothe-Beinlich. Aus den Reihen der Abgeordneten liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor. Herr Staatssekretär Prof. Speitkamp für die Landesregierung.

Prof. Dr. Speitkamp, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, es ist bereits vieles gesagt worden, auch von Frau Baum,

(Zwischenruf Abg. Baum, Gruppe der FDP: Frau Baum muss arbeiten!)

– gut – und zu manchem werde ich gleich noch konkret etwas sagen im Laufe der kurzen Stellungnahme.

Ich möchte zunächst klarstellen, dass eine grundlegende Reform der Bildungsverwaltung und des gesamten schulischen Unterstützungssystems, wie es die FDP fordert, durch das Startchancen-Programm nicht ausgelöst wird, und angesichts der Diskussionen, die wir derzeit mit dem BMBF erleben, sind wir auch nicht allzu optimistisch, dass man von dort aus eine Trendwende erwarten kann. Thüringen hat den Trend des Stellenabbaus und des Reformstaus seit 2014 gebrochen. Die Landesregierung hat seit 2014 eine Reihe von grundlegenden Reformschritten unternommen, um das Schulwesen modern in die Zukunft hineinzuführen, und das alles im Einklang mit wissenschaftlichen Erkenntnissen, im Einklang mit pädagogischen Grundsätzen. Ich nenne nur Begriffe, die eben ein wenig infrage gestellt worden sind: Inklusion, demokratische Mitbestimmung, moderne pädagogische Konzepte, schulische Qualitätsentwicklung, Digitalisierung, Fortbildung. Überall haben wir wichtige und entscheidende Entwicklungsschritte eingeleitet und umgesetzt.

Und das sind natürlich nur die umfangreichen Reformen im Strukturellen, auf der strukturellen Ebene. Wir haben auch bei der Lehrkräftegewinnung das Ruder herumgerissen, herumreißen müssen nach langen Jahren der Vernachlässigung des Themas. Ich weise nur hin auf die verschiedenen Elemente, die wir akut in der Bearbeitung haben und schon umgesetzt haben. Der duale Studiengang ist angesprochen wurden, der übrigens heute Abend auch vorgestellt wird beim Parlamentarischen Abend. Wir haben die Studienseminare, die Studienseminarorganisationen in die Region gebracht, um Lehramtsanwärter zu binden. Wir haben die Seiteneinstiegsqualifikation ausgebaut und wir haben eine Reihe von weiteren entsprechenden strukturellen Maßnahmen gemacht, um mit langem Atem das Problem zu lösen. Kurzfristige Maßnahmen, sozusagen die Rückabordnung von Lehrkräften aus den nachgeordneten Behörden in die Schulen, würden nicht mal Lücken stopfen, sie würden vor allen Dingen einer Schulentwicklung im Wege stehen.

Das, was die moderne Pädagogik auszeichnet und was hier von manchen als Wischiwaschi bezeichnet worden ist, ist in Wahrheit gerade eben eine moderne Schulreform. Wir reformieren das Schulwesen in Abstimmung mit den Beteiligten, im Dialog mit den Beteiligten. Auch das hat sich immer wieder bewährt und dafür stehen wir auch.

(Staatssekretär Prof. Dr. Speitkamp)

(Beifall DIE LINKE)

Jetzt aber zum Startchancen-Programm, das ist der Gegenstand dieser Aktuellen Stunde. Wir bereiten uns gerade intensiv auf das Startchancen-Programm in Thüringen vor und werden plangemäß mit dem Schuljahresbeginn 2024/2025 mit der Umsetzung beginnen. Wir sind tatsächlich hier im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr gut und sehr zukunftsweisend aufgestellt. Minister Helmut Holter hat die Grundzüge und grundlegenden Überlegungen Anfang Februar im Kabinett und in der Öffentlichkeit vorgestellt und derzeit laufen die Vorbereitungen in der Fläche, die Vorstellungen der Vorgehensweise, die Vorbereitungen organisatorischer Art.

Eines möchte ich noch mal betonen – es ist eben schon einmal gesagt worden, aber manchmal etwas untergegangen –: Das Startchancen-Programm ist ein gemeinsames Programm von Bund und Ländern. Es ist gemeinsam entwickelt worden, die Länder und Thüringen haben entscheidende Impulse gesetzt und die schulische Expertise eingebracht. Nur ein Beispiel: Nach den ursprünglichen Vorstellungen des BMBF wären die Ostländer weitaus schlechter – ich sage vereinfacht Ostländer –, die östlichen Bundesländer weitaus schlechter dabei herausgekommen, wenn wir nicht eingegriffen hätten und gemeinsam hier die Kriterien noch einmal umgesteuert hätten. Die Expertise und Kompetenz liegt nun einmal bei den Ländern und die Länder investieren ja auch in gleicher Höhe wie der Bund. Der Eindruck also, dass hier allein der Bund Wohltaten spendiert, ist schlichtweg falsch.

(Beifall DIE LINKE)

Aber Thüringen begrüßt das Startchancen-Programm ausdrücklich. Es ist eine Chance. Wir werden sie nutzen. Und es bietet erstmals in der Geschichte der Bildungsfinanzierung in der Bundesrepublik die Möglichkeit, die Förderung von Schulen auch stark sozial zu orientieren und das auch langfristig. Dabei kann es gelingen, ganz gezielt den Zusammenhang zwischen sozialer Benachteiligung und Bildungsbenachteiligung, wie eben angesprochen, anzugehen und Verbesserungen zu erzielen. Das müssen wir vorsichtig formulieren, weil das nur ein Anfang und ein Teil ist. Thüringen wird in zehn Jahren insgesamt 230 Millionen Euro in dieses Programm investieren, die gleiche Summe kommt vom Bund.

Das Programm wird ganz konkret den Schulen mit den schwierigsten Voraussetzungen dienen, soll diese Schulen fördern, die Auswahl der Schulen erfolgt aufgrund objektiver Kriterien. Eine Rolle spielen der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, der Armutsbezug am Schulstandort und der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf. Es wird bei der Schulauswahl keinen irgendwie gearteten Proporz anderer Art geben. Auch die Region, selbstverständlich auch der ländliche Raum wird einbezogen werden, knapp 100 Schulen werden profitieren und die Schülerinnen und Schüler, die Schulen, die es am dringendsten brauchen, werden auch die Unterstützung bekommen, die hier vorgesehen ist – durch Infrastrukturmaßnahmen, sogenannte Lernumgebungen, durch multiprofessionelle Teams, durch mehr pädagogische Assistenzen und anderes mehr.

Bildungsminister Helmut Holter ist derzeit in Berlin bei der Kultusministerkonferenz. Dort wird noch mal über die Fragen der gemeinsamen Bildungsfinanzierung diskutiert, auch mit dem Bundesbildungsministerium. Das ist ein langer Prozess und ist noch nicht am Ende. Es ist für uns völlig klar, dass hier aktuell ein begrüßenswerter Wandel stattfindet. Der Weg führt weg vom Kooperationsverbot und das ist aus unserer Sicht auch gut so, auch das ist mehrfach angesprochen worden. Den Weg, der jetzt nötig ist, müssen Bund und Ländern eben gemeinsam gehen.

(Staatssekretär Prof. Dr. Speitkamp)

In diesem Jahr läuft der Digitalpakt I aus, die Mittel können bis Ende 2025 abfließen, die Laufzeit war ja 2019 bis 2024. Die Thüringer Kommunen und andere Schulträger haben die Mittel gut investiert. Eben war davon die Rede, das Geld sei nicht abgeflossen. Nein. Über 95 Prozent der Mittel sind bereits fest gebunden und sie müssen jetzt natürlich bei Investitionsmaßnahmen am Ende umgesetzt werden. Die Rechnungen werden am Ende gestellt und am Ende dann auch beim Bund eingereicht. Ich kann also zusagen, dass die Mittel bis Ende 2025 abgeflossen sind.

Etwas anderes, was aber ebenso wichtig ist: Der Digitalpakt ist ein gutes Beispiel für eine gute Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen. Es zeigt, wie wichtig diese Zusammenarbeit ist. Deswegen darf der Digitalpakt keine einmalige Sache bleiben. Es ist deswegen begrüßenswert, dass die Bundesministerin Stark-Watzinger in dieser Woche zum Digitalpakt 2 eine eindeutig positive Aussage gemacht hat. Es gab allerdings parallel im Vorfeld auch andere Signale. Das Sparen im Bundeshaushalt droht auch hier die Bildung zu treffen und das wäre nicht gut. Insofern werden wir uns engagiert dafür einsetzen, dass der Digitalpakt 2 kommt, die Infrastruktur zum Beispiel regelmäßig erneuert, aktualisiert und modernisiert werden kann, dass das Startchancen-Programm ein Erfolg wird – da sind wir sicher, darauf sind wir vorbereitet – und dass Bund und Länder gemeinsam weiter das Kooperationsverbot überwinden und die gemeinsame Bildungsfinanzierung zur normalen Praxis machen. Das ist unser Ziel, darauf arbeiten wir ebenfalls hin. Gute Bildung ist ein Standortfaktor für die gesamte Bundesrepublik und es wird auch weiterhin ein guter Standortfaktor für Thüringen sein. Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Henfling:

Vielen Dank. Damit schließe ich den fünften Teil und rufe den **sechsten Teil** der Aktuellen Stunde auf

**f) auf Antrag der Fraktion der AfD
zu dem Thema: „Den politisch
in die Wege geleiteten Abstieg
der Thüringer Automobilindustrie
stoppen“**

Unterrichtung durch die Präsidentin
des Landtags

- Drucksache 7/9659 -

Das Wort erhält Abgeordneter Braga für die Fraktion der AfD.

Abgeordneter Braga, AfD:

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren, sehr geehrte Besucher auf der Tribüne, schön, dass Sie noch bei uns sind. In der deutschen Automobilbranche arbeiten über 770.000 Menschen, hinzu kommen über 270.000 Beschäftigte in der Zuliefererindustrie. In keiner anderen Volkswirtschaft dieser Welt hat die Automobilindustrie einen derart hohen Anteil an der Wertschöpfung wie in unserem Land. Der Umsatz beträgt jährlich mehrere Hundert Milliarden Euro. Ein Ende der deutschen Automobilspitzentechnologie wäre eine volkswirtschaftliche Katastrophe.

Leider hält die Insolvenzwelle in dieser Branche jedoch an. Eissmann Automotive mit Niederlassung in Gera und Schülken Form aus Waltershausen sind die zuletzt bekannt gewordenen Thüringer Unternehmen der

(Abg. Braga)

Automobilbranche, die in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind. Die Gründe dafür sind laut Branchenvertreter: falsche und negative Rahmenbedingungen durch die Politik, die ausbleibende Möglichkeit, Geschäfte auch mit derzeit sanktionierten Staaten zu machen, aber über allem thront die altpolitisch verordnete Transformation, die von ihren Verfechtern gern auch euphemistisch als Verkehrswende getauft wird.

Nach Einschätzung des Thüringer Branchenverbandschefs sind weitere Insolvenzen leider nicht auszuschließen. Das sagte er erst vor wenigen Tagen dem „MDR Thüringen Journal“. Das Thema wird uns also bedauerlicherweise wohl noch einige Zeit begleiten. Die regierende Politik der letzten Jahre – sei es auf EU-, sei es auf Bundesebene oder Landesebene – hat nämlich ziemlich viel geleistet, um ein großes Standbein der deutschen Wirtschaftskraft, den Automobilsektor, durch den als Verkehrswende beschönigten Anschlag auf unsere wirtschaftliche Substanz kaputt zu transformieren. Damit sind nicht nur tausende Arbeitsplätze bedroht, es fehlen folglich auch die Steuereinnahmen und es wird wertvolles Wissen ins Ausland abwandern. Das, was sich bereits bei der Solarbranche abgespielt hat, wird sich bei der E-Auto-Branche wiederholen. Schon jetzt können die deutschen Autobauer mit den Produktionszahlen aus China nicht im Ansatz mithalten, im Preiskampf schon gar nicht. Die Folgen sind bekannt: Deindustrialisierung vor Ort, Arbeitsplatzverlust und sozialer Kahlschlag als Ergebnisse dieser fatalen Politik, der Grünen-Politik, der sich leider sämtliche andere Parteien mit Ausnahme der AfD unterworfen haben.

(Beifall AfD)

Gesetzlich fixiert wird dieser Abstieg hier in Thüringen mit dem Klimagesetz, mit der einseitigen Forcierung und bevorzugten Behandlung der E-Mobilität durch alle Regierungsebenen und durch den Green Deal der EU unter einer zwar nie gewählten, aber von den wichtigen Eliten ausgesuchten Kommissionspräsidentin, die mit ihren Zielen wohl den Beweis erbringen möchte, dass Klimaneutralität gleichbedeutend mit flächendeckender Deindustrialisierung und Armut ist.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin, es muss so deutlich festgestellt werden: Lässt man Ursula von der Leyen weiter in ihrem Vernichtungsfeldzug gegen den Verbrenner im Namen des Grünen Deals gewähren, wird es einen Totalverlust der deutschen Autowirtschaft geben. Dabei stellen – das macht meine Kollegin Hoffmann immer wieder deutlich –, Verbrennungsmotoren eine bewährte und umweltfreundliche Antriebstechnologie dar, die auch künftig eine zentrale Bedeutung für die Mobilität von Menschen, Waren und Dienstleistungen haben muss. Das haben wir heute erst wieder durch die Demonstranten vor unserer Haustür eindrucksvoll bewiesen bekommen. Die ausschließliche Orientierung jeder Verkehrspolitik an der Durchsetzung der Elektromobilität mit der Brechstange und willkürliche Einschränkung des Individualverkehrs sind außerdem inakzeptable Einschränkungen und Eingriffe in die Freiheit der Bürger dieses Landes, und zwar ohne jede Evidenz, die dies auch nur im Ansatz rechtfertigen könnte.

(Beifall AfD)

Eine Politik, die der künftigen Nutzung von Verbrennungsmotoren entgegenarbeitet, verhindert die Ausschöpfung von technischen Entwicklungspotenzialen in der Automobiltechnik und bedroht den Wirtschaftsstandort Thüringen. Aber immerhin diese Zeichen scheinen nun auch die fernen Brüssel und Straßburg erreicht zu haben, denn von dort sind erste Töne zu vernehmen, wonach das Verbrenner-Aus bis 2035 zumindest hinterfragt wird. Spontan will man herausgefunden haben, dass die E-Mobilität vielleicht doch nicht so umweltfreundlich ist, wie bisher angenommen und fleißig propagiert wurde.

(Abg. Braga)

Die Wahrheit, meine Damen und Herren, dürfte aber eine einfache, eine andere sein. Am 26. Mai wird ein neues sogenanntes EU-Parlament gewählt.

(Zwischenruf Abg. Beier, DIE LINKE: Nein, das ist erst im Juni!)

Leider dürfte diese Erkenntnis, die sich in Brüssel und Straßburg zeigt, bis dahin oder kurz nach dieser Wahl schon wieder vergessen sein.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, Gruppe der FDP: Eine Unterstellung!)

Die Strategen im Konrad-Adenauer-Haus werden sich das schon gut überlegt haben, um diesen Eindruck zu erwecken, dass sich da was ändert, aber wir glauben leider nicht wirklich daran. Es braucht sich jedenfalls keiner wundern, wenn das nach der Wahl schnell wieder vergessen wurde. Wir hören, dass die Automobilindustrie in aller Welt mehrere Milliarden Euro investiert. 130 Milliarden Euro sollen es sein im Neu- und Umbau von Werken. Wir werden sehen, wie viel davon im Automobilzuliefererland Thüringen landet. Es wäre zu begrüßen. Man fragt sich, ob sich an dieser Insolvenzwelle endlich etwas ändern wird. Wir blicken relativ pessimistisch in die Zukunft und stellen fest, dass es nur eine Möglichkeit gibt, das zu ändern, das abzuwenden, und das ist, ein starkes Zeichen zu setzen. Am 26. Mai ist Vernunft wählbar. Herzlichen Dank, meine Damen und Herren, für die Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Henfling:

Als Nächster erhält Abgeordneter Schubert für die Fraktion Die Linke das Wort.

Abgeordneter Schubert, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste und Zuschauer und hoffentlich auch viele Beschäftigte der Thüringer Automotive-Industrie, die uns jetzt live oder im Nachgang hier folgen werden. Wir haben gerade erlebt, dass erneut ein Versuch unternommen wurde, wirtschaftspolitische Kompetenz vonseiten der AfD nachzuweisen. Aber der Versuch, Herr Braga, hat auch heute genau das Gegenteil erreicht, Sie haben keine Kompetenz, nicht in der Wirtschaftspolitik und auch nicht in anderen Fällen,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn offenbar haben Sie sich nicht mal die Mühe gemacht, zum Thema zu recherchieren. Fakten liegen zum Beispiel vom Branchenverband Automotive Thüringen auf dem Tisch. Da gab es letzten Monat eine Aktualisierung. Dort war zu lesen: Vollelektrische Fahrzeuge legen europaweit auch 2023 überproportional zu, 28,2 Prozent mehr verkaufte Einheiten. Erstmals kommen 2 Millionen batterieelektrische Einheiten auf die Straße und markieren einen neuen Zulassungsrekord, ein Volumenzuwachs findet 2023 wie schon im Vorjahr nur noch bei batterieelektrischen Fahrzeugen statt.

(Unruhe AfD)

Automobilkonzerne haben in ihren Unternehmenszentralen diesen Trend längst zum Programm gemacht. Der Ausstieg aus den Verbrennern ist beschlossen. Ich nenne Ihnen zwei Beispiele. Volvo: Der schwedische Autohersteller Volvo will ab 2030 nur noch Autos mit Elektromotoren verkaufen

(Unruhe AfD)

(Abg. Schubert)

und so bis 2040 zum klimaneutralen Unternehmen werden. Mercedes: Der Hersteller beendet den Bau von Verbrennungsmotoren und plant ab 2030 vollelektrisch. Wollen Sie uns wirklich erzählen, dass in allen diesen Unternehmenszentralen – die Kette ließe sich fortsetzen – die Politik die Entscheidung getroffen hat? Das glauben Sie doch selber nicht.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Jankowski, AfD: Warum sollen sie die produzieren, wenn Sie die verbieten?)

Und der Chef von Stellantis Carlos Tavares hat im letzten Monat in einem Interview festgestellt: Ich bin in keiner Weise dagegen, dass wir Verbrenner im Jahr 2035 verbieten. Ich unterstütze diese Vorgabe, sagte Tavares im Interview mit der „Welt am Sonntag“. Diese Entscheidung sei klar und deutlich: Die Industrie wünscht sich Verlässlichkeit von der Politik. Das kann man auch dem heutigen Interview des VW-Chefs Blume entnehmen, der das noch mal eindeutig bekräftigt hat. Deswegen wundert es einen schon, dass die Kollegen der CDU jetzt hier Unterschriften sammeln gegen die entsprechenden Regelungen auf EU-Ebene, die Sie übrigens selbst initiiert haben, denn es war ja Ihre Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die Sie jetzt jüngst erst zur Spitzenkandidatin erkoren haben für den anstehenden Europawahlkampf, die sich vor zweieinhalb Jahren explizit und aktiv für das Verbrennerverbot eingesetzt hat, was ja dann auch vor einem Jahr vom Europaparlament beschlossen wurde.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Hört, hört!)

Deswegen sagen wir ganz klar: Die Nachfrage geht zur emissionsfreien Mobilität und dies ist auch Grundbedingung zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Klimaschutzabkommens zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns als Rot-Rot-Grün in dieser Legislaturperiode aktiv eingebracht, damit wir in Thüringen diesen Transformationsprozess nicht dem Markt überlassen, sondern ihn aktiv begleiten, auch im Interesse der Beschäftigten in dieser Branche. Ich nenne nur stichwortartig die Transformationsagentur bei der LEG, die jetzt das ANeTT-Projekt administriert. Es gibt jetzt eine neue Technologieberatungsstelle, wir haben den Thüringer Kompetenzverbund Automotive. Ich habe schon vom Branchenverband AT gesprochen und wir hatten in der Vergangenheit viele Transformationswerkstätten, wo wir übrigens niemals jemanden von Ihrer Fraktion, Herr Braga, gesehen haben. Sie sind keine politische Alternative, nirgends, und auch gar nicht in der Wirtschaftspolitik, und das lässt sich auch an der Arbeit in dieser Legislatur – einschließlich der Ihres Vorsitzenden – im Wirtschaftsausschuss belegen. Sie sind eine Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land und deswegen wird landauf landab auch vor der Wahl der AfD gewarnt, übrigens von Branchenverbänden, wie zum Beispiel dem Bundesverband der Industrie, oder auch von einer Initiative, die hier in Thüringen darauf abzielt, das weltoffene Thüringen tatsächlich zu erhalten, wo es schon über 7.000 Unterschriften gibt und so prominente Menschen, wie zum Beispiel der CEO von Jenoptik, unterschrieben haben, auch mit der klaren Ansage, er will in einem bunten Land leben und das verbindet sich nicht mit der Wahl der AfD.

Deswegen sagen wir als Linke ganz klar und deutlich: Das, was Sie hier vorgetragen haben, ist blauer Dunst. Der ist hoffentlich bald genauso schnell vorbei wie der, der aus den Auspuffen zurzeit noch rauskommt. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Schubert)

(Zwischenruf Abg. Braga, AfD: Es wird anders kommen, Herr Schubert!)

Vizepräsidentin Henfling:

Als Nächstes erhält das Wort für die CDU-Fraktion Abgeordneter Henkel.

Abgeordneter Henkel, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, es stimmt: Die Automobilindustrie in Thüringen steht – wie in ganz Deutschland – vor gewaltigen Herausforderungen. Wir erleben Insolvenzen und Standortschließungen, nicht nur bei den großen bekannten Marken, wir erleben sie auch hautnah hier in Thüringen oder, wenn ich bei mir in die Nachbarschaft schaue, 30 Kilometer weiter in Richtung Westen, in Fulda schließt das Fuldaer Reifenwerk, 100 Jahre Firmentradiation werden mit einem Mal plattgemacht. Wenn ich in Richtung Eisenach schaue, nehme ich zur Kenntnis, da sind mehrere tausend Arbeitsplätze im Automotive-Bereich in den letzten Jahren verschwunden. Das ist Zeugnis dafür, dass die Automobilhersteller und die Zulieferer unter einem ganz enormen Druck stehen in Deutschland und in Thüringen.

Die Gründe sind vielfältig, einige wurden im Begründungstext der Aktuellen Stunde bereits korrekt benannt. Dazu gehört sicherlich die grün-linke Politik gegen das Auto; das von der EU geplante Verbrennerverbot ist der deutlichste Ausdruck dieser verfehlten Politik.

(Zwischenruf Abg. Schubert, DIE LINKE: Das war Frau von der Leyen!)

Eines sollte allerdings jedem klar sein, der in Thüringen eine Wahlentscheidung zu treffen hat – dass es mit den Linken nichts wird, ist klar, ich wollte jetzt eigentlich Richtung AfD sprechen: Die AfD wird nicht in der Lage sein, das Verbrennerverbot auf europäischer Ebene in irgendeiner Art und Weise zu stoppen, denn die AfD hat keine Lobby in Europa, sie sind verstritten, die rechten Parteien Europas sind komplett untereinander verstritten. Und selbst mit Ihren großen Schwesterparteien aus Italien und aus Frankreich reden Sie ja nicht mal mehr vernünftig. Wie wollen Sie denn auf europäischer Ebene da was lösen? Also: Wer der Ansicht ist, dass das Verbrennerverbot ein Fehler ist, für den gibt es nur eine Partei, die in der Situation weiterhelfen kann,

(Zwischenruf Abg. Jankowski, AfD: Sie sind die, die dies umgesetzt haben!)

das ist die Christlich Demokratische Union.

(Beifall CDU)

Wir werden gemeinsam mit den Partnern der europäischen Parteienfamilie EVP das Verbot zu Fall bringen. Erste Schritte sind bereits gegangen, ich denke an unser Europaprogramm, in dem es unter der Überschrift „Eine Zukunftsperspektive für den sauberen Verbrennungsmotor zu schaffen“ heißt – ich zitiere: „Wir stehen zum Auto, unabhängig von der Antriebsart. Wir wollen das Verbrennerverbot wieder abschaffen und die deutsche Spitzentechnologie des Verbrennungsmotors erhalten und technologieoffen weiterentwickeln. Synthetische Kraftstoffe spielen dafür eine zentrale Rolle.“

(Zwischenruf Abg. Montag, Gruppe der FDP: Das haben wir schon umgesetzt!)

Wir schreiben keine Technologie vor.“

Sehr geehrte Damen und Herren, gleichzeitig gehen die Probleme viel tiefer als diese reine Verbotsdiskussion um den Verbrennermotor und bestimmte Probleme haben vielfach mit falschen politischen Rahmenbedingungen zu tun. Dass die Politik der rot-grün-gelben Bundesregierung krachend gescheitert ist, zeigte

(Abg. Henkel)

gerade letzte Woche der vorgestellte Bericht des Bundesrechnungshofs. Das ist ein Offenbarungseid und ein Zeugnis der Inkompetenz der Ampelregierung in Berlin.

Schauen wir zurück auf das Auto. Da stellen wir fest, dass innerhalb weniger Tage, über Nacht Regeln geändert werden. Ich denke an den Umweltbonus, das ist ein schönes Beispiel für die Unzuverlässigkeit dieser Bundesregierung. Da wird über Nacht eine Förderung, werden Rahmenbedingungen geändert. Das schadet nicht nur dem Wirtschaftsstandort, das schadet vor allem der Glaubwürdigkeit von Politik. Verlässlichkeit, Planbarkeit, Vertrauen: Das ist doch die eigentliche Währung der Politik. Diese wichtigen Dinge werden durch die Ampelkoalition mit Füßen getreten. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Leute irgendwann die Faxen dick haben von der Bundesregierung und die Politik, wie sie hier gemacht wird, ablehnen. Das, was die Ampel tagtäglich produziert, ist ein Konjunkturprogramm für den politischen Frust und damit für die AfD, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Auch der von den Grünen geführte Kampf gegen die Verbrennungsmotoren ist Ausdruck einer technologie-, innovations- und forschungsfeindlichen Grundhaltung. Die Grünen wollen mit Wind und E-Mobilität die Welt retten und alles andere verbieten. Die deutschen Autohersteller werden gezwungen, rein auf Elektromobilität zu setzen. Es gibt jetzt ein Signal. Skoda hat erklärt, sie werden solange Verbrenner bauen, wie es notwendig ist und die Kunden das wünschen. Das ist auch richtig so, denn ich glaube, wenn sich die Politik zu stark in die Wirtschaft einmischt, dann ist das in der Vergangenheit nie gut gegangen.

(Zwischenruf Abg. Schubert, DIE LINKE: Das sehen wir ja in den USA!)

Die deutsche Automobilindustrie ist aktuell ein gutes Beispiel dafür, dass es eben nicht funktioniert, wenn nicht der Markt, nicht das Management oder Ingenieure den Kurs vorgeben, sondern der Staat und Ideologie. Das beschädigt unsere Wettbewerbsfähigkeit und das schädigt unsere Wirtschaftsleistung. Als Union sagen wir, wir wollen weiter am Verbrenner festhalten, aber anders als die AfD sagen wir, wir sind nicht gegen E-Mobilität. Warum auch? E-Mobilität ist eine Technologie mit Potenzial, aber es gibt eben auch andere Technologien. Eines sollte den Befürwortern des Verbots zu denken geben. Auch in China setzt man ganz massiv auf Elektroantriebe, aber ein Verbrennungsverbot gibt es dennoch selbst im kommunistisch geführten China nicht. Dort gilt das Motto, Energiepolitik am Machbaren orientieren.

(Zwischenruf Abg. Schubert, DIE LINKE. Aber in Kalifornien gibt es das Verbot!)

Wir sagen, Klimaschutz geht uns alle an, aber zu glauben, ein einziges Land könne das Problem isoliert mit staatlichen Vorgaben lösen, ist abwegig. Die Politik der Ampelregierung ...

Vizepräsidentin Henfling:

Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Henkel.

Abgeordneter Henkel, CDU:

Ich bin gleich fertig.

Vizepräsidentin Henfling:

Nein, Ihre Redezeit ist zu Ende. Sie sind nicht gleich fertig.

Abgeordneter Henkel, CDU:

Je schlechter es der Wirtschaft in Deutschland geht, desto mehr wird Deutschland zum Beispiel werden, dass diese Klimaschutzpolitik, wie Sie von den Grünen gefahren wird, ...

(Unruhe DIE LINKE)

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Henfling:

Wenn ich sage, die Redezeit ist zu Ende, dann ist die Redezeit zu Ende. Da gibt es auch kein „ich bin gleich fertig“, nur noch mal zur Klarstellung.

(Zwischenruf Abg. Henkel, CDU. Ich erinnere Sie das nächste Mal, wenn Sie nicht da oben sitzen!)

Sie können auch gern noch einen Ordnungsruf dafür bekommen. Ich finde es ein bisschen frech, Herr Henkel, was Sie hier gerade machen.

(Zwischenruf Abg. Henkel, CDU: Dann machen Sie es!)

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Sie könnten wirklich ein bisschen freundlicher sein! Sie können mir dafür gern auch einen Ordnungsruf geben!)

Frau Tasch, wollen Sie auch einen?

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Ja, gern!)

Als nächstes erhält das Wort für die SPD-Fraktion die Abgeordnete Lehmann.

Abgeordnete Lehmann, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, es fällt manchmal schwer, hier im Raum freundlich zu bleiben, das muss ich auch sagen, wenn wir hier Worte hören, dass es eine politisch verordnete Transformation gibt oder dass Politik sich wahlweise einmischen und gleichzeitig nicht einmischen soll. Dann muss ich sagen, frage ich mich, ob es wirklich eine Bereitschaft gibt, sich ernsthaft mit dem Thema der Transformation in der Automobilindustrie und mit allen Folgen und Konsequenzen, die das für den Wirtschaftsstandort, aber auch für die Kolleginnen und Kollegen hat, die in diesen Bereichen arbeiten, auseinanderzusetzen. Ich muss Ihnen sagen, dass es mir dann auch wirklich schwerfällt, weil ich nicht das Gefühl habe, dass wir hier eine sachliche Debatte führen, die das Ergebnis haben soll, Wege zu finden, wie wir diesen Prozess gut begleiten können. Unter normalen Umständen hätte ich gesagt – und das wäre wahrscheinlich in den allermeisten Parlamenten in Deutschland so –, dass man sich zumindest weit überwiegend einig ist, dass Dekarbonisierung, Elektrifizierung und Digitalisierung einen tiefgreifenden Wandlungsprozess mitbringen, dass wir mitten in diesem Prozess stecken und dass zusätzlich zu diesen Prozessen die Coronapandemie, der russische Angriffskrieg und die daraus folgenden Störungen in den globalen Lieferketten und die Erhöhung der Material- und auch Energiekosten diesen Prozess noch mal verstärken. Dies hat zuletzt dazu geführt, dass auch in Thüringen wieder – muss man ja sagen – zwei Zulieferer Insolvenz anmelden mussten. Und ich muss sagen, dass das mehr als bedauerlich ist, und will an dieser Stelle deswegen zuallererst meine Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen ausdrücken, die davon jetzt betroffen sind und aktuell um die Zukunft ihres Arbeitsplatzes bangen, – wie gesagt – mit allen Konsequenzen, die das auch für uns im Freistaat hat.

(Abg. Lehmann)

Fernab von den beiden Insolvenzen möchte ich aber noch mal etwas Generelles sagen zu der Behauptung, dass der Abstieg in der Automobilindustrie politisch in die Wege geleitet worden sei. Die AfD schreibt in der Begründung der Aktuellen Stunde, dass die Insolvenzen vor allem Folge von Fehlentscheidungen in der Politik auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene sind im Zusammenhang mit dem EU-Verbrennerverbot, der Energiewende – schreiben Sie in Anführungsstrichen –, Verkehrswende – in Anführungsstrichen – und weiteren Regierungsprojekten. Daraus lässt sich schließen, dass sich die AfD also weder mit Realitäten auseinandersetzt, noch sich auf den Status quo der vergangenen Jahrzehnte ernsthaft einlässt. Und genau das ist meiner Meinung nach das Problem, nämlich dass das Festhalten an Diesel tatsächlich die Zukunft des Wirtschaftsstandorts gefährdet, weil sich die Welt hier längst weitergedreht hat, die Elektromobilität ist weltweit auf dem Vormarsch und ein Festhalten an alten Produktionsgewohnheiten und das Setzen auf den Verbrennungsmotor ist auf dem globalen Markt und für die Automobilindustrie fatal.

(Beifall DIE LINKE)

Das zeigt sich zum Beispiel auch am Automobilgipfel der Bundesregierung, der Ende des vergangenen Jahres stattfand. Hier war auch das Kernthema, dass der Hochlauf in der Elektromobilität das ist, was die Automobilbranche am allermeisten beschäftigt. Der Expertenrat Klimaschutz in der Mobilität, dem übrigens der ADAC, der Verband der Automobilindustrie, der Bundesverband der Deutschen Industrie und das Karlsruher Institut für Technologie angehören, also alles durchaus Institutionen, die sehr wirtschaftsnah und auch technologienah sind, hat dabei Folgendes formuliert: „Ein klares Bekenntnis der Politik zur Elektromobilität und unterstützende Rahmenbedingungen sind darüber hinaus entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg der Automobil- und Zulieferindustrie. Das Ziel der EU, ab 2035 nur noch emissionsfreie Pkw neu zuzulassen, spiegelt sich in der Produktionsstrategie der Hersteller. Sowohl in der Produktionsentwicklung als auch in der Produktionsplanung werden bereits erhebliche Summen in elektrische Technologien investiert. Der Erfolg der Elektromobilität ist für Deutschland volkswirtschaftlich entscheidend.“ Was zeigt uns diese Aussage? Dass das, was es tatsächlich braucht, Klarheit ist in den politischen Entscheidungen und eben keinesfalls ein Schlingerkurs, weil der bringt nichts anderes als Unsicherheit.

Die Situation in der Automobilindustrie ist sehr herausfordernd, viel zu herausfordernd, um das in der Aktuellen Stunde tatsächlich abschließend zu beraten, vor allem, wenn diese vor allem für Populismus genutzt wird. Die Kolleginnen und Kollegen, die in der Branche arbeiten, brauchen die Politik und Unternehmen müssen Entscheidungen für die Zukunft treffen und brauchen eine Politik, die sie dabei unterstützt. Das haben wir in verschiedenen Anträgen hier im Parlament und auch im Haushalt getan. Was sie nicht brauchen, ist so eine Aktuelle Stunde der AfD. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Henfling:

Vielen Dank. Als Nächstes erhält das Wort für die Gruppe der FDP der Abgeordnete Kemmerich.

Abgeordneter Kemmerich, Gruppe der FDP:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer, Zuhörer an den Möglichkeiten, die das Internet so bietet, wir diskutieren wieder mal über die Folgen einer tatsächlich fehlgeleiteten ideologisch getriebenen sogenannten Mobilitäts- oder Verkehrswende. Und ich will nicht zu weit nach hinten schauen, aber eines müssen wir auch konstatieren: Die Regierung Merkel hat

(Abg. Kemmerich)

diesen Weg bis zuletzt mit vorbereitet, mit beschritten und auch entscheidend in Europa daran mitgewirkt, dass es letztlich zu dem sogenannten Verbrenner-Aus gekommen ist.

(Beifall Gruppe der FDP)

(Zwischenruf Abg. Schubert, DIE LINKE: Die FDP war doch auch dabei!)

Vielleicht denken wir noch mal überhaupt an das, was auch hier wieder gesagt wurde und leider aus der öffentlichen Debatte verschwunden ist, aber es wird nach wie vor wahr sein: Die 15 größten Frachter der Welt, die sich über unsere Weltmeere bewegen, haben einen CO₂-Ausstoß von 750 Millionen Autos.

(Beifall Gruppe der FDP)

Bevor wir jetzt hier gerade der deutschen Industrie, der deutschen Automobilindustrie sprichwörtlich den Hahn zudrehen, sollte man das wirklich überdenken, ob diese Rigorosität, mit der wir hier vorgehen, tatsächlich Sinn hat. Nun hat die FDP in Berlin durchgesetzt, dass gerade in Europa dieses Verbrenner-Aus erst mal relativiert worden ist, sodass ab 2035 auch Verbrenner mit E-Fuels eine Zulassung erfahren sollen.

(Beifall Gruppe der FDP)

Gott sei Dank geht der Erkenntnisprozess weiter und das verschweigen Sie, zumindest in der Nennung ihrer Aktuellen Stunde, auch wenn es in der Rede vorkam. Damit verschleiern Sie etwas und wollen vielleicht dann doch wieder unnötig Panik erwirken, dass man jetzt in Europa dazu übergeht, die Gesamtbilanz einer von Elektromotoren betriebenen Fahrzeugflotte zurate zu ziehen, insbesondere was man denn da hineinfüllt. Da wissen wir alle, dass wir gerade bei dem Energiemix, den wir in Deutschland haben, auch durch die unsinnige Abschaltung der AKWs inzwischen nicht nur den teuersten Strom haben, sondern auch CO₂-verursachenden Strom durch Zukauf von Energiereserven aus Polen.

(Zwischenruf Abg. Bilay, DIE LINKE: Leg doch mal eine neue Platte auf, es wird langsam langweilig!)

Was sollen und wollen wir tun? Erst mal müssen wir ganz klar zurückkehren auf den Pfad der Technologieoffenheit.

(Beifall Gruppe der FDP)

Der Daimler-Benz-Chef hat das inzwischen eingesehen und sagt: Ich relativiere meinen Ausstieg aus der E-Mobilität. BMW hat den Fehler nie gemacht und auch viele andere Große, auch Stellantis hat gesagt: Solange die Welt Verbrenner-Autos will, werden wir sie auch bauen. Kein anderes Land der Welt oder keine andere Region der Welt hat übrigens ein Verbot ausgesprochen, auch nicht China und auch nicht die USA.

(Zwischenruf Abg. Weltzien, DIE LINKE: Was bei euch heißt, es soll einfach weiter verbrannt werden! Sagt es doch dann wenigstens einfach!)

(Zwischenruf Abg. Schubert, DIE LINKE: Kalifornien, natürlich, Herr Kemmerich! Sie sind gar nicht informiert!)

Nein, die haben es nicht versprochen, Herr Anhänger-der-Moskauer-Tendenzen.

(Zwischenruf Abg. Beyer, DIE LINKE: Was?)

Das ist einfach Unsinn.

Jetzt kommen wir mal darauf zurück, wie wir der Industrie wirklich helfen können. Wir müssen zu dem Pfad der Marktwirtschaft zurückkehren. Das heißt insbesondere, dass wir ermöglichen müssen, dass die

(Abg. Kemmerich)

Anbieter von Mobilität in jeglicher Form verlässliche Rahmenbedingungen bekommen. Viele scheuen zurzeit Investitionen, weil sie nicht wissen, was denn nun wirklich mit den Zulassungsvoraussetzungen in Europa passiert. Dann kann kein Konzern in neue Produktionen, neue Produktionsreihen investieren oder planen. Das ist das, was den hier zitierten Automobilherstellern oder Zulieferern gerade auf die Füße fällt: keine verlässlichen Rahmenbedingungen. Insgesamt schwankt die weltweite Nachfrage immer mal. Das kann auch den einen oder anderen erwischen, das sind normale Anpassungsprozesse einer sozialen Marktwirtschaft. Wir haben eine soziale Marktwirtschaft und da hilft die Solidarität hier nicht, wenn man vorher das Wasser abgräbt. Wenn natürlich auch Firmen etwas falsch machen – und das kann ich nicht für jeden der hier in Rede stehenden Konzerne nachvollziehen, aber hier häufen sich Fehler der Vergangenheit, die die Unternehmen selbst gemacht haben, mit Rahmenbedingungen, die wir verschlechtert haben. Dass irgendwo einer im Prozess der sozialen Marktwirtschaft ausscheidet, das gehört dazu. Auf der anderen Seite noch mal: verlässliche Rahmenbedingungen, Bürokratieabbau. Ich habe zu wenig Redezeit, um hier jetzt ein Fitmachprogramm für die soziale Marktwirtschaft zu zitieren. Das sollte unser Kern sein. Hier in Thüringen müssen wir die Digitalisierung wirklich vorantreiben. Hier in Thüringen müssen wir dafür Sorge tragen, dass wir Fachkräfte bekommen, das heißt auch eine Digitalisierungsoffensive in der öffentlichen Verwaltung, damit sie nicht weiter Kräfte aus dem Mittelstand abzieht. Hier in Thüringen müssen wir dafür Sorge tragen, dass das, was möglich ist, auch in der Energiewende stattfindet. Wir reden permanent über unsinnigen weiteren Ausbau von Windkraft, erst recht im Wald. All das belastet die hier ansässigen Thüringer Unternehmen und das ist unsere Verantwortung, die wir hier nur wahrnehmen können.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Die wollen das regelrecht!)

(Zwischenruf Abg. Schubert, DIE LINKE: Herr Wiegand hat Ihnen doch einen Brief geschrieben, Herr Kemmerich!)

Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir Unternehmen neben den Rahmenbedingungen auch Mut machen. Mut machen heißt eben auch, zu sagen: Wir stehen an der Seite der Wirtschaft.

(Zwischenruf Abg. Schubert, DIE LINKE: Sie haben das immer schon erzählt!)

Verteufeln Sie nicht auf der einen Seite, Herr Schubert, und auf der anderen Seite wissen wir sehr genau und hören auch die Sorgen und Nöte. Herzlichen Dank.

(Beifall Gruppe der FDP)

Vizepräsidentin Henfling:

Als Nächstes erhält das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Abgeordnete Wahl.

Abgeordnete Wahl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kemmerich, im Jahr 2024 heißt an Seite der Thüringer Wirtschaft stehen, Erneuerbare in Thüringen ausbauen.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, Gruppe der FDP: Nein!)

Ihr Gegenargument war gerade, dass sieben Frachter anscheinend so viel Emissionen wie Autos erzeugen würden. Wissen Sie, was ein Großteil der Frachter, die auf unseren Weltmeeren unterwegs sind, transportiert?

(Zwischenruf Abg. Reinhardt, DIE LINKE: Windräder!)

(Abg. Wahl)

Das sind Kohle, Öl und Gas. Es sind also genau die fossilen Brennstoffe, die wir hier immer noch brauchen, weil sie als Oppositionspartei ständig den Ausbau der erneuerbaren Energien blockieren.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, Gruppe der FDP: Dafür müssen Sie Kohle aus Australien holen!)

Genau das sind diese fossilen Logiken, aus denen wir – glaube ich – endlich mal rauskommen müssen.

(Unruhe Gruppe der FDP)

Ich finde es auch spannend.

Vizepräsidentin Henfling:

Meine Herren, das Wort hat die Abgeordnete Wahl hier vorn. Man versteht sie besser, wenn der Saal leise ist.

Abgeordnete Wahl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Es ist auch spannend, dass von Herrn Henkel das Argument kam, politische Einmischung sei in die Wirtschaft immer schwierig. Dieses Beispiel macht es ganz deutlich: Wenn Sie sich nicht politisch gegen den Ausbau der Windenergie stellen würden, dann hätten wir hier schon sehr viel mehr und dann würde der Markt ja dazu führen, dass eben die Frachter auch nicht Kohle, Öl und Gas nach Deutschland transportieren müssen.

(Unruhe Gruppe der FDP)

(Zwischenruf Abg. Henkel, CDU: Das ist doch Quatsch!)

Ganz allgemein muss ich sagen, die CDU betont immer wieder, die AfD inhaltlich stellen zu wollen. Aber schauen wir uns an, was Herr Henkel gerade argumentiert hat. Er hat nicht argumentiert, dass die Aktuelle Stunde der AfD irgendwie schwierig und zukunftsfeindlich ist. Er hat gesagt, wir als CDU wollen genauso wie die AfD ein Verbrenneraus und der Grund, warum Sie als Wählerinnen die CDU wählen sollten und nicht die AfD, ist eigentlich nur, dass die Rechtsextremen zerstritten sind und wir das Original. Wo ist das ein inhaltliches Stellen, Herr Henkel?

(Zwischenruf Abg. Henkel, CDU: Das ist schon wieder das Wort im Mund rumgedreht, das machen Sie ja gern!)

Das haben Sie gerade so gesagt.

Ein weiterer Punkt ist: Ihre Lösung – Herr Henkel, ich habe Ihnen zugehört – sind synthetische Kraftstoffe. Synthetische Kraftstoffe sind sauteuer und definitiv keine Perspektive dafür, dass Menschen in Zukunft günstig das Auto nutzen können, wenn sie darauf angewiesen sind.

(Zwischenruf Abg. Gottweiss, CDU: Lassen Sie das den Markt entscheiden!)

Was ist Ihre Antwort auf das Problem der Luftverschmutzung, von Schadstoffen, von Lärm, von Klimaschutz? All das sind ja berechtigte Gründe, warum wir als Gesellschaft schon derart lange darüber diskutieren, wie wir eine Verkehrswende vorantreiben können. Ich sage ganz deutlich, eine soziale Politik ist die, die eben die Beschäftigten in der Automotive-Branche mitnimmt und die aber auch die sozialen und ökologischen Aspekte für die Lebensqualität und Gesundheit von allen Menschen in Thüringen in den Blick nimmt.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Wahl)

Ein europaweites Aus der Verbrennungsmotoren stoppen, hat die CDU ja neulich auch in einer Pressemeldung gefordert. Dazu, muss man sagen, passt sehr gut die Aktuelle Stunde der AfD, die „Den politisch in die Wege geleiteten Abstieg der Thüringer Automobilindustrie stoppen“ heißt. Was man deutlich sagen muss: Politisch in die Wege geleitet wurde zunächst mal durch Rot-Rot-Grün die Thüringer Transformationsagentur Automotive. In den vergangenen drei Jahren unterstützte und beriet diese Thüringer Transformationsagentur – sie macht also und redet nicht nur – zahlreiche Automobil- und Zuliefererunternehmen.

(Zwischenruf Abg. Cotta, AfD: Erfolgreich? Und deswegen machen jetzt alle zu!)

Ab diesem Jahr fördert der Bund mit 1,6 Millionen Euro das regionale Transformationsnetzwerk ANeTT. Dieses Projekt hilft der Region Westthüringen mit ihrem traditionell starken Automobilbereich bei der Bewältigung aktueller Herausforderungen. Und ja, der Trend vom Verbrenner zum Elektroauto, die Entwicklung hin zum autonomen Fahren, gestiegene Preise für Energie und Vorprodukte – wir stehen vor einer globalen Umwälzung in der Automobilindustrie, die sich nicht länger ignorieren lässt. Tesla in Grünheide und chinesische E-Autos, die gar nicht mal so rückständig sind, sondern effizient und kostengünstig auch auf den europäischen Markt drängen und hier Konkurrenz machen. Aber die Frage ist doch: Wie reagiert die deutsche Automobilindustrie auf diese Herausforderung? Im Moment ist es eben häufig noch so, dass sie Ausreden findet, warum sie die Entwicklung zur Elektromobilität überfordern würde. Und dann folgen Vorwürfe gegen die Politik der EU, der Bundesregierung, der Grünen, Schuld sind hauptsächlich die anderen. Ich will klarstellen, dass die AfD mit ihrer Aktuellen Stunde die drängenden Fragen unserer Zeit erkennt. Eine Verkehrswende ist notwendig und damit auch, dass die Automobilindustrie emissionsärmer wird. Und das Beste an dieser Sache ist, Verkehrs- und Antriebswende können nachhaltig sein, also wirtschaftlich, ökologisch und sozial vorteilhaft, aber dafür müssen wir anfangen, die Herausforderungen anzugehen und nicht länger zu ignorieren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Henfling:

Vielen Dank. Aus den Reihen der Abgeordneten liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Für die Landesregierung hat sich Minister Tiefensee zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Tiefensee, Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Gäste, Aktuelle Stunde der AfD, März 2024. Ich habe mir mal die Mühe gemacht und habe das Protokoll einer Aktuellen Stunde der SPD vom 11.12.2019 herausgeholt. Da haben Sie unter anderem der SPD vorgeworfen, sie würde dieses Thema nur aufsetzen, um eine Show zu betreiben – Punkt, Punkt, Punkt. Im Übrigen war damals die Aktuelle Stunde nach vorn gerichtet, sie hatte nämlich den Titel, den Strukturwandel zu begleiten und – vor allen Dingen aus Landessicht – zu unterstützen. Ich denke, dass eigentlich hinter der Aktuellen Stunde und der Konzentration heute auf die Automobilindustrie wieder einmal das Thema steht: Wie steht die AfD eigentlich zum Klimawandel? Wir wissen mittlerweile – und es braucht keine Überzeugungsarbeit mehr, vergebliche Liebesmüh –, Sie haben zwei Doktores in Ihrer Fraktion, die mindestens eigentlich wissenschaftskundig sein müssten. Sie sind nach wie vor die Leugner des Klimawandels, des menschengemachten Klimawandels. Das ist eigentlich der Kern.

(Zwischenruf Abg. Dr. Dietrich, AfD: Gucken Sie mal in unser Grundsatzprogramm, da steht doch drin, dass es Klimawandel gegeben hat!)

(Minister Tiefensee)

Genau, des menschengemachten Klimawandels.

(Zwischenruf Abg. Dr. Dietrich, AfD: Dann sagen Sie es auch so!)

Das habe ich gerade gesagt.

(Unruhe DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zuhören bildet. Ich erinnere mich, dass wir gemeinsam einen Vortrag gehört haben von Herrn Schellnhuber. Entsinnen Sie sich? Sie standen hinten, Ihr Kollege hinter Ihnen.

(Zwischenruf Abg. Bilay, DIE LINKE: Seit wann reden wir denn mit der AfD?)

Ich wundere mich nach wie vor, dass Sie nicht zur Kenntnis nehmen, dass 98 Prozent der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weltweit davon überzeugt sind, dass diese Expertise richtig ist. Und Sie sind, um im Bild der Mobilität zu bleiben, bei der Autobahnauffahrt praktisch in die falsche Spur gekommen. Sie sind ein Geisterfahrer und versuchen letztlich mit verschiedenen Bausteinen, die Menschen davon zu überzeugen, dass Sie auf der richtigen Spur sind. Ich erübrige mir eigentlich einen Appell, eine Überzeugungsarbeit, dass Sie eine Verantwortung dafür haben, nicht nur irgendwelches Zeug zu erzählen, sondern Antworten auf den menschengemachten Klimawandel und dessen Bekämpfung zu geben, denn es geht hier um Menschheitsprobleme. Es geht um Probleme des Naturerhalts. Und das steht eigentlich als Metaebene über dieser Aktuellen Stunde.

Jetzt kommen wir zum Kern dessen, was Sie ausführen und was Sie thematisieren. Das geht ein wenig natürlich auch in die Richtung der CDU, die diese Gedanken gern aufgegriffen hat. Zunächst einmal postulieren Sie, dass der Industriestandort Thüringen – wie hat Herr Kemmerich gesagt – vor dem Aus stünde bzw. dass wir einen Rückgang erleben, einen dramatischen, eine Deindustrialisierung. Und Sie malen ein Bild in der Öffentlichkeit, das wiederum – Andreas Schubert hat auf andere Fakten hingewiesen – überhaupt nicht den Fakten entspricht. Wir haben 140.000 Industriearbeitsplätze in Thüringen stabil, momentan sogar einen kleinen Aufwuchs auf 144.000. Das heißt, das industrielle Rückgrat in Thüringen ist stabil. Das ist das eine. Das andere Thema ist: Wie sieht es in der Automobilbranche aus? Und auch hier: Die Beschäftigtenzahlen wachsen, die Anzahl der Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten wächst – moderat – und der Umsatz steigt. Wir haben eine Verschiebung, was Export und Import angeht, aber im Prinzip ist es eine Seitwärtsbewegung. Aber selbstverständlich haben wir in den vier Hauptbaugruppen des Automobils unterschiedliche Entwicklungen. Und ich hatte das damals im Dezember ausführlich ausgeführt. Im Übrigen machen wir das jedes halbe Jahr im Ausschuss, weil wir nämlich gebeten sind, über die Struktur zu berichten. Ich wünschte mir, dass wir dort mal in die fachliche Diskussion einsteigen und solche Fakten zur Kenntnis nehmen, damit wir jetzt hier nicht das Hohe Haus dazu brauchen.

Was ist also in Bezug auf die Automobilindustrie zu sagen? Vier Hauptgruppen: Das eine ist der Verbrenner, der Antriebsstrang, das Zweite ist das Interieur, das Exterieur, IT und Elektronik. Es sind zwei Unternehmen angesprochen worden, die Anlass Ihrer Aktuellen Stunde sind oder als Begründung herhalten sollen.

Natürlich fiebern wir mit den Beschäftigten mit. Aber ich greife mal diese beiden Unternehmen auf. Eissmann Automotive hat drei Sitze, einen in Bad Urach, der andere ist in Pirna und der dritte mit 380 Beschäftigten ist in Gera. Was ist das für ein Unternehmen? Bezieht sich das auf den Antriebsstrang und ist es damit eine Begründung für Ihre These? Nein. Eissmann ist ein Unternehmen, das sich mit Innenausstattung, also mit Interieur, beschäftigt. Ich glaube, das wird in der Zukunft auch so sein. An irgendeiner Stelle wurden die Reifenproduzenten angesprochen. Ich gehe davon aus, dass wir in der Zukunft auch Reifen haben werden.

(Minister Tiefensee)

Das andere ist Schülken Form GmbH in Waltershausen. Während das eine 380 hat, hat das andere 20 Beschäftigte. Was machen die nun wiederum? Was machen die mit dem Antriebsstrang und wieso sind die Verkehrswende und das Aus der Verbrenner die Ursachen dafür, dass dort eine Insolvenz ist? Was machen die? Die machen hochspezialisierte, hochkomplexe Spritzgussmaschinen für die Kunststoffherstellung bei Automobilzulieferern. Kunststoff wird es auch in der Zukunft geben. Und so bedauerlich das ist, dass Unternehmen ins Wackeln kommen, so muss man schon genauer hinschauen, im Übrigen auch, dass der vorläufige Insolvenzverwalter von Eissmann gesagt hat, er will alle Standorte halten.

Das schieben wir also mal vom Tisch, das ist nicht das Hauptthema. Das kann nicht als Begründung erhalten, um eine solche Aktuelle Stunde zu beantragen. Im Blick auf das, was wir tun, um diesen Wandel zu begleiten, habe ich im Ausschuss mehrfach berichtet. Es ist alles nachzulesen. Ich will jetzt nicht noch einmal herbeten, was wir an Geld ausgegeben haben, Beratungsinstrumente haben bis hin zu Finanzierungsmöglichkeiten. Das alles ist Ihnen mehr oder minder bekannt.

Jetzt in Richtung derer, die die Technologieoffenheit predigen. Ich bin auch für Technologieoffenheit. Es geht zum Beispiel um E-Fuels, aber, wie bereits schon angeklungen, sind E-Fuels, das Fischer-Tropsch-Verfahren, nicht dafür geeignet, um Pkws anzutreiben, also werden wir uns etwas einfallen lassen. Die Elektromobilität ist die Zukunft. Aus diesem Grund bewegen sich sämtliche Automobilhersteller für den europäischen Markt, nicht zuletzt auch für den chinesischen Markt, in diese Richtung. Und das müssen wir unterstützen. Also wird es darum gehen, den Beitrag der Mobilität zur Senkung des CO₂-Ausstoßes in den Blick zu nehmen und beherzt etwas zu tun.

Da schlage ich die Brücke zu meinen Ausführungen zum Klimawandel und dessen Bekämpfung. Wer sich hinstellt und keine Antwort darauf hat, wie in Industrie, bei der Mobilität, in der Bauwirtschaft, sprich Zementherstellung, ein Umsteuern gelingen kann, wer also keine Lösung dafür hat, sondern sich einfach hinstellt und jemandem nach dem Munde redet und sagt, es ist ja überhaupt sinnlos, der versündigt sich an der Menschheit, der produziert Flüchtlingsströme ohne Ende, weil unsere Erde zu Teilen nicht mehr bewohnbar sein wird. Der wird sich an der Natur versündigen. Ich erwarte also von all denen, die mit klugen Ratschlägen kommen und sagen, wir sollten diesen Pfad verlassen, die nach meiner Meinung eine Geisterfahrt betreiben und auf der falschen Spur sind, ich erwarte von denen, dass sie nicht nur irgendwem irgendwie nach dem Munde reden, dass sie nur kurzfristigen Erfolg einheimen wollen für eine Wahl, sondern dass sie mit konkreten Vorschlägen, wissenschaftlich begründet, dazu beitragen, dass wir diese riesige Herausforderung bewältigen, nämlich den Klimawandel zu bekämpfen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Henfling:

Vielen Dank. Damit schließe ich diese Aktuelle Stunde und den Tagesordnungspunkt ebenfalls und auch die heutige Sitzung. Ab 19.00 Uhr ist der parlamentarische Abend hier in der Kantine, zu dem Sie alle herzlich eingeladen sind. Wir beginnen morgen um 9.00 Uhr.

Ende: 18.51 Uhr